

Land Brandenburg

Haushaltsplan 2002/2003



Einzelplan 11
Ministerium für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr

[Zurück](#)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zum Einzelplan 11	4
Epl 11 EU	9
Personalübersicht	10
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2002	12
Einnahmen und Ausgaben Einzelplan 2003	14
Kapitel 11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	16
Kapitel 11 020 Allgemeine Bewilligungen	32
Kapitel 11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung	46
Kapitel 11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen	67
Kapitel 11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen	80
Kapitel 11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen	92
Kapitel 11 410 Straßenbauämter	108
Kapitel 11 420 Autobahnamt	126
Kapitel 11 460 Straßen- und Brückenbau	142
Kapitel 11 470 Förderung der übrigen Verkehrsträger	173
Kapitel 11 490 Luftfahrt	178
Kapitel 11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs	183
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2002	194
Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 2003	196
Stellenübersicht des Einzelplans 2002	198
Stellenübersicht des Einzelplans 2003	201
Landeseigene und geleaste Dienstfahrzeuge des Einzelplanes	204

VORWORT

VERZEICHNIS

der Behörden und Einrichtungen im Geschäftsbereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg

A. Behörden

1. Landesoberbehörden

- Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen - Kapitel 11 400 -

2. Untere Landesbehörden

- Straßenbauämter- Kapitel 11 410 -

- Autobahnamt - Kapitel 11 420 -

B. Einrichtungen

- Institut für Stadtentwicklung und Wohnen - Kapitel 11 100 -

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr gehören insbesondere folgende Aufgaben:

- Stadtentwicklung, insbesondere Stadterneuerung, Städtebauförderung, Bauleitplanung und Verkehrsberuhigung
- Denkmalpflege im Rahmen der Stadt- und Dorfentwicklung
- Allgemeines Bauwesen, insbesondere Bauaufsicht, Bautechnik
- Wohnungswesen, insbesondere Wohnungsbauförderung, Wohnungswirtschaft, Wohnungsbestandsmodernisierung und -instandhaltung, Wohnungs- und Mietrecht, Wohngeld
- Verkehrspolitik, Verkehrsplanung, öffentlicher Personennahverkehr, Straßenverkehr, Eisenbahnen, Luftfahrt, Schifffahrt
- Straßenwesen, Straßenbau, Verkehrssicherheit gemäß Artikel 90 Abs. 2 GG in Verbindung mit Artikel 85 GG die Verwaltung der Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) im Auftrag des Bundes
- gemäß Artikel 87 GG in Verbindung mit dem Gesetz über Zuständigkeiten in der Luftverkehrsverwaltung die auftragsweise Wahrnehmung von Aufgaben der Luftaufsicht

Das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben, soweit sie nicht vom Ministerium unmittelbar wahrgenommen werden, seiner nachgeordneten Behörden und Einrichtungen. Bei Förderungen im Bereich des Wohnungswesens wird die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) beauftragt, ebenso bei EFRE-kofinanzierten Förderungen im Rahmen der Stadtentwicklung. Die Bewilligung der ESF- kofinanzierten Förderungen im Rahmen der Stadtentwicklung erfolgt durch die LASA Brandenburg GmbH.

Der Haushalt des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr - Einzelplan 11 - enthält die nachstehenden Kapitel:

Kapitel 11 010 - Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
Kapitel 11 020 - Allgemeine Bewilligungen
Kapitel 11 040 - Angelegenheiten der Stadtentwicklung
Kapitel 11 060 - Angelegenheiten des Wohnungswesen
Kapitel 11 100 - Institut für Stadtentwicklung und Wohnen
Kapitel 11 400 - Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen
Kapitel 11 410 - Straßenbauämter
Kapitel 11 420 - Autobahnamt
Kapitel 11 460 - Straßen- und Brückenbau
Kapitel 11 470 - Förderung der übrigen Verkehrsträger
Kapitel 11 490 - Luftfahrt
Kapitel 11 500 - Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs

Kapitel 11 010: Ministerium

In diesem Kapitel sind die Personal-, Sach- und investiven Ausgaben des Ministeriums veranschlagt.

Kapitel 11 020: Allgemeine Bewilligungen

In diesem Kapitel sind insbesondere veranschlagt die Mittel für

- Beihilfen und Fürsorgeleistungen
- Aufwand der Personalvertretung sowie
- Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums
- EU - Gemeinschaftsinitiative URBAN I und URBAN II
- Ausgaben im Rahmen von Planfeststellungsverfahren u. a. für den Großflughafen

Kapitel 11 040: Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Das Kapitel enthält im wesentlichen die Ausgabemittel für die Förderung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen einschließlich der Maßnahmen des städtebaulichen Denkmalschutzes, die Förderung der Planung und Umsetzung von Stadtentwicklungsvorhaben sowie die Förderung von städtischen Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf.

Die Fördermittel der Stadterneuerung werden für Gesamtmaßnahmen im Sinne des § 136 BauGB zur Behebung städtebaulicher Missstände bewilligt, die Fördermittel für die Vorbereitung und Durchführung von städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen für Gesamtmaßnahmen gem. § 165 ff BauGB.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist die Förderung der städtebaulichen Planung und von Maßnahmen zu deren Umsetzung sowie der Beseitigung städtebaulicher Missstände außerhalb von Gebieten, in denen das besondere Städtebaurecht gilt (z. B. städtebaulich relevante Brachflächen).

Gefördert werden grundlegende und bereichs- bzw. vorhabenbezogene Untersuchungen, Planungen, Wettbewerbe, Gutachten und Prozesse zur integrierten und nachhaltigen Vorbereitung und Durchführungssteuerung von Maßnahmen der Stadtentwicklung, die kurz- und mittelfristig umsetzbar sind und dauerhafte strukturpolitisch positive Auswirkungen auf eine ausgewogene Stadt- und Landesentwicklung erwarten lassen.

Investive Maßnahmen werden gefördert, wenn sie dem Leitbild der Innenentwicklung folgend insbesondere die Aufbereitung städtebaulich relevanter Brachflächenstandorte durch Abbruch, Beräumung, Sanierung und Erschließung oder die Verbesserung der infrastrukturellen Ausstattung von Gebieten mit Entwicklungsrückstand vorsehen.

In Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf werden sowohl die konzeptionelle Vorbereitung als auch die Umsetzung von Maßnahmen gefördert, die zur nachhaltigen Stabilisierung und Weiterentwicklung der Stadtteile führen, insbesondere Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfeldes und des öffentlichen Raumes, zur Verbesserung der Infrastruktur sowie der Rahmenbedingungen für neue wirtschaftliche Tätigkeiten und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Außerdem werden Mittel zur Förderung der städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete bereitgestellt. Große Neubaugebiete sind in industrieller Fertigbauweise errichtete Siedlungen oder Siedlungsgebiete mit in der Regel mehr als 2.000 Wohnungen.

Weiterhin veranschlagt werden in diesem Kapitel Mittel zur Förderung von Stadtumbaukonzepten sowie des Stadtbbaus. Gefördert werden kommunale gesamtstädtische und teilträumliche Stadtumbaukonzepte sowie Maßnahmen zur Verringerung der Zahl leerstehender bzw. nicht mehr benötigter Wohnungen und weitere investive Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Stadtbau stehen.

Kapitel 11 060: Zusätzliche Maßnahmen für den Wohnungsbau / Modernisierung

In diesem Kapitel sind im wesentlichen die Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen und das Wohngeld veranschlagt.

Kapitel 11 100: Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Veranschlagt sind die Einnahmen und Ausgaben des Instituts für Stadtentwicklung und Wohnen.

Das Institut für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Brandenburg (ISW) ist eine dem Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr (MSWV) nachgeordnete Einrichtung und unterliegt dessen Dienst- und Fachaufsicht. Es hat seinen Sitz in Frankfurt (Oder).

Nach der Institutsordnung hat es folgende Aufgaben:

- Es erarbeitet fachliche Grundlagen und Beiträge für Entscheidungsvorbereitungen auf den Gebieten der Stadt- und Siedlungsentwicklung, der Stadterneuerung, der Verbesserung der Wohnbedingungen, des Wohnungsbaus und Wohnungswesens.
- Es berät durch Fach- und Planungsberatung und Öffentlichkeitsarbeit Städte und Gemeinden.
- Es gewährleistet durch seine Arbeit die Begleitung und Bewertung von städtebaulichen Planungen, von Modell- und Fördervorhaben.
- Es wirkt mit an Aufgaben der Regionalentwicklung und Raumordnung, des Landschafts-, Natur- und Umweltschutzes, der Dorfentwicklung, der Denkmalpflege und der Erhaltung bau- und kulturhistorischer Werte im Auftrag des MSWV.
- Es nutzt die Zusammenarbeit mit Instituten, wissenschaftlichen Einrichtungen, Verbänden und weiteren Fachpartnern für fachlichen Erfahrungsaustausch und Kooperation.

Kapitel 11 400: Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Die Landesbehörde hat ihren Sitz in Dahwitz-Hoppegarten mit einer Außenstelle in Cottbus.

Sie ist Obere Verkehrs- und Straßenbaubehörde sowie Bewilligungsbehörde für Städtebauförderungsmittel und Bautechnisches Prüfamt des Landes Brandenburg.

Das Landesamt erledigt auf der Grundlage zahlreicher Bundes- und Landesgesetze Planungs-, Ordnungs- und Prüfaufgaben im Schienen-, Straßen-, Wasser- und Luftverkehr, im Straßenbau und im konstruktiven Ingenieurbau sowie in der Stadterneuerung und Stadtentwicklung und in bautechnischen Angelegenheiten. Für deren rechtssichere, verwaltungs- und haushaltsmäßig einwandfreie und technisch zuverlässige Abwicklung muss ein umfangreiches konsuntives Instrumentarium zur Verfügung stehen.

Kapitel 11 410: Straßenbauämter

Im Land Brandenburg nehmen 6 Straßenbauämter die Aufgaben der Straßenbauverwaltung wahr.

Die Straßenbauämter verwalten über 8.400 km Landes- und Bundesstraßen, 1.154 Brücken, davon 2.711 km und 442 Brücken im Rahmen der Auftragsverwaltung des Bundes. Ihnen obliegt dabei die Unterhaltung, der Neubau sowie die Planung von Landes- und Bundesstraßen im Rahmen der Auftragsverwaltung.

Weitere Aufgaben der Straßenbauämter bestehen in der

- Bewilligung und Leitung von Bauvorhaben
- Wartung und Pflege der Fahrbahnen, Brücken und Nebenanlagen sowie Winterdienst
- Verkehrslenkende und verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit
- Zustimmung zum Bau der den Straßenkörper querenden Medienträger
- Durchsetzung des bestehenden Verkehrsrechts im Verantwortungsbereich, Klärung von Rechtsstreitigkeiten sowie
- Steuerung der Maßnahmen der Kommunen und Kreise im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes.

In diesem Kapitel ist der Verwaltungshaushalt der Straßenbauämter (Personal-, Sach- und investive Ausgaben) eingestellt. Bei den investiven Ausgaben (Hauptgruppe 8) besteht eine Trennung zwischen den Investitionen der Verwaltung der Straßenbauämter und den Investitionen der Straßenmeistereien, die im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes vom Bund refinanziert werden.

Diese sind im Kapitel 11 460 eingestellt.

Kapitel 11 420: Autobahnamt

Das Autobahnamt hat die Funktion eines Betriebs- und Neubauramtes zu erfüllen. Zu seinen Aufgaben gehören

- Planung und Vorbereitung für Neubau, Erweiterung, Um- und Ausbau sowie Erneuerung von Autobahnen, einschließlich Nebenanlagen
- Bauüberwachung der zu realisierenden Maßnahmen
- Verwaltung der Autobahnen und Nebenanlagen
- Wartung und Pflege der Fahrbahnen, Brücken und Nebenanlagen
- Brückenprüfungen nach DIN 1076
- verkehrslenkende und verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs
- verkehrsbehördliche Anordnungen sowie Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 23 FStrG
- Durchführung des Winterdienstes
- Schaffung, Instandhaltung und Bedienung eines leistungsfähigen Notrufsäulensystems.

Das Amt verwaltet eine Streckenlänge von 766 km Autobahnen, darunter 1.580 km Richtungsfahrbahnen sowie mehr als 600 Brückenbauwerke. Die längste Autobahnstrecke von Landesgrenze zu Landesgrenze beträgt rund 320 km. Die Dichte km Autobahn pro qkm Landesfläche beträgt 0,026 (im Vergleich dazu Nordrhein-Westfalen 0,062, Hessen 0,044).

Gemäß Artikel 90 Abs. 2 GG verwalten die Länder die Bundesautobahnen im Auftrag des Bundes. Da die Einrichtung der Behörden für die Auftragsverwaltung Angelegenheit der Länder ist, werden die Aufwendungen für die Verwaltung des Autobahnamtes im Kapitel 11 420 veranschlagt.

Kapitel 11 460: Straßen- und Brückenbau

In diesem Kapitel sind die Zweckausgaben für die Unterhaltung, einschließlich Winterdienst, die Instandsetzung, die Entwurfsbearbeitung und Planung sowie des Um-, Aus- und Neubaues der in der Baulast des Landes Brandenburg befindlichen Straßen und Brücken veranschlagt.

Die Ausgaben für Entwurfs- und Planungsbearbeitung sowie Bauaufsicht an Bundesfernstraßen sind entsprechend dem Bundesfernstraßengesetz gesondert eingestellt.

Weiterhin enthält das Kapitel die Ausgabemittel für die kommunalen Förderprogramme gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und der Zuweisungen für Investitionen für den kommunalen Straßenbau, Maßnahmen der Verkehrssicherheit und Verkehrsaufklärung.

Kapitel 11 470: Förderung der übrigen Verkehrsträger

Veranschlagt sind Mittel für verkehrspolitische Grundsatzuntersuchungen als wesentliche Grundlage zur Umsetzung der Verkehrspolitik sowie zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur des Landes.

Für Binnenhäfen werden bestimmte, nicht nach der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" förderfähige Planungsleistungen, gefördert.

Auf der Grundlage des Brandenburgischen Landeswassergesetzes sowie der Landesschiffahrtsverordnung sind Mittel für die Ausstattung mit Schifffahrtszeichen und für die Unterhaltung der schiffbaren Landesgewässer veranschlagt.

Kapitel 11 490: Luftfahrt

Auf der Grundlage der Luftverkehrskonzeption erfolgt eine bedarfsgerechte Entwicklung des Luftverkehrs als ein bedeutender Wirtschaftsfaktor des Landes.

Zur Umsetzung dieser Zielstellung gewährt das Land Investitionszuschüsse, insbesondere zum Aufbau des Instrumentenflugbetriebes an den Flugplätzen Cottbus - Drewitz und Finow.

Zur Errichtung der Flugsicherungsstellen dieser Flugplätze sind Mittel veranschlagt. Dadurch wird ein höherwertiger gewerblicher Verkehr als Voraussetzung einer wirtschaftlichen Entwicklung ermöglicht.

Zur Gewährleistung der Luftaufsicht gem. § 29 Luftverkehrsgesetz sind Mittel veranschlagt, um den gesetzlich übertragenen Auftrag zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit des Luftverkehrs sowie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung umzusetzen.

Kapitel 11 500: Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs gemäß Regionalisierungsgesetz

Die Finanzierung des ÖPNV erfolgt auf der Grundlage des Regionalisierungsgesetzes und des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes i.V.m. dem ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg. Danach sind die entsprechenden konsumtiven und investiven Mittel veranschlagt.

Das Land hat den Verkehrsverbund Berlin - Brandenburg als Regieebene mit der Planung, Durchführung und Abrechnung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) beauftragt. Als Mitgesellschafter der Verbund GmbH hat das Land die anteiligen Kosten der Gesellschaft zu tragen. Hierfür sind die entsprechenden Mittel eingestellt.

Das Land gewährt den Aufgabenträgern gem. § 11 Abs. 1 ÖPNVG finanzielle Unterstützung bei ihrer Wahrnehmung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für den übrigen ÖPNV. Näheres regelt die „Richtlinie des MSWV zur Förderung von Verkehrsleistungen des übrigen ÖPNV“.

Im Rahmen der Infrastrukturförderung des ÖPNV sind die notwendigen Mittel veranschlagt, die gemäß der „Richtlinie zur Durchführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes und zur Verwendung von Fördermitteln zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden des Landes Brandenburg“ und der „Richtlinie des MSWV zur Förderung von Investitionen für den Schienenpersonennahverkehr im Land Brandenburg“ durch das Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen bewilligt werden.

Zur Erstattung von Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr gem. § 45a Personenbeförderungsgesetz sind hierfür die erforderlichen Mittel eingestellt.

Einsatz von EU-Strukturfondsmitteln nach dem Operationellen Programm Brandenburg 2000-2006 für Zwecke des Einzelplans

Bei den nachfolgend aufgeführten Haushaltsansätzen des Einzelplans ist der Einsatz von Strukturfondsmitteln der Europäischen Union aus dem "Operationellen Programm Brandenburg 2000-2006" in der angegebenen Höhe vorgesehen.

Die Zuweisungen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) sind bei Kapitel 08 050, TG 82, die Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) bei Kapitel 07 030, TG 70 veranschlagt. Bei beiden Fonds erfolgt die Veranschlagung ohne nationale Kofinanzierungsmittel. Dies heißt, dass die in der Tabelle unter „EU-Mittel“ ausgewiesenen Beträge zusätzlich zu den Haushaltsansätzen im Einzelplan 11 zur Verfügung stehen. In der Übersicht werden die Titel aufgeführt, für deren Zweckbestimmungen EFRE- und ESF-Mittel sowie gegebenenfalls die im Ansatz enthaltenen Kofinanzierungsmittel verausgabt werden sollen.

Kapitel / Titel	Zweckbestimmung	HH-	davon	EU-	HH-	davon	EU-
		Ansatz 2002	Bundes-/ Landes- mittel zur Kofinan- zierung	Mittel 2002	Ansatz 2003	Bundes-/ Landes- mittel zur Kofinan- zierung	Mittel 2003
Angaben in 1.000 EUR							
<u>Finanziert aus dem EFRE (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 08 050, TG 82)</u>							
11 040/883 33	Zuweisungen zur Stadtent- wicklung und Stadterneuerung	21.453,0	1.244,1	18.662,2	16.698,5	1.193,0	17.895,2
11 460/ TG 60 und 11 460 / TG 70	Bauliche Maßnahmen an Lan- desstraßen Entwurfsbearbeitung ein- schließlich Planung und Bau- aufsicht	130.161,6	17.895,2	17.895,2	126.315,8	17.895,2	17.895,2
11 490/892 10 und 11 490/892 11	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen Erwerb von Geräten zur Ver- besserung der Flugsicherheit	1.176,0	1.073,7	1.789,5	1.176,0	1.073,7	1.789,5
11 500/883 10 und 11 500 /891 10	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	31.564,9	0,0	4.218,2	33.098,7	0,0	4.090,3
<u>Finanziert aus dem ESF (EU-Mittel veranschlagt in Kapitel 07 030, TG 70)</u>							
11 040/883 33	Zuweisungen zur Stadtent- wicklung und Stadterneuerung	s.o.	482,1	1.124,8	s.o.	438,3	1.022,6

Personalübersicht 2002 / 2003

Bezeichnung	2001	2002	2003
1 Planmäßige Beamte und Richter	750	752	752
2 Beamtete Hilfskräfte	0	0	0
3 Angestellte	1129	1106	1106
4 Arbeiter	993	911	911
Stellensoll (1-4)	2872	2769	2769
Beamte im Vorbereitungsdienst	0	0	0
Auszubildende	67	67	67
Leerstellen			
Planmäßige Beamte und Richter	1	0	0
Angestellte	2	2	2
Arbeiter	0	0	0
Summe Leerstellen	3	2	2

Haushaltsübersicht 2002

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungsein- nahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
11010		48.200			48.200	13.856.300
11020		3.150.000	2.580.800		5.730.800	-278.600
11040		6.544.900		50.743.300	57.288.200	
11060		2.500	72.859.100	40.063.100	112.924.700	
11100		33.600			33.600	2.390.000
11200						
11400		1.454.700	10.300		1.465.000	14.427.500
11410		630.400	8.885.300		9.515.700	55.053.700
11420		666.700	13.737.000		14.403.700	27.224.000
11460		1.335.100	16.263.600	36.779.300	54.378.000	
11470		165.000			165.000	
11490		73.000			73.000	
11500		256.000	419.942.200	21.106.100	441.304.300	
Summe 2002		14.360.100	534.278.300	148.691.800	697.330.200	112.672.900
Summe 2001		11.040.581	516.329.436	158.498.387	685.868.404	113.916.956
Vgl. zu 2001		+3.319.519	+17.948.864	-9.806.587	+11.461.796	-1.244.056

Haushaltsübersicht 2002

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
1.373.100			350.900		15.580.300	-15.532.100
695.400	8.948.900		2.529.700		11.895.400	-6.164.600
148.300	1.031.800		125.757.300		126.937.400	-69.649.200
615.400	337.980.900		82.001.500		420.597.800	-307.673.100
348.000			35.800		2.773.800	-2.740.200
1.642.000			95.100		16.164.600	-14.699.600
3.685.300			728.200		59.467.200	-49.951.500
1.736.300			647.800		29.608.100	-15.204.400
33.683.500	370.600	123.257.900	48.826.400		206.138.400	-151.760.400
1.408.600	107.400		1.636.200		3.152.200	-2.987.200
152.900	387.400		1.176.000		1.716.300	-1.643.300
306.800	364.432.600		78.834.200		443.573.600	-2.269.300
45.795.600	713.259.600	123.257.900	342.619.100		1.337.605.100	-640.274.900
46.695.725	860.719.592	108.457.791	316.157.181		1.445.947.245	-760.078.842
-900.125	-147.459.992	+14.800.109	+26.461.919		-108.342.145	+119.803.942

Haushaltsübersicht 2003

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Kapitel	Einnahmen					Ausgaben
	0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungsein- nahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungsein- nahmen	Summe Einnahmen	4 Personal- ausgaben
	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
1	2	3	4	5	6	7
11010		48.200			48.200	13.256.300
11020		2.450.800	2.460.800		4.911.600	-1.486.000
11040		6.289.300		46.796.800	53.086.100	
11060		1.500	72.859.100	33.989.000	106.849.600	
11100		33.600			33.600	2.288.700
11200						
11400		1.454.700	10.300		1.465.000	13.827.500
11410		621.700	8.885.300		9.507.000	54.253.700
11420		666.700	14.012.000		14.678.700	27.224.000
11460		1.330.300	16.493.800	36.779.300	54.603.400	
11470		165.000			165.000	
11490		73.000			73.000	
11500		256.000	419.942.200	21.106.100	441.304.300	
Summe 2003		13.390.800	534.663.500	138.671.200	686.725.500	109.364.200
Summe 2002		14.360.100	534.278.300	148.691.800	697.330.200	112.672.900
Vgl. zu 2002		-969.300	+385.200	-10.020.600	-10.604.700	-3.308.700

Haushaltsübersicht 2003

Zusammenfassung der Einnahmen und Ausgaben der Kapitel

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	9 Besondere Finanzierungs- ausgaben	Summe Ausgaben	
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
8	9	10	11	12	13	14
1.357.800			345.900		14.960.000	-14.911.800
717.500	9.152.800		2.409.700		10.794.000	-5.882.400
148.300	1.031.800		119.035.800		120.215.900	-67.129.800
589.800	344.010.200		79.878.900		424.478.900	-317.629.300
352.600			48.600		2.689.900	-2.656.300
1.661.500			236.900		15.725.900	-14.260.900
3.383.800			427.100		58.064.600	-48.557.600
1.738.800			474.000		29.436.800	-14.758.100
34.217.200	370.600	119.142.100	48.439.000		202.168.900	-147.565.500
1.408.600	107.400		1.636.200		3.152.200	-2.987.200
152.900	402.700		1.176.000		1.731.600	-1.658.600
306.800	364.120.100		78.856.700		443.283.600	-1.979.300
46.035.600	719.195.600	119.142.100	332.964.800		1.326.702.300	-639.976.800
45.795.600	713.259.600	123.257.900	342.619.100		1.337.605.100	-640.274.900
+240.000	+5.936.000	-4.115.800	-9.654.300		-10.902.800	+298.100

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	011	Gebühren, sonstige Entgelte	16.873 18.104	18.000	18.000
112 10	011	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0 0	0	0
119 10	011	Sonstige Einnahmen	23.008 10.384	23.000	23.000
119 20	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	1.534 207	1.600	1.600
<p><i>Siehe Vermerk bei Kapitel 11 020 Titel 531 20.</i></p> <p>Erläuterungen: Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren.</p>					
124 10	011	Mieten und Pachten	0 2.383	0	0
132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	5.624 0	5.600	5.600

Erläuterungen:
Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen sind im Kapitel 11 020 mitveranschlagt.

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 010 / 113 10	511	0
Zusammen		511	0

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(113 10)	011	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher geringwertiger Gegenstände umgesetzt nach 11 010 / 132 10	0 0		
Summe HGr. 1:			47.039	48.200	48.200

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 010 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

Siehe Vermerk bei Ausgaben - Titelgruppe 99.

359 99	950 Entnahme aus der Rücklage		0	0	0
			55.547		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0	0
-------------------------------------	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0	0
--	----------	----------	----------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

Gemäß der Kabinettsbeschlüsse vom 01.04.2001 zur Personalbedarfsplanung und vom 12.06.2001 zur weiteren Einsparung von Personalmitteln sind im gesamten Einzelplan für die Haushaltsjahre 2002 (23), 2003 (51) sowie für die Haushaltsjahre 2004 (50) und 2005 (78) Planstellen/Stellen und Beschäftigungspositionen kw.

421 10	011	Bezüge des Ministers	117.648 115.064	123.800	123.800
--------	-----	----------------------	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Amtsbezüge des Ministers gemäß § 8 Abs. 2 des Ministergesetzes einschließlich Dienstaufwandsentschädigung für den Minister. Das Amtsgehalt wird unter Berücksichtigung der für Beschäftigte des Landes Brandenburg geltenden Bestimmungen gewährt.

422 10	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	5.527.577 5.347.433	6.139.000	6.139.000
--------	-----	--	------------------------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Besoldungsrunde 2000.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Dienstbezüge	5.649.000	5.649.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen	490.000	490.000
	Summe	6.139.000	6.139.000

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2001	2002	2003
Staatssekretär	B9	hD	1,00	1,00	1,00
Ministerialdirigent	B6	hD	5,00	5,00	5,00
Ministerialrat	B2	hD	17,00	17,00	17,00
Ministerialrat	A16	hD	15,00	15,00	15,00
Regierungsdirektor	A15	hD	22,00	22,00	22,00
davon kw: 1 im Jahr 2005 Flughafen Berlin Brandenburg International					
Oberregierungsrat	A14	hD	18,00	18,00	18,00
Regierungsrat	A13	hD	3,00	3,00	3,00
Oberamtsrat	A13	gD	30,00	31,00	31,00
Amtsrat	A12	gD	19,00	19,00	19,00
Regierungsamtmann	A11	gD	1,00	1,00	1,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	2,00	2,00	2,00
Regierungsamtsinspektor	¹⁾ A9	mD	14,00	14,00	14,00
davon kw: 1 im Jahr 2005 Flughafen Berlin Brandenburg International					
Zusammen:			147,00	148,00	148,00

Leerstellen:

Ministerialrat	²⁾ B2	hD	1,00	0,00	0,00
Zusammen:			1,00	0,00	0,00

sonstige Stellenplanvermerke:

- ¹⁾ davon 1 Stelle mit Zulage gem. Fußnote 3 für Besoldungsgruppe A 9 m.D. der Bundesbesoldungsordnung.
- ²⁾ an die SPD-Landtagsfraktion abgeordneter Beamter.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
422 10

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

2002 2003

Zugänge:

Sonstige Zugänge

1 0 A13 gD Oberamtsrat

Maßn.d. Landesregierung zum Schutz der Bürger nach den Terroranschlägen

1 0 Sonstige Zugänge

1 0 Stellen Zugänge insgesamt

1 0 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Leerstellen:

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1 0 B2 hD Ministerialrat

1 0 Sonstige Abgänge

1 0 Stellen Abgänge insgesamt

-1 0 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

425 10	011 Vergütungen der Angestellten	6.582.883	6.933.500	6.333.500
		6.162.692		

Erläuterungen:

Aus den veranschlagten Mitteln können auch Ausgaben für Praktikanten geleistet werden.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Gesamtvergütung	5.483.500	5.033.500
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	1.450.000	1.300.000
	Summe	6.933.500	6.333.500

Weniger durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifrunde 2000.

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2001	2002	2003
I	hD	4,00	4,00	4,00
Ia	hD	11,00	10,00	10,00
Ib	hD	8,00	7,00	7,00
Ila	hD	9,00	9,00	9,00
III	gD	31,00	31,00	31,00
IVa	gD	10,00	10,00	10,00
IVb	gD	1,00	1,00	1,00
Vc	mD	21,00	22,00	22,00
Vlb	mD	12,00	12,00	12,00
VII	mD	10,00	23,00	23,00
VII-IXb	mD	12,00	0,00	0,00
IXb	eD	1,00	1,00	1,00
Zusammen:		130,00	130,00	130,00

Leerstellen:

Ib	¹⁾ hD	1,00	1,00	1,00
Ila	²⁾ gD	1,00	1,00	1,00
Zusammen:		2,00	2,00	2,00

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
425 10

sonstige Stellenplanvermerke:

- 1) an die SPD-Landtagsfraktion abgeordneter Angestellter
- 2) Beurlaubung gem. § 15 BErzGG

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2002 2003

Zugänge:

Sonstige Zugänge

1 0 Vc mD

Maßn. d. Landesregierung zum Schutz der Bürger nach den Terroranschlägen

1 0 Sonstige Zugänge

1 0 Stellen Zugänge insgesamt

1 0 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

12 0 VII mD

Umwandlung von VII-IXb mD

1 0 VII mD

Umsetzung von 02 010 / 425 10 gem. § 50 Abs. 2 LHO

13 0 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

13 0 Stellen Zugänge insgesamt

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

1 0 Ia hD

Umsetzung nach 02 010 / 425 10 gem. § 50 Abs. 2 LHO

1 0 Ib hD

Umsetzung nach 03 010 / 425 10 gemäß § 50 Abs. 1 LHO

12 0 VII-IXb mD

Umwandlung nach VII mD

14 0 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

14 0 Stellen Abgänge insgesamt

-1 0 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Leerstellen:

Zugänge:

Sonstige Zugänge

1 0 IIa gD

1 0 Sonstige Zugänge

1 0 Stellen Zugänge insgesamt

Abgänge:

Sonstige Abgänge (auch im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres)

1 0 IIa gD

Beurlaubung gem. § 15 BErzGG beendet

1 0 Sonstige Abgänge

1 0 Stellen Abgänge insgesamt

0 0 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

426 10	011 Löhne der Arbeiter	301.458 324.877	400.000	400.000
--------	------------------------	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

	2002 EUR	2003 EUR
1. Gesamtlöhne	316.000	316.000
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	84.000	84.000
Summe	400.000	400.000

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifrunde 2000.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
426 10

Stellenübersicht:

	2001	2002	2003
PT	5,00	5,00	5,00
MTL 6	1,00	1,00	1,00
MTL 4	1,00	1,00	1,00
MTL 2a	2,00	2,00	2,00
Zusammen:	9,00	9,00	9,00

427 10 011 Vergütung für Aushilfen im Bereich des Flugwesens bis zu 5 Jahre 100.469 100.000 100.000
7.108

Erläuterungen:

Beschäftigung von Aushilfen im Planfeststellungsverfahren Ausbau Flughafen BBI.

427 20 011 Vergütungen und Löhne für Aushilfen 80.273 150.000 150.000
9.423

Erläuterungen:

Vorübergehende Beschäftigung von 1 Mitarbeiter des höheren Dienstes Verg.Gr. Ila BAT.

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg.

453 10 011 Trennungsgeld, Umzugsvergütung 5.113 10.000 10.000
2.428

Erläuterungen:

	2002	2003
	EUR	EUR
1. Trennungsentschädigung	5.000	5.000
2. Umzugskostenvergütung	5.000	5.000
Summe	10.000	10.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 4: 12.715.420 13.856.300 13.256.300

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 011 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, 176.907 180.500 180.500
Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige 209.734
Gebrauchsgegenstände

Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 010 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
511 10

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Geschäftsbedarf	67.500	67.500
2.	Bücher, Zeitschriften	66.500	66.500
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	44.000	44.000
4.	Sonstiges	2.500	2.500
Summe		180.500	180.500

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

	Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 010 / 512 10	66.468	68.487
2.	11 010 / 515 10	37.324	43.640
3.	11 010 / 515 30	1.534	4
Zusammen		105.326	112.131

511 20 neu 011 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren 103.281 103.800 103.800

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Postgebühren	80.000	80.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	21.000	21.000
3.	Sonstiges	2.800	2.800
Summe		103.800	103.800

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

	Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 010 / 513 10	103.281	64.910
Zusammen		103.281	64.910

514 10 011 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. 35.023 36.800 36.800
 40.795

*Kostenerstattungen für private Nutzung von Dienst-Kfz fließen den
Ausgaben zu.*

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	30.000	30.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	1.000	1.000
3.	Verbrauchsmittel	4.000	4.000
4.	Sonstiges	1.800	1.800
Summe		36.800	36.800

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 010 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
514 10

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Soll 2002	Soll 2003	Bestand am 01.01.2000	Aussonderung
PKW	10	10	10	0
davon personengebunden	2	2	2	0
Arbeitsmaschinen	1	1	1	0
Zusammen:	11	11	11	0

Anzahl der Beschäftigten je PKW: 28

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1. 11 010 / 516 10	1.023	592
Zusammen	1.023	592

517 10	011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	167.653 450.898	460.200	460.200
--------	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

	2002 EUR	2003 EUR
1. Heizung	62.000	62.000
2. Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	135.000	135.000
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	119.000	119.000
4. Grundbesitzabgaben	7.000	7.000
5. Bewachungskosten	68.000	68.000
6. Sonstiges	69.200	69.200
Summe	460.200	460.200

Für verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 11.770,42 m² Nettogrundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

Mehr in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf nach einer in 2001 zentral veranschlagten Einsparung für den gesamten Einzelplan 11.

518 10	011 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.045 155	2.000	2.000
--------	--	---------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Miete von Räumen z. B. für Personalversammlungen.

518 20	011 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	93.055 49.794	64.300	64.300
--------	---	-------------------------	---------------	---------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 010 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
518 20

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Mieten einschl. Leistungsverträge für 5 Großkopierer	49.400	49.400
2.	Mieten einschl. Leistungsverträge für 3 Kleinkopierer	7.800	7.800
3.	Müllcontainer	5.200	5.200
4.	Sanitärbehälter	1.900	1.900
Summe		64.300	64.300

Weniger aufgrund zu erwartender Einsparungen durch Neuausschreibung der Kopiertechnik.

518 30	011 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	10.124 10.350	10.300	10.300
--------	--	-------------------------	---------------	---------------

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Vorhandene geleaste Fahrzeuge am 01.01.2001:

Personenkraftwagen: 5
 Lastkraftwagen: 0
 Sonstige: 0

Im Haushaltsjahr 2002 Beschaffungen: 6

Im Haushaltsjahr 2003 Beschaffungen: 6

(1 Leasingvertrag hat eine Laufzeit von 6 Monaten. Daraus resultieren 2 Beschaffungen pro Jahr)

519 10	011 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	12.782 5.169	15.400	15.400
--------	--	------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	15.400	15.400
Summe		15.400	15.400

Mehr aufgrund des Auslaufens von Gewährleistungsfristen.

525 10	011 Aus- (und Fort)bildung	69.024 68.785	76.000	76.000
--------	-----------------------------------	-------------------------	---------------	---------------

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Kosten für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten	68.400	68.400
2.	Ausbildung zum Piloten und jährliche Pflichtstunden zum Erhalt des Flugscheines	7.600	7.600
Summe		76.000	76.000

526 10	011 Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	46.016 40.861	46.000	46.000
--------	---	-------------------------	---------------	---------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 010 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
526 10

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	46.000	46.000
davon fällig:		
2003 bis zu	46.000	
2004 bis zu		46.000
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		46.016			46.016
2003			46.000		46.000
2004				46.000	46.000
2005					
2006 ff.					
Summen		46.016	46.000	46.000	138.016

Erläuterungen:

	2002 EUR	2003 EUR
1. Kosten für Sachverständige	30.000	30.000
2. Kosten für Rechtsstreitigkeiten	16.000	16.000
Summe	46.000	46.000

527 10 011 **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** 112.740 113.000 113.000
98.267

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

529 10 011 **Verfüungsmittel** 6.033 6.000 6.000
3.132

Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Aus den Belegen muß die dienstliche Veranlassung zumindest aus den Angaben der Funktionen der Teilnehmer erkennbar sein. Eine Auszahlung ohne Beleg ist nicht zulässig.

	2002 EUR	2003 EUR
1. Minister	3.700	3.700
2. Staatssekretär	900	900
3. Dienststellenleiter	1.400	1.400
Summe	6.000	6.000

532 10 011 **Auslagen in Rechtssachen** 2.045 2.000 2.000
0

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 010 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
532 10

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	2.000	2.000
davon fällig:		
2003 bis zu	2.000	
2004 bis zu		2.000
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		2.045			2.045
2003			2.000		2.000
2004				2.000	2.000
2005					
2006 ff.					
Summen		2.045	2.000	2.000	6.045

541 10 011 **Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen** 40.903 56.200 40.900
35.886

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	10.000	10.000
davon fällig:		
2003 bis zu	10.000	
2004 bis zu		10.000
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		5.113			5.113
2003			10.000		10.000
2004				10.000	10.000
2005					
2006 ff.					
Summen		5.113	10.000	10.000	25.113

Erläuterungen:

Mehr für die Präsentation des MSWV auf der ILA 2002

546 20 011 **Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte** 2.045 2.000 2.000
591

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	
546 30	011	Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	0 28.121	0	0
		Aus Titelgruppen	380.912	198.600	198.600
		Weggefallene oder umgesetzte Titel			
(512 10)	011	Bücher und Zeitschriften umgesetzt nach 11 010 / 511 10	0 0		
(513 10)	011	Post- und Fernmeldegebühren umgesetzt nach 11 010 / 511 20	0 0		
(515 10)	011	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke umgesetzt nach 11 010 / 511 10	0 0		
(515 30)	011	Geräte und Ausstattungsgegenstände für den Behördenselbstschutz umgesetzt nach 11 010 / 511 10	0 0		
(516 10)	011	Dienst- und Schutzkleidung umgesetzt nach 11 010 / 514 10	0 0		
Summe HGr. 5:			1.260.590	1.373.100	1.357.800
HGr. 7: Baumaßnahmen					
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(712 10)	011	Um- und Erweiterungsbau des Behördenhauses Dortustr. 30 - 34	0 0		
(713 10)	011	Um- und Erweiterungsbau Henning-von-Tresckow-Straße Behördenhaus	0 0		
Summe HGr. 7:			0	0	0
HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen					
811 10	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	25.565 757	25.600	25.600
<i>Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.</i>					
Erläuterungen:					
Ersatzbeschaffung im Jahr 2002 und 2003 von jeweils 2 PKW mit einem Anschaffungspreis bis zu jeweils 12.783 EUR.					
812 10	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	76.694 36.260	43.300	38.300

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 010 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
812 10

Erläuterungen:

			2002	2003
			EUR	EUR
1.	Erstbeschaffungen			
1.1	Ausstattungen von Büroräumen		15.000	10.000
1.2	Sonstiges		3.000	3.000
	<i>Summe zu 1.</i>		<i>18.000</i>	<i>13.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.1	Ausstattungen von Büroräumen		20.300	20.300
2.2	Sonstiges		5.000	5.000
	<i>Summe zu 2.</i>		<i>25.300</i>	<i>25.300</i>
Zusammen			43.300	38.300
Aus Titelgruppen			99.702	282.000
Summe HGr. 8:			201.960	345.900

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 010 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

511 99	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	268.428	105.000	105.000
			83.490		

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Hardware	13.000	13.000
2.	Software	12.000	12.000
3.	Unterhaltung	74.000	74.000
4.	Kommunikation	6.000	6.000
5.	Sonstiges		
Summe		105.000	105.000

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 010 / 513 99	5.113	4.303
2.	11 010 / 515 99	247.977	67.362
Zusammen		253.089	71.665

518 99 neu	011	Mieten	0	0
---------------	-----	--------	---	---

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Mieten für Maschinen und Geräte		
2.	Mieten für Software		
3.	Mieten für Rechenzeiten		
Summe		0	0

525 99	011	Aus- (und Fort)bildung	25.565	25.500	25.500
			12.524		

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	2.000	2.000
2.	Lehr- und Lernmittel	23.500	23.500
Summe		25.500	25.500

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

538 99 011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen 86.920 68.100 68.100
 23.308

Erläuterungen:

Benutzerentgelte für DV-Verfahren

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Juris	5.100	5.100
2.	DPA	3.000	3.000
3.	WWI	10.000	10.000
4.	Sonstiges	50.000	50.000
Summe		68.100	68.100

812 99 011 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen 99.702 282.000 282.000
 166.855

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Erstbeschaffungen		
1.1	Hardware	15.000	15.000
1.2	Software	15.000	15.000
1.3	Kommunikation		
	<i>Summe zu 1.</i>	<i>30.000</i>	<i>30.000</i>
2.	Ersatzbeschaffungen		
2.1	Hardware	252.000	252.000
2.2	Software		
2.3	Kommunikation		
	<i>Summe zu 2.</i>	<i>252.000</i>	<i>252.000</i>
3.	Sonstiges		
3.1	Sonstiges		
	<i>Summe zu 3.</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Zusammen		282.000	282.000

919 99 950 Zuführung zu der Rücklage 0 0 0
 249.985

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(513 99) 011 Datenfernübertragung 0
 umgesetzt nach 11 010 / 511 99 0

(515 99) 011 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung 0
 umgesetzt nach 11 010 / 511 99 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 99		480.614	480.600	480.600
Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen		480.614	480.600	480.600

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 010 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	47.039	48.200	48.200
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme			47.039	48.200	48.200
Ausgaben					
		HGr. 4 Personalausgaben	12.715.420	13.856.300	13.256.300
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.260.590	1.373.100	1.357.800
		HGr. 7 Baumaßnahmen	0	0	0
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	201.960	350.900	345.900
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe			14.177.971	15.580.300	14.960.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-14.130.932	-15.532.100	-14.911.800

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 25	011	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG)	0 119.935	0	0
--------	-----	--	--------------	---	---

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 25 verwendet werden.

Erläuterungen:

Zinseinnahmen aus der nicht fristgerechten oder nicht zweckentsprechenden Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG).

119 30	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten	0 0	0	0
--------	-----	--------------------------------	--------	---	---

119 50	011	Erstattung nicht verbrauchter Bundesmittel	0 229.042	0	0
--------	-----	--	--------------	---	---

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 631 10.

Erläuterungen:

Es werden die dem Bund zu erstattenden Zinsen und Fördermittel vereinnahmt (ohne IfG).

132 10	011	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	140.094 184.765	150.000	150.000
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

Einnahmen fließen anteilig den Ausgaben bei Titel 631 20 zu.

Erläuterungen:

			2002 EUR		2003 EUR
1.		Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	100.000		100.000
2.		Erlöse aus dem Verkauf sonstiger beweglicher Sachen	50.000		50.000
		Summe	150.000		150.000

		Aus Titelgruppen	0	3.000.000	2.300.800
--	--	-------------------------	----------	------------------	------------------

		Summe HGr. 1:	140.094	3.150.000	2.450.800
--	--	----------------------	----------------	------------------	------------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 61 - EU Gemeinschaftsinitiative URBAN I

282 61	440	Sonstige Einnahmen aus dem Inland	0	0	0
			0		

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil der Stadt Brandenburg an der Havel an den Kosten der Fondsverwaltung im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN. Die Vergütung der Fondsverwaltung wurde 1999 letztmals gezahlt.

287 61	440	Zuschüsse der EU im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN	0	0	0
			0		

Einnahmen dürfen zur Leistung von Ausgaben bei TG 61 verwendet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil der EU im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN sowohl aus der Fondsverwaltung als auch an der eigentlichen Projektförderung.

Nachrichtlich: Summe TGr. 61			0	0	0
-------------------------------------	--	--	----------	----------	----------

TGr. 62 - EU Gemeinschaftsinitiative URBAN II

Erläuterungen:

Die Europäische Union fördert auf der Grundlage der im Rahmen der Initiative URBAN gesammelten Erfahrungen städtische Problemgebiete. Die erfolgreiche Bewerbung der Stadt Luckenwalde wurde durch das Land unterstützt. Ziel der Initiative ist es, der Verelendung gewachsener städtischer Areale entgegenzuwirken. Mit einem integrierten Ansatz sollen u.a. Maßnahmen aus dem Bereich Städtebau und Infrastruktur gefördert sowie neue wirtschaftliche Tätigkeiten und Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung initiiert werden. Die EU fördert die notwendigen Maßnahmen mit einem Anteil 75 % der förderfähigen Ausgaben. Den verbleibenden Anteil trägt die Stadt.

Mehr da erstmalig veranschlagt.

282 62 neu	440	Sonstige Einnahmen aus dem Inland		12.800	12.800
---------------	-----	--	--	---------------	---------------

Siehe Vermerk bei Titel 526 62.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem anteiligen Beitrag der Stadt Luckenwalde an den Kosten der Fondsverwaltung, für die ein Dritter vom Land beauftragt wurde.

287 62 neu	440	Zuschüsse der EU im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN		2.568.000	2.448.000
---------------	-----	---	--	------------------	------------------

Siehe Vermerk bei Titel 526 62, 633 62, 686 62, 883 62 und 893 62.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem anteiligen Beitrag der EU in Höhe von 75 % an den Ausgaben der einzelnen Projekte sowie an den Ausgaben der Fondsverwaltung, für die ein Dritter vom Land beauftragt wurde.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	2.580.800	2.460.800
-------------------------------------	--	--	----------	------------------	------------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

TGr. 64 - Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

Siehe Vermerk bei TGr. 64.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen.

235 64	950	Einnahmen aus Erstattungen der Bundesanstalt für Arbeit	0	0	0
neu			19.653		

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 020 / 256 64	0	19.653
Zusammen		0	19.653

Im Rahmen der Altersteilzeitregelung erstattet die Bundesanstalt für Arbeit Ausgaben für ATZ-Fälle bis zu einer Höhe von 20 v. H., sofern eine Nachbesetzung der freierwerdenden Stelle nachgewiesen wurde, die in direktem Bezug zum ATZ-Fall steht.

359 64	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0	0
			297.802		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(256 64)	950	Einnahmen aus Erstattungen der Bundesanstalt für Arbeit	0		
		umgesetzt nach 11 020 / 235 64	0		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 64			0	0	0
-------------------------------------	--	--	---	---	---

TGr. 80 - Anhörung und Planfeststellung / Anhörung, Planfeststellung sowie Genehmigung u.a. nach Luft VG

111 80	011	Gebühren und Erstattung von Auslagen aus Planfeststellungsverfahren	0	3.000.000	2.300.800
			305.954		

Die Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titelgruppe 80 zu.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind u.a. Einnahmen aus Gebühren für die Durchführung von luftrechtlichen Verwaltungsverfahren für Flugplätze nach der Kostenverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKostV) sowie die Erstattung von Auslagen.

Mehr aufgrund der Veranschlagung der aus dem Planfeststellungsverfahren für den Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld erwarteten Einnahmen.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80			0	3.000.000	2.300.800
-------------------------------------	--	--	---	-----------	-----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen			0	5.580.800	4.761.600
--	--	--	---	-----------	-----------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

443 10	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	12.782 5.462	10.000	10.000
--------	-----	--	-----------------	--------	--------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind hier zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

	2002 EUR	2003 EUR
1. Fliegerärztliche Untersuchung	2.000	2.000
2. Augenuntersuchungen, Personalkontrolluntersuchungen	8.000	8.000
Summe	10.000	10.000

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

443 30	254	Kosten für die Inanspruchnahme von überbetrieblichen betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Diensten (Zentren) sowie Vertragsärztinnen und Vertragsärzten nach dem Arbeitssicherheitsgesetz	189.178 137.383	150.000	150.000
--------	-----	--	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind hier zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

462 10	989	Globale Minderausgabe für Personalausgaben	-2.750.239 0	-438.600	-1.646.000
--------	-----	--	-----------------	----------	------------

Zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe können auch Titel außerhalb der Hauptgruppe 4 (HGr. 5 oder 6) herangezogen werden.

Summe HGr. 4:	-2.548.279	-278.600	-1.486.000
---------------	------------	----------	------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 10	411	Ausgaben für Beiräte	5.113 0	5.000	5.000
--------	-----	----------------------	------------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für drei Sitzungen des Beirates für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr.

527 20	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	6.136 4.600	6.100	6.100
--------	-----	--	----------------	-------	-------

531 20	013	Öffentlichkeitsarbeit	368.130 217.513	368.000	368.000
--------	-----	-----------------------	--------------------	---------	---------

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 11 010 Titel 119 20 geleistet werden.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
531 20

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	25.600	25.600
davon fällig:		
2003 bis zu	25.600	
2004 bis zu		25.600
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		25.565			25.565
2003			25.600		25.600
2004				25.600	25.600
2005					
2006 ff.					
Summen		25.565	25.600	25.600	76.765

Erläuterungen:

Die Mittel sind zentral bei Kapitel 11 020 veranschlagt.

Veranschlagt sind:

1. Laufende Veröffentlichungen aus dem Aufgabengebiet des Ministeriums, Herausgabe von Informationsbroschüren, Faltblättern, Informationen durch die Medien (Zeitung, Radio usw.), Dokumentationen einschließlich Veröffentlichungen des Landesamtes für Bauen, Straßenbau und Verkehr sowie des Brandenburgischen Autobahnamtes, Besucherbetreuung und Information.
2. Informationskampagnen zu Schwerpunktthemen mit großer Breitenwirkung, Informationen zu Mietenregelungen, Kündigungsschutz, Wohngeld, Modernisierungs- und Instandsetzungsförderung, Wohnungsbauförderung, Planung und Planungsrecht, Wohnungs-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik, Herausgabe von Broschüren, Schaltung von Zeitungsanzeigen, Hauswurfsendungen.
3. Beteiligung an Fachmessen, Durchführung von Tagungen, Workshops und Präsentationen.
4. Sonstige Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf den Gebieten Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr.

531 50	013 Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	2.045 1.899	2.000	2.000
534 10	013 Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten	20.452 16.559	20.500	20.500

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel zur Pflege internationaler Beziehungen auf dem Gebiet der Stadtentwicklung, des Wohnens und des Verkehrs. Die Intensivierung der Zusammenarbeit, der gegenseitigen Information und Unterstützung im Rahmen der Europäischen Union, aber auch zu den Nachbarstaaten in Osteuropa und der ressortbezogene Erfahrungsaustausch mit anderen Staaten erfordern die Veranschlagung der Mittel z.B. für Tagungen, Kongresse, Informationsvermittlung, Besuche und den Empfang ausländischer Besuchergruppen. Mehr aufgrund verstärkter Aktivitäten nach Umstrukturierung des Aufgabenprofils des ISW mit der Republik Polen.

542 10 neu	299 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertenrecht - Sozialgesetzbuch-9. Buch		39.300	39.300
---------------	--	--	--------	--------

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der Hauptgruppe 4 des Einzelplans geleistet werden.
2. Die Ausgaben dürfen nur zur Deckung der Ausgaben bei Kapitel 20 020 Titel 542 00 herangezogen werden.
3. Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
542 10

Erläuterungen:

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl schwerbehinderter Menschen nicht beschäftigen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten; sie ist jährlich mit der Erstattung der Anzeige nach § 80 Abs. 2 SGB IX an das zuständige Integrationsamt abzuführen (§ 77 Abs. 2, 4 SGB IX). Die Ausgaben sind zentral für den gesamten Einzelplan veranschlagt.

546 10 011 Sonstiges 0 0
neu

546 25 011 Erstattung von Zinsrückzahlungen aus dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost (IfG) 0 0 0
108.296

Angaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 1 19 25 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

Erläuterungen:

Gemäß § 6 VV - IfG sind dem Bund anteilig die Zinseinnahmen des Landes aus nicht zweckentsprechender und nicht fristgerechter Verwendung von Fördermitteln des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost (IfG) zu erstatten.

Aus Titelgruppen 113.507 254.500 276.600

Summe HGr. 5: 515.382 695.400 717.500

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

613 10 011 Zuweisung an die Landeshauptstadt gemäß Hauptstadtvertrag 5.112.919 5.000.000 5.000.000
2.379.655

1. Von dem Ansatz entfällt ein Betrag von 2.556.459 EUR auf Mittel aus dem Steuerverbund gemäß § 4 Abs. 1 GFG.
2. Die Ausgaben sind übertragbar.

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	5.000.000				5.000.000
2003	5.000.000				5.000.000
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen	10.000.000				10.000.000

613 11 014 Zuweisungen an die Kreise für übertragene Aufgaben der Bauleitplanung 809.375 925.500 951.000
867.913

Der Titel ist deckungsberechtigt gegenüber den Titeln der HG 4 des Einzelplans.

Erläuterungen:

Mehr aufgrund der gestiegenen Personalkosten.

631 10 011 Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel 0 0 0
neu 229.042

Angaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 50 geleistet werden.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
631 10

Erläuterungen:

Aus diesem Titel werden die dem Bund zu erstattenden Mittel und damit zusammenhängende Zinsleistungen verausgabt, soweit sie nicht im Zusammenhang mit dem IfG stehen.

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 020 / 651 10	0	8.089
Zusammen		0	8.089

631 20 neu	011	Rückzahlungen an den Bund aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0	0
---------------	-----	---	---	---

Siehe Zufließvermerk bei Titel 132 10.

Erläuterungen:

Das Land ist im Rahmen der Auftragsverwaltung verpflichtet, die Veräußerungserlöse der für den Unterhaltungsdienst an Bundes- und Landesstraßen gemeinschaftlich beschafften und eingesetzten Fahrzeuge anteilmäßig, entsprechend dem jährlich festgelegten Lohnstundenschlüssel, an den Bund abzuführen (ohne Ausgaben für Investitionen).

633 11 neu	019	Erstattung von Ausgaben für die DV-Ausstattung der unteren Bauaufsichtsbehörden	51.100	230.000
---------------	-----	--	--------	---------

Erläuterungen:

Unterstützung der Einrichtung einheitlicher Internet-Bürgerportale für die Aufgaben der Bauaufsichtsbehörden des Landes Brandenburg (Bezug zur eGovernmentinitiative BundOnline2005)

Mehr da erstmalig veranschlagt.

671 10 neu	014	Erstattungen an den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg	1.132.000	1.132.000
---------------	-----	--	-----------	-----------

1. Die Ausgaben sind übertragbar.
2. Die Ausgaben dürfen für Maßnahmen im Sinne der Zweckbestimmung der Titelgruppe 99 aus dem Verwaltungsbudget verstärkt werden.

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1	Wohngeld	766.900	766.900
2	Netzanschlüsse LVN	129.200	129.200
3	Kommunikation	100.800	100.800
4	Datenverbund oberste Landesbehörde	17.300	17.300
5	TK-Verbund oberste Landesbehörde	48.500	48.500
6	IT Weiterbildung	69.300	69.300
Summe		1.132.000	1.132.000

671 11 neu	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbesorgung bei Förderungen des EFRE-Strukturfonds	23.500	23.000
---------------	-----	---	--------	--------

Erläuterungen:

Die ILB ist durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Wirtschaft als Bewilligungsbehörde Ausreichung der Fördermittel des EFRE-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der ILB bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskompentärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen. Die Ressorts tragen das Entgelt anteilig. Berechnungsgrundlage sind die Landeskompentärmittel des Einzelplans.

Mehr aufgrund der erstmaligen Veranschlagung.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

671 12 011 Aufwendungen im Zusammenhang mit der 15.400
 neu Geschäftsbesorgung bei Förderungen des ESF-Strukturfonds 15.400

Erläuterungen:

Die LASA ist durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen als Bewilligungsbehörde Ausreichung der Fördermittel des ESF-Strukturfonds zentral bestellt. Die Ressorts haben mit der LASA bezüglich der Bewirtschaftung der Landeskompentärmittel entsprechende Unterverträge abgeschlossen. Die Ressorts tragen das Entgelt anteilig. Berechnungsgrundlage sind die Landeskompentärmittel des Einzelplans.

Mehr aufgrund der erstmaligen Veranschlagung.

671 13 011 Beauftragung Dritter zur Prüfung von 1.533.900
 neu Verwendungsnachweisen 1.533.900

Erläuterungen:

Kosten für die Vergabe der gesetzlich vorgeschriebenen zeitnahen Prüfung von Verwendungsnachweisen/Zwischennachweisen im Bereich der Städtebauförderung.

685 10 011 Mitgliedsbeiträge 9.203
8.089 9.300 9.300

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Verband Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung	520	520
2.	Forschungsgesellschaft Straßen- und Verkehrswesen e.V.	520	520
3.	Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e.V. (DVWG)	310	310
4.	Verein zur Förderung des Elbstromgebietes	620	620
5.	Verein zur Förderung des Oderstromgebietes	620	620
6.	Deutsche Gesellschaft für Ortung und Navigation	1.050	1.050
7.	Deutscher Verkehrssicherheitsrat (DVR)	3.100	3.100
8.	AG Deutscher Verkehrsflughäfen	2.560	2.560
	Summe	9.300	9.300

685 20 419 Zuschuss für das Deutsche Institut für Bautechnik 204.517
177.219 227.500 227.500

Erläuterungen:

Anteil des Landes Brandenburg nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der neuen Bundesländer an der gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung gemäß Vereinbarung (institutionelle Förderung).

Mehr aufgrund der Lohn- und Gehaltssteigerungen, der Umsetzung eines IT-Rahmenkonzeptes und der Durchführung bautechnischer Untersuchungen.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
685 20

Übersicht über den (vorläufigen) Wirtschaftsplan des Deutschen Instituts für Bautechnik

Ausgaben:	Ist 2000	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Personalausgaben	10.225.300	9.861.800	10.475.000	10.475.000
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	3.261.800	3.981.500	4.231.100	4.231.100
3. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)	589.000	589.000	626.000	626.000
4. Ausageben für Investitionen	269.500	230.100	436.000	436.000
Zusammen:	14.345.600	14.662.400	15.768.100	15.768.100
Abzüglich Einnahmen:	7.967.100	7.761.900	7.818.900	7.818.900
Mithin Zuwendungsbedarf:	6.378.500	6.900.500	7.949.200	7.949.200

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	Ist 2000	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Zuwendungen vom Bund	494.500	448.500	505.100	505.100
2. Zuwendungen von anderen Ländern	5.706.800	6.256.900	7.216.600	7.216.600
3. Zuwendungen des Landes	177.200	195.100	227.500	227.500
Zusammen:	6.378.500	6.900.500	7.949.200	7.949.200

Stellenübersicht

	2002	2003
1. Angestellte und Beamte	147	147
2. Arbeiter	0	0
Summe	147	147

685 30	419 Zuschüsse für das Deutsche Institut für Normung e.V. -DIN -	30.678 26.952	30.700	30.700
--------	---	------------------	--------	--------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(651 10)	011 Rückzahlungen nicht verbrauchter Bundesmittel	0		
	umgesetzt nach 11 020 / 631 10	0		

Summe HGr. 6:		6.166.691	8.948.900	9.152.800
----------------------	--	------------------	------------------	------------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 61 - EU Gemeinschaftsinitiative URBAN I

1. Die Titel der Hauptgruppe 8 dieser Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Einnahmen bei Titel 287 61 fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Europäische Union (EU) fördert im Rahmen ihrer Gemeinschaftsinitiative URBAN I Gebiete in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Die Stadt Brandenburg an der Havel wurde als einzige Bewerberin des Landes dennoch berücksichtigt. Ziel der Initiative ist es, der Verelendung gewachsener Innenstadtbereiche entgegenzuwirken. Mit einem integrierten Ansatz sollen u.a. Maßnahmen aus dem Bereich Städtebau und Infrastruktur gefördert sowie neue wirtschaftliche Tätigkeiten initiiert werden. Aus der Gemeinschaftsinitiative URBAN I entfällt auf den Zuständigkeitsbereich des MSWV ein Mittelvolumen von 7.816.221 € (Anteil EU 75%, Land 5%, Stadt 20%).

526 61	440	Ausgaben für Sachverständige	0 0	0	0
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind die Ausgaben für die Fondsverwaltung. An den Ausgaben beteiligen sich die EU (75 %), das Land (5 %) und die Stadt (20 %). Die vereinbarte Vergütung mit dem Fondsverwalter ist 1999 ausgelaufen.					
883 61	440	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	631.445 421.012	0	0
893 61	440	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	0 0	0	0
Nachrichtlich: Summe TGr. 61			631.445	0	0

TGr. 62 - EU Gemeinschaftsinitiative URBAN II

526 62 neu	440	Ausgaben für Sachverständige		51.100	51.100
<i>Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 282 62 und 287 62 (anteilig) geleistet werden.</i>					
Erläuterungen:					
Die Fondsverwaltung im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative obliegt dem MSWV. Hierfür, wie auch für die Bewilligungen und Verwendungsnachweisprüfungen, erfolgte eine Fremdvergabe. An den entstehenden Ausgaben beteiligen sich die EU zu 75 % und die Stadt Luckenwalde zu 25 %.					
633 62 neu	440	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände		0	0
<i>Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 287 62 (anteilig) geleistet werden.</i>					
686 62 neu	440	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke		0	0
<i>Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 287 62 (anteilig) geleistet werden.</i>					
883 62 neu	440	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände		2.529.700	2.409.700
<i>Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 287 62 (anteilig) geleistet werden.</i>					

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
883 62

Erläuterungen:

Gefördert werden Projekte im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative, deren Maßnahmeträger die Stadt Luckenwalde ist.

893 62 neu	440	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche		0	0
---------------	-----	---	--	---	---

Die Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 287 62 (anteilig) geleistet werden.

Erläuterungen:

Gefördert werden Projekte im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative, deren Maßnahmeträger außergemeindliche Dritte sind.

Nachrichtlich: Summe TGr. 62			0	2.580.800	2.460.800
-------------------------------------	--	--	----------	------------------	------------------

TGr. 64 - Umsetzung der Altersteilzeitarbeit

1. Einnahmen bei den Titeln 256 64 und 359 64 dienen zur Deckung von Mehrausgaben in dieser Titelgruppe.
2. Die am Jahresende verbleibenden zweckgebundenen Einnahmen bzw. Minderausgaben bei den Titeln der HGr. 4 dürfen zu 100% der Rücklage zugeführt werden.

Erläuterungen:

Der Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ) und die Vereinbarung zur Umsetzung des Tarifvertrages zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (Umsetzungsvereinbarung) vom 05. Mai 1998 sollen zu einer Belebung des Arbeitsmarktes durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen.

422 64	950	Bezüge der Beamten in der Altersteilzeit	0	0	0
			121.440		

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen für die Bezüge der Beamten, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

425 64	950	Vergütungen der Angestellten in der Altersteilzeit	0	0	0
			1.157.816		

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen für die Vergütungen der Angestellten, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

426 64	950	Löhne der Arbeiter in der Altersteilzeit	0	0	0
			315.893		

Erläuterungen:

Der Ansatz ist vorgesehen für die Entlohnung von Arbeitern, die die Regelungen der Altersteilzeit in Anspruch nehmen, bzw. im Rahmen der Altersteilzeitregelungen als Nachbesetzungen eingestellt worden sind.

919 64	950	Zuführung zu der Rücklage	0	0	0
			1.596.203		

Nachrichtlich: Summe TGr. 64			0	0	0
-------------------------------------	--	--	----------	----------	----------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

TGr. 80 - Anhörung und Planfeststellung / Anhörung, Planfeststellung sowie Genehmigung u.a. nach Luft VG

Siehe Vermerk zu 111 80.

Erläuterungen:

Die Mittel werden u.a. benötigt, um die geplanten Anhörungs- und Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren für den Flughafen Schönefeld, die Landeplätze Schönhagen, Brandenburg-Briest und Brand durchzuführen.

511 80 neu	759	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke	5.113 0	10.200	10.200
---------------	-----	--	------------	--------	--------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 020 / 515 80	5.113	2.058
Zusammen		5.113	2.058

518 80	759	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.556 752	8.200	5.600
--------	-----	--	--------------	-------	-------

537 80	759	Gutachten	56.242 17.701	127.800	127.800
--------	-----	------------------	------------------	---------	---------

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	51.200	25.600
davon fällig:		
2003 bis zu	25.600	
2004 bis zu	25.600	25.600
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002					
2003			25.600		25.600
2004			25.600	25.600	51.200
2005					
2006 ff.					
Summen			51.200	25.600	76.800

538 80	759	Ausgaben für die Datenverarbeitung	7.669 30.574	17.800	5.100
--------	-----	---	-----------------	--------	-------

546 80	759	Vermischte Verwaltungsausgaben	34.257 129.218	34.300	51.200
--------	-----	---------------------------------------	-------------------	--------	--------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 020 **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

547 80	759	Sonstige Dienstleistungen	7.669 16.144	5.100	25.600
--------	-----	---------------------------	-----------------	-------	--------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(515 80)	759	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke	0 0		
umgesetzt nach 11 020 / 511 80					

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 80			113.507	203.400	225.500
-------------------------------------	--	--	---------	---------	---------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			744.952	2.784.200	2.686.300
---	--	--	---------	-----------	-----------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 020 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	140.094	3.150.000	2.450.800
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	2.580.800	2.460.800
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme			140.094	5.730.800	4.911.600
Ausgaben					
		HGr. 4 Personalausgaben	-2.548.279	-278.600	-1.486.000
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	515.382	695.400	717.500
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	6.166.691	8.948.900	9.152.800
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	631.445	2.529.700	2.409.700
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe			4.765.240	11.895.400	10.794.000
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-4.625.146	-6.164.600	-5.882.400

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	440	Gebühren, sonstige Entgelte	511 0	500	500
--------	-----	------------------------------------	-----------------	------------	------------

Erläuterungen:

Gebühren aus Zustimmungen nach § 80 BbgBO für Vorhaben des Bundes und Landes, soweit keine persönliche Gebührenfreiheit besteht.

119 10	440	Sonstige Einnahmen	511.292 1.182.493	1.278.200	1.022.600
--------	-----	---------------------------	-----------------------------	------------------	------------------

Einnahmen dürfen zur Leistung von Mehrausgaben bei Titel 546 10 verwendet werden.

Erläuterungen:

In diesem Titel werden Rückzahlungen und Zinsforderungen aus gewährten Zuwendungen vereinnahmt. Die Berechnung der Zinsen erfolgt auf der Grundlage des § 49a VwVfGBbg. Mehr aufgrund der Ist-Einnahmen der Vorjahre.

173 25	440	Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Bundesanteil)	3.159.784 346.965	3.159.700	3.159.700
--------	-----	--	-----------------------------	------------------	------------------

1. Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei den Titeln 631 10 und 883 25 verwendet werden.
2. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 25.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 25.

173 26	440	Rückzahlungen aus Darlehen zur Erschließung von Wohngebieten (Landesanteil)	2.106.523 1.696.531	2.106.500	2.106.500
--------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

1. Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 883 26 verwendet werden.
2. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 26.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 26.

Summe HGr. 1:			5.778.110	6.544.900	6.289.300
----------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 11	411	Zuweisungen des Bundes zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete	5.209.042 5.449.551	5.277.300	5.414.800
--------	-----	--	-------------------------------	------------------	------------------

Siehe Vermerk bei Titel 883 11.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 11.

331 20	195	Zuweisungen des Bundes für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen	17.457.550 16.463.496	16.781.800	16.972.400
--------	-----	---	---------------------------------	-------------------	-------------------

Siehe Vermerk bei Titel 883 20.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 20.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	
331 22	440	Zuweisung des Bundes (Oderprogramm)	5.112.919 5.112.919	5.112.900	0
		Erläuterungen: Siehe Erläuterungen bei Titel 883 22.			
331 27	440	Zuweisungen des Bundes für die soziale Stadt	1.300.215 584.074	2.013.700	2.684.800
		<i>Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 883 27.</i>			
331 30	440	Zuweisungen des Bundes für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen	25.397.913 22.614.598	21.557.600	21.724.800
		<i>Siehe Vermerk bei Titel 883 30.</i>			
		Erläuterungen: Siehe Erläuterungen bei Titel 883 30.			
331 40 neu	440	Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen des Stadtumbaus			
		<i>Siehe Vermerk bei Titel 883 40.</i>			
		Erläuterungen: Siehe Erläuterungen bei Titel 883 41.			
331 52	440	Zuweisungen des Bundes für Modellstädte	0 0	0	0
		<i>Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 883 52.</i>			
		Erläuterungen: Siehe Erläuterungen bei Titel 883 52.			
Summe HGr. 3:			54.477.639	50.743.300	46.796.800

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10	422	Ausgaben für Gutachten	51.129 71.427	102.300	102.300
--------	-----	------------------------	------------------	---------	---------

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	102.300	102.300
davon fällig:		
2003 bis zu	102.300	
2004 bis zu		102.300
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		102.258			102.258
2003			102.300		102.300
2004				102.300	102.300
2005					
2006 ff.					
Summen		102.258	102.300	102.300	306.858

Erläuterungen:

Es sind neue Gutachten zu folgenden Themenkomplexen vorgesehen:

	2002 EUR	2003 EUR
1. Abgrenzung des Erschließungsbeitragsrechts zum kommunalen Abgaberecht	25.600	
2. Auswirkung der bundesrechtlichen Regelungen zur Umsetzung der Umweltverträglichkeits-Änderungsrichtlinie der EU auf die Bauleitplanung und die baurechtliche Zulässigkeit von Vorhaben	25.600	
3. Auswirkungen der Richtlinie der EU zur Umweltverträglichkeitsprüfung bei Planungen auf das Städtebaurecht und die Bauleitplanung	25.600	
4. Beiträge zum Stadtumbau: Bericht über die Lage der Städte im Land Brandenburg - Städtebaubericht	25.500	51.200
5. Anlassbezogene Stadtentwicklung		40.900
6. Beiträge zum Stadtumbau: Arbeitshilfe "Kommunale Gewerbeflächenbedarfsprognose"		10.200
Summe	102.300	102.300

541 10	422	Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe	92.033 47.998	40.900	40.900
--------	-----	---	------------------	--------	--------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
541 10

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	23.000	0
davon fällig:		
2003 bis zu	23.000	
2004 bis zu		
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		23.008			23.008
2003			23.000		23.000
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen		23.008	23.000		46.008

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für die Fortsetzung und Durchführung neuer Veranstaltungen.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Architekturpreis (Fortsetzung)	12.700	23.000
2.	Lfd. Aktualisierung der Ausstellung "Lebenswerte Orte schaffen" einschl. Ergänzung (Fortsetzung)	2.100	2.100
3.	Workshops zum Stadtumbau (neu)	12.500	10.200
4.	Informationsveranstaltungen zu Förderrichtlinien (lfd. jährl. Maßnahme)	2.500	
5.	Amtsleitertagungen mit den unteren Bauaufsichtsbehörden (lfd. jährl. Maßnahmen)	900	900
6.	Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Bahnhofsprogramm (Fortsetzung)	1.200	
7.	Planungsleitertagungen (lfd. jährl. Maßnahmen)	1.400	2.000
8.	Veranstaltungen zu ZIS/soz. Stadt (neu)	7.600	2.700
	Summe	40.900	40.900

546 10	011 Sonstiges	5.113 52.940	5.100	5.100
--------	---------------	-----------------	-------	-------

1. Die Erläuterungen sind verbindlich.
2. Mehrausgaben dürfen zur Erfüllung von Rechtsansprüchen aus den Ist-Einnahmen bei Titel 119 10 geleistet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben zur Erstattung von Zinsforderungen des Bundes (ohne IfG), für die keine Erstattungspflicht Dritter besteht und Rückzahlungen an Zuwendungsempfänger wegen zuviel erhobener Einnahmen im Rahmen der Prüfung von Verwendungsnachweisen (ohne Ausgaben für Investitionen).

Summe HGr. 5:		148.275	148.300	148.300
---------------	--	---------	---------	---------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

631 10 011 Abführungen von Darlehensrückflüssen an den Bund 0 0
neu

Siehe Vermerk beim Titel 173 25.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 25. Darlehensrückflüsse an den Bund zur Vermeidung von Zinsforderungen. Die Mittel werden bei Wiedereinsatz erneut abgerufen.

632 00 419 Anteil des Landes Brandenburg an den Kosten der 5.266 9.200 9.200
Geschäftsstelle der ARGEBAU 9.012

Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Kostenbeteiligung des Landes Brandenburg aufgrund des Beitritts zur Verwaltungsvereinbarung der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister/Senatoren der Länder. Die Höhe des Anteils wird nach dem Königsteiner Schlüssel ermittelt.

633 10 440 Zuweisungen an Gemeinden für die Erarbeitung von 1.022.600 1.022.600
neu Stadtumbaukonzepten

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	500.000	1.000.000
davon fällig:		
2003 bis zu	500.000	
2004 bis zu		500.000
2005 bis zu		500.000
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002					
2003			500.000		500.000
2004				500.000	500.000
2005				500.000	500.000
2006 ff.					
Summen			500.000	1.000.000	1.500.000

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mittel für die Erarbeitung kommunaler gesamtstädtischer und teilträumlicher Stadtumbaukonzepte, die die Grundlage für den Rückbau von Wohnungen und infrastrukturelle Einrichtungen sowie für Maßnahmen der funktionalen und gestalterischen Aufwertung städtischer Gebiete bilden. Die Bewilligung der Mittel erfolgt auf der Grundlage der Richtlinie zur Stadtentwicklung sowie der Förderrichtlinie 99 zur Stadterneuerung an die Gemeinden. Die Mittel für die Umsetzung der Konzepte sind bei Titel 883 41 veranschlagt.

Summe HGr. 6: 5.266 1.031.800 1.031.800

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 11	411	Zuweisungen zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete (Bundesanteil)	5.209.042 5.895.061	5.277.400	5.414.900
--------	-----	---	------------------------	-----------	-----------

1. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 331 11 erhöhen oder vermindern die Ausgaben dieses Titels.
2. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 883 20, 883 27 und Titel 883 30.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	5.215.700	5.293.100
davon fällig:		
2003 bis zu	1.372.500	
2004 bis zu	1.921.500	1.392.900
2005 bis zu	1.098.100	1.950.100
2006 ff bis zu	823.600	1.950.100

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	3.724.900	1.368.524			5.093.424
2003	1.870.700	1.915.964	1.372.500		5.159.164
2004	805.600	1.915.900	1.921.500	1.392.900	6.035.900
2005			1.098.100	1.950.100	3.048.200
2006 ff.		64	823.600	1.950.100	2.773.764
Summen	6.401.200	5.200.452	5.215.700	5.293.100	22.110.452

Erläuterungen:

Ab dem Programmjahr 1996 stellt der Bund im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 20 % des Verfügungsrahmens für die Weiterentwicklung großer Neubaugebiete bereit. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Die Finanzhilfen des Bundes betragen im Jahr 1996 33 1/3 %, der Landesanteil beträgt 46 2/3 %, der Kommunalanteil 20 %. Ab dem Programmjahr 1997 betragen die Finanzierungsanteile vom Bund und Land jeweils 33 1/3 %. Dementsprechend erhöht sich der Kommunalanteil gleichermaßen auf 33 1/3 %. Die Finanzhilfen werden u.a. eingesetzt zur Verbesserung des Wohnumfeldes, gebäudebezogener Außenanlagen, ergänzenden und erweiternden städtebaulichen Erschließung als Voraussetzung für die städtebauliche Verdichtung durch Wohnen, Handel, Gewerbe, Dienstleistungen einschließlich erforderlichem Erwerb der Grundstücke.
Die Zuteilungsraten sind vom Bund festgelegt und bestimmen den Ausgabenansatz.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
883 11

Von den Gesamtzusammenfassungen der Vorjahre bleiben

	2002	2003
	EUR	EUR
Vorbehalten	11.465.300	11.678.100
Hiervon veranschlagt	5.002.900	5.136.300
Vorbehalten bleiben	6.462.400	6.541.800
davon für		
Hj. 2003	3.763.800	
Hj. 2004	1.887.300	3.808.900
Hj. 2005	811.300	1.909.400
Hj. 2006	823.500	
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:		
Gesamtzusammenfassungen	5.490.200	5.571.700
Hiervon veranschlagt	274.500	278.600
Vorbehalten bleiben	5.215.700	5.293.100
Veranschlagt zusammen	5.277.400	5.414.900
Vorbehalten bleiben	11.678.100	11.834.900

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2000 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2000 zu Lasten von VE	6.401.200
davon fällig	
Hj. 2002	3.724.900
Hj. 2003	1.870.700
Hj. 2004	805.600

883 12 411 Zuweisungen zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete (Landesanteil) 5.209.042 5.277.400 5.414.900
 6.306.613

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 883 21, 883 28 und Titel 883 31.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002	2003
	EUR	EUR
Betrag:	5.215.700	5.293.100
davon fällig:		
2003 bis zu	1.372.500	
2004 bis zu	1.921.500	1.392.900
2005 bis zu	1.098.100	1.950.100
2006 ff bis zu	823.600	1.950.100

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	3.724.900	1.368.524			5.093.424
2003	1.870.700	1.915.964	1.372.500		5.159.164
2004	805.600	1.915.900	1.921.500	1.392.900	6.035.900
2005			1.098.100	1.950.100	3.048.200
2006 ff.		64	823.600	1.950.100	2.773.764
Summen	6.401.200	5.200.452	5.215.700	5.293.100	22.110.452

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
883 12

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 883 11.
 Von den Gesamtzuwendungen der Vorjahre bleiben

	2002	2003
	EUR	EUR
Vorbehalten	11.465.300	11.678.100
Hiervon veranschlagt	5.002.900	5.136.300
Vorbehalten bleiben	6.462.400	6.541.800
davon für		
Hj. 2003	3.763.800	-
Hj. 2004	1.887.300	3.808.900
Hj. 2005	811.300	1.909.400
Hj. 2006	-	823.500
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:		
Gesamtzuwendungen	5.490.200	5.571.700
Hiervon veranschlagt	274.500	278.600
Vorbehalten bleiben	5.215.700	5.293.100
Veranschlagt zusammen	5.277.400	5.414.900
Vorbehalten bleiben	11.678.100	11.834.900

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2000 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2000 zu Lasten von VE	6.401.200
davon fällig	
Hj. 2002	3.724.900
Hj. 2003	1.870.700
Hj. 2004	805.600

883 20	195 Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)	17.457.550	16.781.900	16.972.500
		16.463.496		

1. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 331 20 erhöhen oder vermindern die Ausgaben dieses Titels.
2. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 11.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002	2003
	EUR	EUR
Betrag:	16.347.700	16.590.500
davon fällig:		
2003 bis zu	4.302.000	
2004 bis zu	6.022.900	4.365.900
2005 bis zu	3.441.600	6.112.300
2006 ff bis zu	2.581.200	6.112.300

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	11.675.700	4.289.483			15.965.183
2003	5.864.000	6.005.277	4.302.000		16.171.277
2004	2.525.200	6.005.200	6.022.900	4.365.900	18.919.200
2005			3.441.600	6.112.300	9.553.900
2006 ff.		77	2.581.200	6.112.300	8.693.577
Summen	20.064.900	16.300.036	16.347.700	16.590.500	69.303.136

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
883 20

Erläuterungen:

Gemäß den Verwaltungsvereinbarungen 1996 ff gewährt der Bund Finanzhilfen zur Förderung des städtebaulichen Denkmalschutzes als Projektförderung; die Förderanteile betragen 40 % der förderfähigen Kosten. Das Land beteiligt sich an der Förderung in gleicher Höhe. Als ausgewählte Kommunen mit historischen Stadtkernen sind festgelegt: Angermünde, Bad Freienwalde, Beeskow, Dahme, Herzberg, Jüterbog, Luckau, Neuruppin, Perleberg, Potsdam, Altlandsberg, Belzig, Gransee, Treuenbrietzen, Brandenburg, Kyritz, Templin und Wittstock. Gefördert werden Bestandssicherungen von denkmalwerten Gebäuden, vorbereitende Untersuchungen, Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden mit denkmalwertem und stadtbildprägendem Charakter sowie Erhaltung und Umgestaltung von Straßen- und Platzräumen von geschichtlicher, künstlerischer und städtebaulicher Bedeutung.

Von den Gesamtzuwendungen der Vorjahre bleiben

	2002	2003
	EUR	EUR
Vorbehalten	36.177.400	36.603.500
Hiervon veranschlagt	15.921.500	16.099.300
Vorbehalten bleiben	20.255.900	20.504.200
davon für		
Hj. 2003	11.797.300	-
Hj. 2004	5.915.700	11.938.500
Hj. 2005	2.542.900	5.984.500
Hj. 2006	-	2.581.200
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:		
Gesamtzuwendungen	17.208.200	17.463.700
Hiervon veranschlagt	860.400	873.200
Vorbehalten bleiben	16.347.800	16.590.500
Veranschlagt zusammen	16.781.900	16.972.500
Vorbehalten bleiben	36.603.700	37.094.700

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2000 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	2.400
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2000 zu Lasten von VE	20.064.900
davon fällig	
Hj. 2002	11.675.700
Hj. 2003	5.864.000
Hj. 2004	2.525.200

883 21	195	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)	17.457.550	16.781.900	16.972.500
			16.463.496		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 12.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002	2003
	EUR	EUR
Betrag:	16.347.700	16.590.500
davon fällig:		
2003 bis zu	4.302.000	
2004 bis zu	6.022.900	4.365.900
2005 bis zu	3.441.600	6.112.300
2006 ff bis zu	2.581.200	6.112.300

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
883 21

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	11.675.700	4.289.483			15.965.183
2003	5.864.000	6.005.277	4.302.000		16.171.277
2004	2.525.200	6.005.200	6.022.900	4.365.900	18.919.200
2005			3.441.600	6.112.300	9.553.900
2006 ff.		77	2.581.200	6.112.300	8.693.577
Summen	20.064.900	16.300.036	16.347.700	16.590.500	69.303.136

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 883 20.

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre blieben

	2002	2003
	EUR	EUR
Vorbehalten	36.177.400	36.603.500
Hiervon veranschlagt	15.921.500	16.099.300
Vorbehalten bleiben	20.255.900	20.504.200
davon für		
Hj. 2003	11.797.300	-
Hj. 2004	5.915.700	11.938.500
Hj. 2005	2.542.900	5.984.500
Hj. 2006	-	2.581.200
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:		
Gesamtzuswendungen	17.208.200	17.463.700
Hiervon veranschlagt	860.400	873.200
Vorbehalten bleiben	16.347.800	16.590.500
Veranschlagt zusammen	16.781.900	16.972.500
Vorbehalten bleiben	36.603.700	37.094.700

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2000 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2000 zu Lasten von VE	20.064.900
davon fällig	
Hj. 2002	11.675.700
Hj. 2003	5.864.000
Hj. 2004	2.525.200

883 22	440 Zuweisungen zur Stadterneuerung (Oderprogramm)	5.112.919	5.112.900	0
	Bundesanteil	5.879.856		

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
883 22

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	5.112.900				5.112.900
2003					
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen	5.112.900				5.112.900

Erläuterungen:

Der Bund stellt in den Jahren 1999-2002 jeweils rd. 5,1 Mio EURO (zusammen 20,4 Mio EURO) zur Verfügung, die mit insgesamt rd. 7,7 Mio EURO Landesmittel zu komplementieren sind. Die Komplementierung erfolgte in den Haushaltsjahren 1998 und 1999.

883 23	440 Zuweisungen zur Stadterneuerung (Oderprogramm) Landesanteil	0	0	0
		0		

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 22.

883 25	440 Zuweisungen zur Erschließung von Wohngebieten (Bundesanteil)	1.554.327	2.791.700	3.159.800
		319.472		

1. Ausgaben dürfen in Höhe der bei Titel 173 25 aufkommenden Einnahmen zuzüglich nicht verwendeter Einnahmen der Vorjahre geleistet bzw. in Anspruch genommen werden.
2. Die Erläuterungen sind gem. § 17 Abs. 1 LHO verbindlich.

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	111.000	1.027.697			1.138.697
2003		685.131			685.131
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen	111.000	1.712.828			1.823.828

Erläuterungen:

Gemäß Artikel 5 der Verwaltungsvereinbarung zur Förderung der Erschließung von Wohngebieten 1993 und 1994 können nach Abrechnung der Erschließungsmaßnahmen die in Darlehen umgewandelten Zuweisungen nach Rückzahlung an das Land einschließlich der Zinsen für neue Maßnahmen eingesetzt werden. Der Einsatz der Mittel erfolgt entsprechend der Förderrichtlinie zur Stadtentwicklung. Der Bundes- und Landesanteil beträgt zusammen 80%, der kommunale Eigenanteil 20%. Die aufkommenden zweckgebundenen Einnahmen werden mit einem 3jährigen Bewilligungszeitraum als Zuwendungen ausgereicht. Zum Zeitpunkt der Bewilligung ist der Gesamtbetrag der Zuwendung zuvor vereinnahmt worden.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

883 26 440 Zuweisungen zur Erschließung von Wohngebieten (Landesanteil) 1.036.389 0 0
191.683

1. Ausgaben dürfen nur in Höhe der bei Titel 173 26 aufkommenden Einnahmen zuzüglich der nicht verwendeten Einnahmen der Vorjahre geleistet bzw. in Anspruch genommen werden.
2. Die Erläuterungen sind gem. § 17 Abs. 1 LHO verbindlich.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	66.600	685.131			751.731
2003		456.788			456.788
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen	66.600	1.141.919			1.208.519

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 25.

883 27 440 Zuweisungen für die soziale Stadt (Bundesanteil) 1.300.215 2.013.800 2.684.900
584.074

1. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von Mehreinnahmen bei Titel 331 27 geleistet werden.
2. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 11.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	2.908.600	2.908.600
davon fällig:		
2003 bis zu	765.400	
2004 bis zu	1.071.600	765.400
2005 bis zu	612.300	1.071.600
2006 ff bis zu	459.300	1.071.600

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	1.095.200	546.724			1.641.924
2003	694.800	765.404	765.400		2.225.604
2004	303.900	780.700	1.071.600	765.400	2.921.600
2005			612.300	1.071.600	1.683.900
2006 ff.		43	459.300	1.071.600	1.530.943
Summen	2.093.900	2.092.871	2.908.600	2.908.600	10.003.971

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
883 27

Erläuterungen:

Der Bund stellt ab dem Jahr 1999 im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung Finanzhilfen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - Die soziale Stadt - bereit. Die Anteile von Bund und Land betragen je ein Drittel.

Von den Gesamtzusendungen der Vorjahre blieben

	2002	2003
	EUR	EUR
Vorbehalten	5.002.500	6.050.300
Hiervon veranschlagt	1.860.600	2.531.700
Vorbehalten bleiben	3.141.900	3.518.600
davon für		
Hj. 2003	1.766.400	-
Hj. 2004	916.200	1.987.800
Hj. 2005	459.300	1.071.600
Hj. 2006	-	459.200
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:		
Gesamtzusendungen	3.061.700	3.061.700
Hiervon veranschlagt	153.200	153.200
Vorbehalten bleiben	2.908.500	2.908.500
Veranschlagt zusammen	2.013.800	2.684.900
Vorbehalten bleiben	6.050.400	6.427.100

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2000 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2000 zu Lasten von VE	2.093.900
davon fällig	
Hj. 2002	1.095.200
Hj. 2003	694.800
Hj. 2004	303.900

883 28	440 Zuweisungen für die soziale Stadt (Landesanteil)	1.300.215	2.013.800	2.684.900
		584.074		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 12.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002	2003
	EUR	EUR
Betrag:	2.908.600	2.908.600
davon fällig:		
2003 bis zu	765.400	
2004 bis zu	1.071.600	765.400
2005 bis zu	612.300	1.071.600
2006 ff bis zu	459.300	1.071.600

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	1.095.200	546.724			1.641.924
2003	694.800	765.404	765.400		2.225.604
2004	303.900	780.700	1.071.600	765.400	2.921.600
2005			612.300	1.071.600	1.683.900
2006 ff.		43	459.300	1.071.600	1.530.943
Summen	2.093.900	2.092.871	2.908.600	2.908.600	10.003.971

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
883 28

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu 883 27.
 Von den Gesamtzuwendungen der Vorjahre blieben

	2002	2003
	EUR	EUR
Vorbehalten	5.002.500	6.050.300
Hiervon veranschlagt	1.860.600	2.531.700
Vorbehalten bleiben	3.141.900	3.518.600
davon für		
Hj. 2003	1.766.400	-
Hj. 2004	916.200	1.987.800
Hj. 2005	459.300	1.071.600
Hj. 2006	-	459.200
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:		
Gesamtzuwendungen	3.061.700	3.061.700
Hiervon veranschlagt	153.200	153.200
Vorbehalten bleiben	2.908.500	2.908.500
Veranschlagt zusammen	2.013.800	2.684.900
Vorbehalten bleiben	6.050.400	6.427.100

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2000 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2000 zu Lasten von VE	2.093.900
davon fällig	
Hj. 2002	1.095.200
Hj. 2003	694.800
Hj. 2004	303.900

883 30	440 Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesanteil)	25.397.913	21.557.700	21.724.900
		22.615.953		

1. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 331 30 erhöhen oder vermindern die Ausgabemittel dieses Titels.
2. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 11.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002	2003
	EUR	EUR
Betrag:	20.925.100	21.236.000
davon fällig:		
2003 bis zu	5.506.600	
2004 bis zu	7.709.200	5.588.400
2005 bis zu	4.405.300	7.823.800
2006 ff bis zu	3.304.000	7.823.800

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	14.945.000	5.490.559			20.435.559
2003	7.506.000	7.686.762	5.506.600		20.699.362
2004	3.232.300	7.686.800	7.709.200	5.588.400	24.216.700
2005			4.405.300	7.823.800	12.229.100
2006 ff.		13	3.304.000	7.823.800	11.127.813
Summen	25.683.300	20.864.134	20.925.100	21.236.000	88.708.534

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
883 30

Erläuterungen:

Gemäß der Verwaltungsvereinbarungen 1996 ff gewährt der Bund Finanzhilfen zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen als Projektförderung im Rahmen der Städtebauförderungsrichtlinien bzw. der Förderrichtlinien zur Stadtentwicklung. Der Verfügungsrahmen erstreckt sich auf jeweils 5 Jahre. Der Bundes- und Landesanteil beträgt ab dem Programmjahr 1997 jeweils 33 1/3 %. Der Kommunalanteil beträgt ebenfalls 33 1/3%.

Die Schwerpunkte der Förderung sind Bestandssicherungen und Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden sowie für die Innenentwicklung von bedeutsamen Stadtentwicklungsprojekten. Dazu kommen vorbereitende Untersuchungen und Planungen, Ordnungsmaßnahmen sowie Neugestaltung von Straßen, Plätzen, Spielplätzen, Grün- und Freizeitanlagen, künstlerische Gestaltungsmaßnahmen sowie Kosten von Sanierungs- und Entwicklungsträgern.

Der Ansatz ergibt sich aufgrund eingegangener Verpflichtungen laut Verwaltungsvereinbarung aus den Jahren 1998, 1999, 2000 und 2001 sowie unter Berücksichtigung neuer Verwaltungsvereinbarungen auch ab dem Jahr 2002.

Von den Gesamtzuwendungen der Vorjahre blieben

	2002	2003
	EUR	EUR
Vorbehalten	46.384.100	46.852.800
Hiervon veranschlagt	20.456.300	20.607.200
Vorbehalten bleiben	25.927.800	26.245.600
davon für		
Hj. 2003	15.100.600	-
Hj. 2004	7.572.300	15.281.400
Hj. 2005	3.254.980	7.660.200
Hj. 2006	-	3.304.000
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:		
Gesamtzuwendungen	22.026.400	22.253.600
Hiervon veranschlagt	1.101.400	1.117.700
Vorbehalten bleiben	20.925.000	21.135.900
Veranschlagt zusammen	21.557.700	21.724.900
Vorbehalten bleiben	46.852.800	47.381.500

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2000 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	4.866.800
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2000 zu Lasten von VE	25.683.300
davon fällig	
Hj. 2002	14.945.000
Hj. 2003	7.506.000
Hj. 2004	3.232.300

883 31	440 Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Landesanteil)	25.397.913	22.436.700	21.724.900
		23.953.698		

Siehe Deckungsvermerk bei Titel 883 12.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002	2003
	EUR	EUR
Betrag:	20.925.100	21.236.000
davon fällig:		
2003 bis zu	5.506.600	
2004 bis zu	7.709.200	5.588.400
2005 bis zu	4.405.300	7.823.800
2006 ff bis zu	3.304.000	7.823.800

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
883 31

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	14.945.000	5.490.559			20.435.559
2003	7.506.000	7.686.762	5.506.600		20.699.362
2004	3.232.300	7.686.800	7.709.200	5.588.400	24.216.700
2005			4.405.300	7.823.800	12.229.100
2006 ff.		13	3.304.000	7.823.800	11.127.813
Summen	25.683.300	20.864.134	20.925.100	21.236.000	88.708.534

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 883 30.
Von den Gesamtzuwendungen der Vorjahre blieben

	2002 EUR	2003 EUR
Vorbehalten	47.263.000	46.852.800
Hiervon veranschlagt	21.335.300	20.607.200
Vorbehalten bleiben	25.927.700	26.245.600
davon für		
Hj. 2003	15.100.600	-
Hj. 2004	7.572.200	15.281.400
Hj. 2005	3.254.900	7.660.200
Hj. 2006	-	3.304.000
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:		
Gesamtzuwendungen	22.026.400	22.253.600
Hiervon veranschlagt	1.101.400	1.117.700
Vorbehalten bleiben	20.925.000	21.135.900
Veranschlagt zusammen	22.436.700	21.724.900
Vorbehalten bleiben	46.852.800	47.381.500

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2000 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	0
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2000 zu Lasten von VE	25.683.300
davon fällig	
Hj. 2002	14.945.000
Hj. 2003	7.506.000
Hj. 2004	3.232.300

883 33 440 Zuweisungen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung **9.832.143** **21.453.000** **16.698.500**
15.816.816

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	20.980.600	20.980.600
davon fällig:		
2003 bis zu	11.366.000	
2004 bis zu	9.614.600	11.366.000
2005 bis zu		9.614.600
2006 ff bis zu		

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
883 33

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	10.225.800	11.366.019			21.591.819
2003		10.225.838	11.366.000		21.591.838
2004			9.614.600	11.366.000	20.980.600
2005				9.614.600	9.614.600
2006 ff.					
Summen	10.225.800	21.591.856	20.980.600	20.980.600	73.778.856

Erläuterungen:

Die Mittel sollen als Projektförderung für Planungen, Gutachten und investive Durchführungsmaßnahmen eingesetzt werden, vorrangig in räumlichen Teilbereichen mit besonderer Bedeutung für die Stadtentwicklung und Stadterneuerung.

Wesentliche Ziele der Förderung sind:

- Unterstützung der Kommunen bei der gesamtgemeindlichen Planung und der Erarbeitung teilträumlicher Entwicklungskonzepte einschl. der Schaffung von Planungsrecht,
- die städtebauliche Erneuerung auch außerhalb förmlich festgelegter Sanierungsgebiete im Sinne einer „einfachen Stadterneuerung“,
- die Reaktivierung von für die innerstädtische Entwicklung bedeutsamen Brachflächen, die ehemals militärisch, industriell, landwirtschaftlich oder verkehrlich genutzt wurden,
- die Sicherung einer Anschubfinanzierung bei der Erschließung von Wohngebieten, die der bedarfsgerechten Wohnraumversorgung der Bevölkerung in kompakten Siedlungsstrukturen dienen und
- die weitere Realisierung städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen gemäß §§ 165-171 BauGB, deren einheitliche Vorbereitung und zügige Durchführung sowohl im kommunalen als auch im Landesinteresse liegt.

Die Mittel werden sowohl als Zuschuss als auch zur Zwischenfinanzierung bei der Projektdurchführung (insb. bei der Erschließung von Wohngebieten) eingesetzt. Darin eingeschlossen sind Mittel zur Komplementärfinanzierung von Förderungen aus dem EU-Strukturfonds EFRE, die insbesondere der Reaktivierung städtebaulich relevanter Brachflächen und der Entwicklung städtischer Problemgebiete dienen. Grundlagen für die Förderung sind

- die Förderrichtlinie zu Stadtentwicklung vom 22.1.1999,
- die Förderrichtlinie zur Entwicklung städtebaulich relevanter Brachflächen vom 5.10.1998 und
- die Förderrichtlinie zur Stadterneuerung vom 12.01.1999.

Von den Gesamtzuwendungen der Vorjahre blieben

	2002	2003
	EUR	EUR
Vorbehalten	26.924.300	26.451.900
Hiervon veranschlagt	21.453.000	16.698.500
Vorbehalten bleiben	5.471.300	9.753.400
davon für		
Hj. 2003	5.471.300	-
Hj. 2004	-	9.753.400
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:		
Gesamtzuwendungen	20.980.600	20.980.600
Hiervon veranschlagt	0	0
Vorbehalten bleiben	20.980.600	20.980.600
Veranschlagt zusammen	21.453.000	16.698.500
Vorbehalten bleiben	26.451.900	30.734.000

Nachrichtlich:

	EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2000 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen	2.627.900
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2000 zu Lasten von VE	10.225.800
davon fällig	
Hj. 2002	10.225.800

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

883 40 **440 Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Bundesmittel)**
 neu

Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 331 40 erhöhen oder vermindern die Ausgabemittel dieses Titels.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 41.

883 41 **440 Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)** **3.441.000** **5.174.000**
 neu

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	13.764.000	16.585.000
davon fällig:		
2003 bis zu	4.301.000	
2004 bis zu	4.731.000	4.365.000
2005 bis zu	2.151.000	6.110.000
2006 ff bis zu	2.581.000	6.110.000

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002					
2003			4.301.000		4.301.000
2004			4.731.000	4.365.000	9.096.000
2005			2.151.000	6.110.000	8.261.000
2006 ff.			2.581.000	6.110.000	8.691.000
Summen			13.764.000	16.585.000	30.349.000

Erläuterungen:

Auf der Grundlage von Stadtumbaukonzepten werden Maßnahmen zur Verringerung der Zahl leerstehender bzw. nicht mehr benötigter Wohnungen sowie weitere investive Maßnahmen, die im Zusammenhang mit dem Stadtumbau stehen, gefördert. Dies sind insbesondere Maßnahmen zur gestalterischen Aufwertung in Stadtumbaugebieten, zur Sicherung der Funktionsfähigkeit von Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen und zur Neuordnung von brachfallenden Flächen.

Die Bewilligung erfolgt auf der Grundlage der Förderrichtlinie 99 zur Stadterneuerung sowie der Richtlinie zur "Entwicklung städtebaulich relevanter Brachflächen". Zuwendungsempfänger sind die Gemeinden.

892 10 **440 Kostenerstattung an die Beauftragte für Projektprüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln des Städtebaues** **1.073.713** **818.100** **409.100**
 1.081.479

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
892 10

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	511.300				511.300
2003	409.000				409.000
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen	920.300				920.300

Erläuterungen:

Gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen dem MSWV und einer Beauftragten werden die Kosten für Projektprüfung, Bauüberwachung und Abrechnung von Fördermitteln des Städtebaus veranschlagt. Der Bedarf ergibt sich aus den veranschlagten Fördermitteln und dem mit der Beauftragten geschlossenen Vertrag, nachdem das Honorar prozentual zum geprüften Fördervolumen berechnet wird. Weniger wegen Verlagerung der Aufgabe auf die gemeindlichen Zuwendungsempfänger.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(883 13)	440 Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen (Bundesanteil)	0
		0
(883 14)	440 Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen (Landesanteil)	0
		0
(883 34)	440 Zuweisung zur Stadterneuerung (IfG)	0
		0
(883 52)	440 Zuweisungen zur Förderung der Modellstädte (Bundesanteil)	0
		0
(883 53)	440 Zuweisungen zur Förderung der Modellstädte (Landesanteil)	0
		0

Summe HGr. 8:	117.338.930	125.757.300	119.035.800
---------------	--------------------	--------------------	--------------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 040 **Angelegenheiten der Stadtentwicklung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Komplementierung von AfG-Mitteln

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

883 60	440	Zuweisungen zur Komplementierung von AfG-Mitteln an Kommunen	0 0	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Erläuterungen:

Das Arbeitsförderungsrahmengesetz des Bundes eröffnet neue strukturpolitische Möglichkeiten, durch intelligente Fördermixe mit anderen Ressorts Synergieeffekte zu erreichen. Gefördert werden soll aufgrund der gemeinsamen Richtlinie vom 01.12.1996 von MWMT, MUNR, MELF, MASGF und MSWV zum Einsatz von AfG-Mitteln.

893 60	440	Zuschüsse zur Komplementierung von AfG-Mitteln an Sonstige im Inland	0 0	0	0
--------	-----	---	--------	---	---

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 883 60.

Nachrichtlich: Summe TGr. 60			0	0	0
-------------------------------------	--	--	----------	----------	----------

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen			0	0	0
---	--	--	----------	----------	----------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	5.778.110	6.544.900	6.289.300
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	54.477.639	50.743.300	46.796.800
Gesamteinnahme			60.255.748	57.288.200	53.086.100
Ausgaben					
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	148.275	148.300	148.300
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	5.266	1.031.800	1.031.800
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	117.338.930	125.757.300	119.035.800
Gesamtausgabe			117.492.471	126.937.400	120.215.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-57.236.723	-69.649.200	-67.129.800

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	419	Gebühren, sonstige Entgelte	4.090 21.330	2.000	1.000
--------	-----	------------------------------------	------------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Entgelte für bundesverbürgte Darlehen zur Sicherung der Finanzierung von in 1991 fertiggestellten Mietwohnungen. Weniger durch den Abbau des Nettobürgschaftsvolumens.

119 10	419	Sonstige Einnahmen	511 27.531	500	500
--------	-----	---------------------------	----------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen aus Rückzahlungen von Fördermitteln, Straf- und Verzugszinsen u.ä.

Summe HGr. 1:			4.602	2.500	1.500
----------------------	--	--	--------------	--------------	--------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10 neu	233	Anteil des Bundes an den Aufwendungen für Wohngeld	72.859.093 62.335.127	72.859.100	72.859.100
---------------	-----	---	---------------------------------	-------------------	-------------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 681 00.

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 060 / 241 10	63.911.485	0
Zusammen		63.911.485	0

Siehe Erläuterungen zu Titel 681 00.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(241 10)	233	Anteil des Bundes an den Aufwendungen für Wohngeld	0
		umgesetzt nach 11 060 / 231 10	0

Summe HGr. 2:			72.859.093	72.859.100	72.859.100
----------------------	--	--	-------------------	-------------------	-------------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 20	411	Zuweisungen des Bundes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	47.463.174 56.070.326	40.063.100	33.989.000
--------	-----	---	---------------------------------	-------------------	-------------------

Mehreinnahmen erhöhen die Ausgaben bei Titel 893 11

Erläuterungen:

Gemäß Art. 104 a Abs. 4 GG gewährt der Bund im Rahmen jährlich abzuschließender Verwaltungsvereinbarungen Finanzhilfen zur Förderung des Wohnungsbaus. Diese Bundesmittel sind über einen Zeitraum zwischen 7 und 17 Jahren verteilt. Die zweckgebundenen Einnahmen aus den Verwaltungsvereinbarungen 1991 - 1996 sind in den Zuweisungen für Altverpflichtungen enthalten. Ab Verwaltungsvereinbarung 1997 werden Bundesmittel für 2002 in Höhe von 26,04 Mio EURO und für 2003 in Höhe von 27,32 Mio EURO über den Titel 893 11 dem Wohnungsbauvermögen direkt zugeführt.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

331 50	411	Zuweisungen des Bundes für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau	153.388 0	0	0
--------	-----	--	--------------	---	---

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Titel 883 10.

Summe HGr. 3:	47.616.562	40.063.100	33.989.000
---------------	------------	------------	------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10	411	Kosten für Gutachten	255.646 158.263	255.700	255.700
--------	-----	-----------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	127.900	127.900
davon fällig:		
2003 bis zu	127.900	
2004 bis zu		127.900
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		127.823			127.823
2003			127.900		127.900
2004				127.900	127.900
2005					
2006 ff.					
Summen		127.823	127.900	127.900	383.623

Erläuterungen:

Es sind Gutachten zu folgenden Themenkomplexen vorgesehen:

für 2002

- Wohnungspolitische und wohnungswirtschaftliche Konzepte bei der Leerstandsbewältigung in den Kommunen; Erfolge und Probleme bei der Umsetzung
- Demographischer und gesellschaftlicher Wandel - Herausforderung für eine neue Wohnungspolitik
- Beitrag der Wohnungsbauförderung zu Stärkung der Innenstädte als Wohnstandorte

für 2003

- Neue Strategien der Wohnungsunternehmen als Reaktion auf schrumpfende Wohnungsmärkte
- Wohnen zur Miete 2003

537 20	411	Kosten für Baugutachten	230.081 51.129	185.800	160.200
--------	-----	--------------------------------	--------------------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	102.300	102.300
davon fällig:		
2003 bis zu	102.300	
2004 bis zu		102.300
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
537 20

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		127.823			127.823
2003			102.300		102.300
2004				102.300	102.300
2005					
2006 ff.					
Summen		127.823	102.300	102.300	332.423

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für technische Baugutachten, die der Wohnungsbauforschung dienen und die die Grundlage bilden für die Förderpolitik des MSWV in den Bereichen Modernisierung und Instandsetzung im Wohnungsbestand und im Wohnungsneubau. So sind u.a. vorgesehen

für 2002

- Qualifizierung des zukunftsfähigen Wohnungsbestandes in Brandenburger Städten mit hohem Wohnungsleerstand
- Evaluierung Pilotprojekte Eigentumsbildung
- Wohnen im Alter - integrative baulich- räumliche Strategiekonzepte

für 2003

- Flächenmanagement, Infrastrukturkonditionen und Marketingaspekt.

541 10	411 Aufwendungen für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Ausschreibungen	122.710 149.816	122.700	122.700
--------	---	---------------------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	51.200	51.200
davon fällig:		
2003 bis zu	51.200	
2004 bis zu		51.200
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		51.129			51.129
2003			51.200		51.200
2004				51.200	51.200
2005					
2006 ff.					
Summen		51.129	51.200	51.200	153.529

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
541 10

Erläuterungen:

Die Mittel dienen insbesondere der Durchführung von Fachveranstaltungen wie „Frauen- und familiengerechtes Bauen und Wohnen - Frauen- und familienpolitische Belange im Wohnungsbau“, „Förderung von Wohneigentum, Mietwohnungsbau und Bestand“, „Lübbenau-Brücke - Auswertung des Kooperationsprojektes Wohnen und Arbeiten“, „Zusammenarbeit Osteuropa-Wohnungswirtschaft“, „Erfahrungen und Zukunft eigentumsorientierter Genossenschaften“, „Spitzenfinanzierung als Projekt der Initiative Stadt- und Infrastruktur 2009“, „Auswertung des ISW-Projektes zur Darstellung der bisherigen und zukünftigen Aktivitäten der Wohnungsbauförderung im Bestand“.

Die Ergebnisse der Umsetzung von Modellprojekten sowie Auswertungen von Tagungen sollen für Wohnungsunternehmen, Gemeinden und für die Fachöffentlichkeit ausgestellt und dokumentiert werden, z.B. Dokumentation zu „In die Zukunft investieren“, „Der Weg zum eigenen Zuhause“, „Umsetzung des neuen Wohnungsbaurechtes im Land Brandenburg“ sowie Aufbereitungen von Fachveranstaltungen.

Des weiteren sind Werkstätten zum Thema „Wohnen“ und Workshops zum Vorhaben Nauen und zur Auswertung von Rückbau/Abriss und Recycling vorgesehen. Wettbewerbe zu Baukultur - Wohnkultur - historische Stadtkerne sind ebenfalls geplant.

541 15	411	Wettbewerb wohnungspolitische Kommunalstrategie	0	0	0
			181.903		
541 20	411	Aufwendungen für Fortbildungsveranstaltungen	30.678	25.600	25.600
			11.374		

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	12.800	12.800
davon fällig:		
2003 bis zu	12.800	
2004 bis zu		12.800
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002					
2003			12.800		12.800
2004				12.800	12.800
2005					
2006 ff.					
Summen			12.800	12.800	25.600

Erläuterungen:

Die Fortbildungsveranstaltungen sollen eine einheitliche Rechtsanwendung bei übertragenen Aufgaben gewährleisten. Geplant sind u.a. Fortbildungsveranstaltungen zum neuen Wohnraumförderungsgesetz, Belegungsbindungsgesetz und Wohngeldgesetz.

546 10	411	Sonstiges	0	0	0
			0		
546 40	411	Überweisungsgebühren für Wohngeld	25.565	25.600	25.600
			14.044		

Erläuterungen:

Veranschlagt werden die durch Postbarüberweisungen des Wohngeldes entstehenden Gebühren.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Summe HGr. 5: 664.679 615.400 589.800

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

661 10 neu 411 Zinszuschüsse entsprechend des Altschuldenhilfegesetzes 0 0

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Entsprechend § 7 des Altschuldenhilfegesetzes übernehmen Bund und Land für die Wohnungsunternehmen oder privaten Vermieter für die auf Altverbindlichkeiten zu zahlenden Zinsen jeweils 50 v.H.. Berechnungsgrundlage sind die der Wohnfläche des Unternehmens oder des privaten Vermieters nach § 4 Abs. 1 des ASHG zuzuordnenden Altverbindlichkeiten. Die Abwicklung erfolgt auf der Grundlage des 2. Nachtrages zum Mandatarvertrag.

663 11 411 Zuweisungen an das Landeswohnungsbauvermögen für konsumtive Zwecke 246.870.587 185.812.700 189.216.400
233.045.238

Minderausgaben im Epl. 11 können zum jeweiligen Jahresabschluss mit Einwilligung des MdF zur Leistung von Mehrausgaben, soweit sie der Deckung von Altverpflichtungen dienen, herangezogen werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 893 11.

671 20 411 Entgelte an die Kreditanstalt für Wiederaufbau für Abwicklung des Altschuldenhilfegesetzes 5.113 5.100 5.100
4.863

Erläuterungen:

Bearbeitungsgebühren für die Abwicklung der Gewährung der Zinszuschüsse nach dem Altschuldenhilfegesetz. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch 2002 und 2003 noch Zinshilfebescheide erteilt werden.

681 00 233 Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz 145.718.186 145.718.200 145.718.200
124.670.254

1. Mehreinnahmen bei Titel 231 10 erhöhen die Ausgaben dieses Titels um das Doppelte.
2. Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens wird nach Maßgabe des Wohngeldgesetzes auf Antrag Wohngeld als Zuschuss zu den Aufwendungen für den Wohnraum gewährt. Das Wohngeld ist keine Leistung im Sinne des Bundessozialhilfegesetzes. Die Aufwendungen für Wohngeld werden gemäß § 34 WoGG vom Bund zur Hälfte erstattet.

682 30 411 Zuweisungen an die KfW für Zinsverbilligungen 2.878.573 5.757.100 8.635.700
0

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	52.004.000	0
davon fällig:		
2003 bis zu	5.200.400	
2004 bis zu	5.200.400	
2005 bis zu	5.200.400	
2006 ff bis zu	36.402.800	

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 060 **Angelegenheiten des Wohnungswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
682 30

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	556.800	2.878.573			3.435.373
2003	556.800	2.878.573	5.200.400		8.635.773
2004	556.800	2.878.600	5.200.400		8.635.800
2005	3.340.500	2.878.600	5.200.400		11.419.500
2006 ff.		17.271.386	36.402.800		53.674.186
Summen	5.010.900	28.785.733	52.004.000		85.800.633

Erläuterungen:

Gemäß dem Vertrag zwischen BMVBW, den neuen Bundesländern und der KfW über die Abwicklung des KfW Programmes für Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von Wohnraum in den neuen Ländern . "KfW Wohnraum - Modernisierungsprogramm II" - gewährt die KfW zinsverbilligte Darlehen für die Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum in den Jahren 2000 - 2002 mit einer Laufzeit von je 10 Jahren. Die Zinsverbilligung beträgt 2 v.H. jährlich, die je zur Hälfte von Bund und Ländern gegenüber der KfW erstattet werden. Veranschlagt sind die hälftigen Kosten für die Zinsverbilligung.

684 10	411	Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale e.V. für unabhängige Bauherrenberatung	122.710 126.442	125.300	127.900
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Die Ausgaben sind übertragbar.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	0	460.200
davon fällig:		
2003 bis zu		
2004 bis zu		150.900
2005 bis zu		153.400
2006 ff bis zu		155.900

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	125.300				125.300
2003	127.800				127.800
2004				150.900	150.900
2005				153.400	153.400
2006 ff.				155.900	155.900
Summen	253.100			460.200	713.300

Erläuterungen:

Die Projektförderung erfolgt mit aktualisierten Themenschwerpunkten über einen Zeitraum von jeweils 3 Jahren. Fortführung des Projektes der unabhängigen Bauherrenberatung der Verbraucherzentrale im Jahr 2003. Im Jahr 2002 werden die eingegangenen Verpflichtungen finanziert.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
684 10

Von den Gesamtzuswendungen der Vorjahre blieben

	2002 EUR	2003 EUR
Vorbehalten	253.200	127.900
Hiervon veranschlagt	125.300	127.900
Vorbehalten bleiben	127.900	-
davon für		
Hj. 2003	127.900	
Hj. 2004	-	
Für neue Maßnahmen sind vorgesehen:		
Gesamtzuswendungen		460.200
Hiervon veranschlagt		-
Vorbehalten bleiben		460.200
davon für		
Hj. 2004		150.900
Hj. 2005		153.900
Hj. 2006		155.900
Veranschlagt zusammen	125.300	127.900
Vorbehalten bleiben	-	460.200
Nachrichtlich:		EUR
Höhe der Festlegungen am 31.12.2000 zu Lasten von Ausgabeermächtigungen		-
Höhe der eingegangenen Verpflichtungen am 31.12.2000 zu Lasten von VE		253.200
davon fällig		
Hj. 2002		125.300
Hj. 2003		127.900

686 10 neu 422 Zuschuss an EUROPAN - Gesellschaft zur Förderung von Architektur, Wohnungs- und Städtebau e.V. 51.129 51.200 51.200
49.161

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	51.200	51.200
davon fällig:		
2003 bis zu	51.200	
2004 bis zu		51.200
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		51.129			51.129
2003			51.200		51.200
2004				51.200	51.200
2005					
2006 ff.					
Summen		51.129	51.200	51.200	153.529

Erläuterungen:

Das Land beteiligt sich an dem europaweiten Wettbewerbsverfahren für junge Architekten EUROPAN. Träger des Wettbewerbsverfahrens in der Bundesrepublik ist die "Deutsche Gesellschaft zur Förderung von Architektur, Wohnungs- und Städtebau e.V. - EUROPAN". Die Weiterführung erfolgt in Abhängigkeit von der Themenstellung zum Wettbewerb "EUROPAN 7". Der Wettbewerb trägt zur stärkeren europäischen Aufmerksamkeit für Brandenburg bei.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

686 20 neu 411 Erarbeitung von wohnungspolitischen und wohnungswirtschaftlichen Konzepten 511.300 255.700

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	255.700	0
davon fällig:		
2003 bis zu	255.700	
2004 bis zu		
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002					
2003			255.700		255.700
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen			255.700		255.700

Erläuterungen:

Gemäß § 6 a des Altschuldenhilfegesetzes können Wohnungsunternehmen mit einem Anteil leerstehender Wohnungen von mehr als 15 v.H. beantragen, von den Altschulden auf abgerissene Wohngebäude befreit zu werden. Mit der Antragstellung ist der Nachweis zu führen, dass die Planung der Wohnungsunternehmen mit städtebaulichen Planungen der Kommune übereinstimmt. Mit der Förderung werden Arbeitsgemeinschaften bestehend aus Wohnungsunternehmen und Kommunen zeitlich befristet dabei unterstützt, gemeinsame Konzepte zur Bewältigung des Strukturwandels auf den lokalen Wohnungsmärkten zu erarbeiten.

Von den Gesamtzuwendungen der Vorjahre blieben

	2002	2003
Vorbehalten	511.300 EURO	-
Hiervon veranschlagt	511.300 EURO	-
vorbehalten bleiben	-	-

Für neue Maßnahmen sind vorgesehen

	2002	2003
Gesamtzuwendungen	255.700 EURO	-
Hiervon veranschlagt	-	-
Vorbehalten bleiben	255.700 EURO	-
davon für		
Hj. 2003	255.700 EURO	-
Hj. 2004	-	-
Veranschlagt zusammen	511.300 EURO	-
vorbehalten bleiben	255.700 EURO	-

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(685 10) 422 Zuschuss an EUROPAN - Gesellschaft zur Förderung von Architektur, Wohnungs- und Städtebau e.V 0
umgesetzt nach 11 060 / 686 10 0

Summe HGr. 6: 395.646.298 337.980.900 344.010.200

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10	411	Zuweisungen für den experimentellen Wohnungs- und Städtebau	153.388 0	0	0
--------	-----	---	--------------	---	---

Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 331 50 erhöhen oder vermindern die Ausgaben dieses Titels.

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		102.258			102.258
2003					
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen		102.258			102.258

Erläuterungen:

Kein Ansatz, da die Themen, Projekte und Programme zukünftig vom BMVBW über das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung aus Bundesmitteln realisiert werden.

893 11	411	Zuweisung an das Landeswohnungsbauvermögen für investive Zwecke	85.022.829 90.745.971	82.001.500	79.878.900
--------	-----	---	--------------------------	------------	------------

Siehe Vermerk bei Titel 331 20.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titel 331 20.

Erläuterungen zu den Titeln 663 11 und 893 11:

Mit dem Gesetz über das Wohnungsbauvermögen des Landes Brandenburg vom 17. Dezember 1996 in der Fassung des Haushaltsstrukturgesetzes 1998, Artikel 2 vom 22.12.1997 ist zum 1. Januar 1997 ein Wohnungsbauvermögen als unselbständiges Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung gebildet worden. Das Sondervermögen wird von der InvestitionsBank des Landes Brandenburg verwaltet.

Aus dem Sondervermögen werden die nach den Wohnungsbauförderprogrammen des Landes erforderlichen Baudarlehen, Aufwendungsdarlehen und -zuschüsse sowie sonstige Darlehen und Zuschüsse und weitere Ausgaben im Zusammenhang mit der Bewilligung, Refinanzierung und Verwaltung der Fördermittel finanziert. Die dafür notwendigen Finanzmittel werden über die zweckgebundenen Zuweisungen des Landes und des Bundes, über Kredite, sowie über Rückflüsse aus Zins und Tilgung für ausgereichte Darlehen und über Zinserträge aufgebracht.

Mit den für das Landeswohnungsbauvermögen veranschlagten Mitteln sollen

2002	2003	
rd. 300 WE	rd. 300 WE	im Programm Eigentumsmaßnahmen
rd. 2.490 WE	rd. 2.026 WE	im Programm Wohnungsbau und Modernisierung gemäß § 16 (1) und (3) WoFG
rd. 30 WE	rd. 30 WE	im Rahmen der Wohnraumanpassung
rd. 281 WE	rd. 281 WE	zum Erwerb von Geschäftsanteilen an neugegründeten Wohnungsgenossenschaften
rd. 95 WE	rd. 30 WE	zusätzlicher Ersatzwohnungsbau für Räumungsbetroffene (Mietwohnungsbau und Eigentumsmaßnahmen für Diepensee/Selchow, Horno sowie Haidemühl)

gefördert werden. Für diese Maßnahmen stehen 2002 89,7 Mio EUR und 2003 75,3 Mio EUR an Bewilligungsvolumen zur Verfügung.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
893 11

Übersicht über den Wirtschaftsplan des Landeswohnungsbauvermögens

Titel	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz	
	2000	2001	2002	2003	
	EUR	EUR	EUR	EUR	
Einnahmen					
111	Gebühren und sonstige Entgelte	22.062	20.452	20.500	20.500
112	Geldstrafen, Geldbußen	0	0	0	0
119	Sonstige Verwaltungseinnahmen	1.704.386	255.646	256.200	256.100
162	Zinseinnahmen	28.957	0	0	0
182	Darlehensrückflüsse	79.673.149	80.272.825	90.000.000	94.000.000
185	Rückforderung von Fördermitteln ausgereicher Darlehen	4.976.620	0	0	0
222	Konsumtive Zuweisungen aus dem Landeshaushalt	233.045.247	246.870.587	185.812.700	189.216.400
	davon: Schuldendiensthilfen				
	(Wohnungsbauprogramme 1993-1996)	233.045.247	246.870.587	185.812.700	189.216.400
251	Sonstige Zuweisungen vom Bund	0	0	0	0
325	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	335.000.000	292.970.248	295.000.000	259.000.000
332*	Investive Zuweisungen aus dem Landeshaushalt	90.745.975	85.022.778	82.001.500	79.878.900
	davon				
	1. Zuweisungen für die				
	Wohnungsbauprogramme 1991-1996	65.124.116	59.904.542	55.962.400	52.558.700
	2. Bundesmittel nach Art. 104a GG				
	(Wohnungsbauprogramme 1997-2002/2003)	25.621.859	25.118.236	26.039.100	27.320.200
Zusammen		745.196.396	705.412.536	653.090.900	622.371.900
(darunter Bundesfinanzhilfen 2002/2003 gesamt 53,3593 Mio EUR)					

* Die Durchleitung der Bundesmittel nach Art. 104a GG (Wohnungsbauprogramme 1997-2003) erfolgt über Zuweisungen des Landes an das Landeswohnungsbauvermögen. Die Komplementierung der Bundesmittel erfolgt ausschließlich aus dem Landeswohnungsbauvermögen.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
893 11

Titel	Ist 2000 EUR	Ansatz 2001 EUR	Ansatz 2002 EUR	Ansatz 2003 EUR
Ausgaben				
546	79	0	0	0
575	42.311.671	77.770.563	73.753.900	90.431.200
	davon:			
1.	10.860	51.129	52.000	52.000
2.	42.300.811	77.719.434	68.581.900	65.687.400
3.	0	0	5.120.000	20.291.800
4.	0	0	0	4.400.000
595	37.881.790	41.853.432	47.763.000	53.657.500
	davon:			
1.	37.881.790	41.853.432	46.063.000	48.657.500
2.	0	0	1.700.000	4.000.000
3.	0	0	0	1.000.000
651	0	0	0	0
663	289.159.637	289.160.203	289.160.200	289.160.200
671	218.785	357.904	255.600	255.600
685	0	0	0	0
863	342.855.241	262.596.494	210.941.400	161.973.700
	davon:			
1.	29.488.327	30.939.806	27.005.100	23.673.900
2.	29.506.262	16.770.374	17.720.100	7.311.000
3.	283.860.652	214.886.314	141.211.400	69.805.200
4.	0	0	25.004.800	40.014.600
5.	0	0	0	21.169.000
893	34.576.802	33.673.940	31.216.800	26.893.700
	davon:			
1.	30.590.176	28.121.054	26.149.600	23.519.500
2.	3.986.626	5.552.886	4.267.200	1.636.600
3.	0	0	800.000	937.600
4.	0	0	0	800.000
912	0	0	0	0
Zusammen	747.004.005	705.412.536	653.090.900	622.371.900

Summe HGr. 8: **85.176.217** **82.001.500** **79.878.900**

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 060 Angelegenheiten des Wohnungswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	4.602	2.500	1.500
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	72.859.093	72.859.100	72.859.100
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	47.616.562	40.063.100	33.989.000
Gesamteinnahme			120.480.256	112.924.700	106.849.600
Ausgaben					
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	664.679	615.400	589.800
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	395.646.298	337.980.900	344.010.200
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	85.176.217	82.001.500	79.878.900
Gesamtausgabe			481.487.195	420.597.800	424.478.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-361.006.938	-307.673.100	-317.629.300

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	176	Sonstige Einnahmen	1.534 144	1.500	1.500
--------	-----	---------------------------	---------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:
 Einnahmen aus der Ausführung von Kopierarbeiten für Dritte.

119 20	176	Einnahmen aus Veröffentlichungen	1.534 135	1.000	1.000
--------	-----	---	---------------------	--------------	--------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 531 10.

Erläuterungen:
 Veranschlagt sind die Einnahmen aus dem Verkauf von Broschüren (Schutzgebühren). Weniger aufgrund Anpassung an Ist-Einnahmen der Vorjahre.

119 40	176	Einnahmen aus der Beteiligung Dritter am Mobilitätskataster	66.468 63.261	30.600	30.600
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Siehe Vermerk bei Titel 546 40.

Erläuterungen:
 Einnahmen aus der Beteiligung Dritter an einer Studie über die Mobilität von Mieterhaushalten im Land Brandenburg (Mobilitätskataster). Aufgrund der geringer werdenden Beteiligung von Wohnungsunternehmen gehen die Einnahmen zurück.

132 10	176	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	511 0	500	500
--------	-----	--	-----------------	------------	------------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	500	500
Summe		500	500

Die Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen sind im Kapitel 11 020 mitveranschlagt.

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1. 11 100 / 113 10	511	0
Zusammen	511	0

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(113 10)	176	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher geringwertiger Gegenstände	0 0
umgesetzt nach 11 100 / 132 10			

Summe HGr. 1:		70.047	33.600	33.600
----------------------	--	---------------	---------------	---------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 100 **Institut für Stadtentwicklung und Wohnen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben für die Datenverarbeitung

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

359 99	950 Entnahme aus der Rücklage		0	0	0
			25.228		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0	0
-------------------------------------	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0	0
--	---	---	---

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	176	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	85.386 85.766	120.000	120.000
--------	-----	---	-------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Dienstbezüge	110.000	110.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen	10.000	10.000
Summe		120.000	120.000

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Besoldungsrunde 2000.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2001	2002	2003
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	1,00	1,00	1,00
Regierungsdirektor	A15	hD	2,00	2,00	2,00
Regierungsoberamtsrat	A13	gD	1,00	1,00	1,00
Regierungsamtsrat	A12	gD	1,00	1,00	1,00
Regierungsamtman	A11	gD	1,00	1,00	1,00
Zusammen:			6,00	6,00	6,00

425 10	176	Vergütungen der Angestellten	1.907.119 1.689.237	2.200.000	2.098.700
--------	-----	-------------------------------------	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Dienstvergütung	1.700.000	1.658.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	500.000	440.700
Summe		2.200.000	2.098.700

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifrunde 2000.

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2001	2002	2003
I	hD	1,00	1,00	1,00
Ia	hD	1,00	1,00	1,00
Ib	hD	10,00	10,00	10,00
IIa	hD	4,00	4,00	4,00
III	gD	4,00	4,00	4,00
IVa	gD	6,00	6,00	6,00
IVb	gD	4,00	4,00	4,00
Vb	gD	1,00	1,00	1,00
Vc	mD	6,00	6,00	6,00
VIb	mD	3,00	3,00	3,00
VII	mD	2,00	2,00	2,00
Zusammen:		42,00	42,00	42,00

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
425 10

426 10	176	Löhne der Arbeiter	29.655 57.943	50.000	50.000
--------	-----	--------------------	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Gesamtlöhne	39.500	39.500
2.	Zulagen (Zuschläge), Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	10.500	10.500
	Summe	50.000	50.000

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifrunde 2000.

Stellenübersicht:

	2001	2002	2003
PT	1,00	1,00	1,00
Zusammen:	1,00	1,00	1,00

427 20	176	Vergütungen und Löhne für Aushilfen	0 156	0	0
--------	-----	-------------------------------------	----------	---	---

453 10	422	Trennungsgeld, Umzugsvergütung	15.339 33.781	20.000	20.000
--------	-----	--------------------------------	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Trennungsentschädigung	10.000	10.000
2.	Umkostenvergütung	10.000	10.000
	Summe	20.000	20.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 4:	2.037.498	2.390.000	2.288.700
---------------	-----------	-----------	-----------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	176	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	37.836 28.447	32.400	31.900
--------	-----	---	------------------	--------	--------

Die Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
511 10

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Geschäftsbedarf	15.400	15.400
2.	Bücher, Zeitschriften	6.700	6.200
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10.300	10.300
4.	Sonstiges	0	0
Summe		32.400	31.900

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 100 / 512 10	7.669	6.651
2.	11 100 / 515 10	14.827	3.826
Zusammen		22.497	10.477

511 20 neu 176 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren 28.121 15.400 15.400

Erläuterungen:

Das Institut für Stadtentwicklung und Wohnen verfügt über 1 Funktelefon.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Postgebühren	7.700	7.700
2.	Mobilfunkanschlüsse	500	500
3.	Fernmeldegebühren	6.700	6.700
4.	Sonstiges	500	500
Summe		15.400	15.400

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel/Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 100/513 10	28.121	9.992
Zusammen		28.121	9.992

514 10 176 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl. 6.749 6.700 6.700
5.067

*Kostenerstattungen für die private Nutzung von Dienst-Kfz fließen
den Ausgaben zu.*

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	6.700	6.700
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	0	0
3.	Verbrauchsmittel	0	0
4.	Sonstiges	0	0
Summe		6.700	6.700

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 100 **Institut für Stadtentwicklung und Wohnen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
514 10

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Soll 2002	Soll 2003	Bestand am 01.01.2000	Aussonderung
PKW	2	2	2	2
davon personengebunden	0	0	0	0
LKW	0	0	0	0
Anhänger	0	0	0	0
Omnibusse	0	0	0	0
Krafträder	0	0	0	0
Arbeitsmaschinen	0	0	0	0
Wasserfahrzeuge	0	0	0	0
Luftfahrzeuge	0	0	0	0
Zusammen:	2	2	2	2

Auf Grund der Änderungen im Gruppierungs/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel/Titel	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. 11 100/ 516 10	102	0
Zusammen	102	0

518 20 176 **Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge** 15.850 15.900 15.900
 12.838

Erläuterungen:

Die Mittel sind vorgesehen für 3 angemietete Kopierer, darunter einen Farbkopierer.

518 30 176 **Leasing von Dienstkraftfahrzeugen** 1.534 1.600 1.600
 0

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Vorhandene geleaste Fahrzeuge am 01.01.2001:

Personenkraftwagen: 1

Lastkraftwagen: 0

Sonstige: 0

Im Haushaltsjahr 2002 Beschaffungen: 0

Im Haushaltsjahr 2003 Beschaffungen: 0

525 10 176 **Aus- (und Fort)bildung** 6.647 6.600 6.600
 2.186

Erläuterungen:

Fortbildung von Beschäftigten zur Profilentwicklung insbesondere zu den Themen

- Städtebau-, Bauordnungs- und Bodenrecht

- Kommunalrecht, EU-, Haushalts- und Zuwendungsrecht

- Wohnungsbau- und Mietrecht, Sozialplanung

- Wirtschafts- und Strukturpolitik, Kommunalwirtschaft, Wohnungswirtschaft

- Sozial- und Führungskompetenz, Projektmanagement

526 10 176 **Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten** 511 500 500
 0

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 100 **Institut für Stadtentwicklung und Wohnen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
526 10

Erläuterungen:

	2002 EUR	2003 EUR
Kosten für Sachverständige	500	500
Gerichtskosten		
Summe	500	500

527 10 176 **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** 6.136 6.100 6.100
 4.281

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Ausgaben für Fahrten, Übernachtungen und Nebenkosten.

531 10 176 **Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation** 13.805 13.800 13.800
 13.278

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 20 geleistet werden.

Erläuterungen:

Erfahrungstransfer durch Fachveröffentlichungen in der Schriftenreihe des Instituts "Beiträge zu Stadtentwicklung und Wohnen im Land Brandenburg".

535 10 176 **Ausgaben für Vermessungs- und Katasterwesen** 7.669 7.700 7.700
 7.334

Erläuterungen:

Ausgaben zur Ergänzung digitaler kartographischer Grundlagen durch topographische und thematische Karten für die raumbezogene Informationsaufbereitung in der Projekt- und Auftragsbearbeitung.

537 10 176 **Gutachten** 51.129 51.100 51.100
 28.632

Erläuterungen:

Gutachterliche Leistungen und Expertisen

	2002 EUR	2003 EUR
1. zu Instrumenten der Stadtentwicklung und Stadterneuerung (Fortsetzung)	12.775	12.775
2. zu kommunalrechtlichen und kommunalwirtschaftlichen Problem- und Fragestellungen (Fortsetzung)	12.775	12.775
3. zu EU-Rechts- und Förderbedingungen und zur EU-Erweiterung (neu)	12.775	12.775
4. zu finanz- und wohnungswirtschaftlichen Problem- und Fragestellungen (Fortsetzung)	12.775	12.775
Summe	51.100	51.100

541 10 176 **Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Studien** 17.895 17.900 17.900
 7.938

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 100 **Institut für Stadtentwicklung und Wohnen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
541 10

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Fachveranstaltungen mit Bezug zu Schwerpunkten der Stadtentwicklung und Stadterneuerung sowie des Wohnungsbaus und Wohnungswesens (einschl. Ausstellungsmaterialien)	10.200	10.200
2.	Workshops für Erfahrungstransfer aus der Projekt- und Auftragsbearbeitung einschl. Fachbeiträge, Präsentationen, Dokumentationen	7.700	7.700
Summe		17.900	17.900

546 10	176 Sonstiges	1.023 33	1.000	1.000
--------	---------------	-------------	-------	-------

Erläuterungen:

Mehr durch Umsetzung von Titel 546 20.
 Vorjahr Soll 2001 Ist 2000
 Titel 546 20 511 EUR 0 EUR

546 40	176 Ausgaben für die Beauftragung Dritter (Mobilitätskataster)	66.468 36.660	30.700	30.700
--------	--	------------------	--------	--------

1. (§ 17 Abs. 3 LHO)
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 40 geleistet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 119 40.

Aus Titelgruppen		134.981	140.600	145.700
-------------------------	--	----------------	----------------	----------------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(512 10)	176 Bücher und Zeitschriften umgesetzt nach 11 100 / 511 10	0 0		
(513 10)	176 Post- und Fernmeldegebühren umgesetzt nach 11 100 / 511 20	0 0		
(515 10)	176 Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke umgesetzt nach 11 100 / 511 10	0 0		
(516 10)	176 Dienst- und Schutzkleidung umgesetzt nach 11 100 / 514 10	0 0		
(517 10)	176 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0 0		
(519 10)	176 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	0 0		
(546 20)	176 Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte umgesetzt nach 11 100 / 546 10	0 0		
(546 30)	176 Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	0 0		

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Summe HGr. 5: 396.353 348.000 352.600

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 176 Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen 12.782 0 12.800
 0

Die Erläuterungen sind gem. § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

**Ersatzbeschaffungen:
 2002 / 2003**

	2002 EUR	2003 EUR
0 / 1 PKW	0	12.800
Zusammen	0	12.800

812 10 176 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen 20.452 0 10.200
 0

Erläuterungen:

Aufgrund des Alters der Ausstattung von Dienstzimmern sind Ersatzbeschaffungen in 2003 erforderlich.

	2002 EUR	2003 EUR
1 Ersatzbeschaffungen	0	10.200
Summe	0	10.200

Aus Titelgruppen 25.565 35.800 25.600

Summe HGr. 8: 58.799 35.800 48.600

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben für die Datenverarbeitung

Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

511 99	176	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	58.287 96.425	63.900	84.400
--------	-----	---	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

			2002 EUR	2003 EUR
1.	Hardware		17.900	40.900
2.	Software		17.900	15.400
3.	Unterhaltung		10.200	10.200
4.	Kommunikation		10.200	10.200
5.	Sonstiges		7.700	7.700
Summe			63.900	84.400

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 100 / 513 99	7.669	1.841
2.	11 100 / 515 99	46.016	89.529
Zusammen		53.686	91.370

525 99	176	Aus- (und Fort)bildung	10.226 15.302	10.200	10.200
--------	-----	------------------------	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

			2002 EUR	2003 EUR
1.	Aus- und Fortbildung		10.200	10.200
2.	Lehr- und Lernmittel			
Summe			10.200	10.200

538 99	176	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	66.468 41.780	66.500	51.100
--------	-----	--	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

			2002 EUR	2003 EUR
1.	Softwareentwicklungsleistungen für das Informationssystem Städtebau (ISS)		66.500	51.100
Summe			66.500	51.100

812 99	176	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	25.565 30.466	35.800	25.600
--------	-----	--	------------------	--------	--------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
Angaben in EUR					

noch zu
812 99

Erläuterungen:

1. Erstbeschaffungen

		2002 EUR	2003 EUR
1.1	Hardware: Internet-Map-Server für Geographisches Informationssystem (GIS)	15.400	0
	Summe	15.400	0

2. Ersatzbeschaffungen

		2002 EUR	2003 EUR
2.1	Hardware (Server, Plotter)	20.400	25.600
	Summe	20.400	25.600

919 99	950 Zuführung zu der Rücklage	0 22.077	0	0
--------	-------------------------------	-------------	---	---

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(513 99)	176 Datenfernübertragung	0		
	umgesetzt nach 11 100 / 511 99	0		
(515 99)	176 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung	0		
	umgesetzt nach 11 100 / 511 99	0		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99		160.546	176.400	171.300
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen		160.546	176.400	171.300

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 100 Institut für Stadtentwicklung und Wohnen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	70.047	33.600	33.600
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme			70.047	33.600	33.600
Ausgaben					
		HGr. 4 Personalausgaben	2.037.498	2.390.000	2.288.700
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	396.353	348.000	352.600
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	58.799	35.800	48.600
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe			2.492.650	2.773.800	2.689.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.422.603	-2.740.200	-2.656.300

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 400 **Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	719	Gebühren, sonstige Entgelte	1.227.101 1.157.506	1.227.100	1.227.100
--------	-----	------------------------------------	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die erwarteten Einnahmen aus: - Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen im Gelegenheits- und Linienverkehr, - Gebühren für Verwaltungsentscheidungen auf dem Gebiet des Güterkraftverkehrs, - Gebühren für die Abnahme von Prüfungen sowie der Erteilung von Genehmigungen, Bewilligungen und Erlaubnissen nach dem Luftverkehrsgesetz, - Gebühren für die amtliche Anerkennung als Kfz-Werkstatt und Bremsendienst, - Gebühren für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach der StVO und der StVZO, - Gebühren aus der Erteilung von Auskünften zu Anfragen den Führerscheinnachweis betreffend, - Gebühren für die Genehmigung von Großraum- und Schwerlasttransporten sowie - Gebühren für Verwaltungsentscheidungen auf den Gebieten der Schifffahrt und der Häfen - Zustimmung im Einzelfall (§§ 23, 24 BbgBO), - Erteilung von Typenprüfungen (§ 71 (7) BbgBO), - Genehmigung fliegender Bauten (§ 79 BbgBO), - Prüfung bautechnischer Nachweise besonderen Schwierigkeitsgrades einschl. Bauüberwachung und Bauzustandsbesichtigung (BauPrüfV), - Prüfung technischer Bühnen-, Hallen- und Studiofachkräfte (TfaV), - Widerspruchsentscheidungen (§ 91 (9) BbgBO), - Zulassung von Unternehmen als Betreuungsunternehmen (§§ 37 und 58 WoBauG).

112 10	719	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	204.517 171.112	204.600	204.600
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Enthalten sind Geldstrafen und Geldbußen auf der Grundlage nachstehender gesetzlicher Bestimmungen:

- Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
- § 61 Personenbeförderungsgesetz
- § 45 Verordnung über Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr
- §§ 88 und 94 Güterkraftverkehrsgesetz
- § 41 Landeshafengesetz
- § 89 Landesschifffahrtsgesetz.

119 10	719	Sonstige Einnahmen	20.452 21.949	22.000	22.000
--------	-----	---------------------------	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Mehr aufgrund der zu erwartenden Einnahmen aus öffentlichen Ausschreibungen.

119 20	711	Einnahmen aus Veröffentlichungen	0 0	0	0
--------	-----	---	---------------	----------	----------

124 10	719	Mieten und Pachten	511 1.069	500	500
--------	-----	---------------------------	---------------------	------------	------------

Erläuterungen:

Einnahmen aus der Vermietung von 3 Wohnheimzimmern im Verwaltungsgebäude Dahlwitz-Hoppegarten

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen	500	500
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	0	0
3.	Sonstige Einnahmen	0	0
	Summe	500	500

132 10	719	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	256 2.257	500	500
--------	-----	--	---------------------	------------	------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 400 **Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
132 10

Erläuterungen:

Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen sind im Kapitel 11 020 veranschlagt.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	500	500
Summe		500	500

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(113 10)	719 Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher geringwertiger Gegenstände	0	0
	umgesetzt nach 11 400 / 132 10		

Summe HGr. 1:	1.452.836	1.454.700	1.454.700
---------------	-----------	-----------	-----------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	719 Erstattung von Verwaltungsausgaben durch den Bund	10.226 13.863	10.300	10.300
--------	---	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Es handelt sich hierbei um die Kostenerstattung durch die Bundeswehr für zivile Infrastrukturmaßnahmen von militärischem Interesse. Grundlage ist die Rahmenvereinbarung von 1994 zwischen dem Land Brandenburg und der Wehrbereichsleitung, die sich an den Kostengrundsätzen für Infrastrukturmaßnahmen von militärischen Lastenklassen orientiert. Gemäß dieser Verordnung erstattet die Bundeswehr Kosten für die MLC Einstufung bestehender Brückenbauwerke sowie für die Beschilderung für den Militärverkehr.

Summe HGr. 2:	10.226	10.300	10.300
---------------	--------	--------	--------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 400 **Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
-------	----	-----------------	-------------------------	-------------	-------------

Angaben in EUR

Titelgruppen
Einnahmen

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben der Datenverarbeitung

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0	0
			32.668		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			0	0	0
-------------------------------------	--	--	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen			0	0	0
--	--	--	----------	----------	----------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 400 **Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	711	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	2.512.488 1.916.001	2.434.000	2.434.000
--------	-----	---	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Dienstbezüge	2.234.000	2.234.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen	200.000	200.000
Summe		2.434.000	2.434.000

Weniger durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Besoldungsrunde 2000.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2001	2002	2003
Präsident des Landesamtes für Verkehr und Straßenbau	B3	hD	1,00	1,00	1,00
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	4,00	4,00	4,00
Regierungsdirektor	A15	hD	9,00	9,00	9,00
davon kw: 1 im Jahr 2005 Anhörsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg International					
Oberregierungsrat	A14	hD	13,00	13,00	13,00
davon kw: 2 im Jahr 2005 Anhörsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg International					
Regierungsrat	A13	hD	4,00	4,00	4,00
Regierungsoberamtsrat	A13	gD	13,00	13,00	13,00
Regierungsamtsrat	A12	gD	25,00	25,00	25,00
Regierungsamtmann	A11	gD	33,00	34,00	34,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	22,00	23,00	23,00
davon kw: 2 im Jahr 2005 Anhörsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg International					
Zusammen:			124,00	126,00	126,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

	2002	2003	
Zugänge:			
Sonstige Zugänge			
1	0	A11 gD	Regierungsamtmann
			Maßn.d. Landesregierung zum Schutz der Bürger nach den Terroranschlägen
1	0	Sonstige Zugänge	
1	0	Stellen Zugänge insgesamt	
1	0	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	
Umwandlung / Umsetzung			
Zugänge:			
Umsetzungen und sonstige Umwandlungen			
1	0	A10 gD	Regierungsoberinspektor
			Umsetzung von 11 410 / 422 10
1	0	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen	
1	0	Stellen Zugänge insgesamt	
1	0	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

425 10	711	Vergütungen der Angestellten	9.597.716 9.714.614	10.533.500	9.933.500
--------	-----	-------------------------------------	-------------------------------	-------------------	------------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 400 **Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
425 10

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Gesamtvergütung	8.333.500	7.833.500
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	2.200.000	2.100.000
Summe		10.533.500	9.933.500

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifrunde 2000.

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2001	2002	2003
I	hD	1,00	1,00	1,00
Ia	hD	8,00	8,00	8,00
Ib	hD	12,00	12,00	12,00
Ila	hD	17,00	17,00	17,00
III	gD	11,00	11,00	11,00
IVa	gD	22,00	22,00	22,00
IVb	gD	18,00	18,00	18,00
Vb	gD	11,00	11,00	11,00
Vc	mD	32,00	33,00	33,00
Vlb	mD	22,00	22,00	22,00
VII	mD	26,00	33,00	33,00
davon kw: 1 im Jahr 2005 Anhörungsbehörde Flughafen Berlin Brandenburg International				
VII-IXb	mD	7,00	0,00	0,00
VIII	eD	4,00	4,00	4,00
IXb	eD	3,00	3,00	3,00
Zusammen:		194,00	195,00	195,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2002 2003

Zugänge:

Sonstige Zugänge

1 0 Vc mD

Maßn.d. Landesregierung zum Schutz der Bürger nach den Terroranschlägen

1 0 Sonstige Zugänge

1 0 **Stellen Zugänge insgesamt**

1 0 **Stellen Zugänge / Abgänge (-)**

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

7 0 VII mD

Umwandlung von VII-IXb mD

7 0 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

7 0 **Stellen Zugänge insgesamt**

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

7 0 VII-IXb mD

Umwandlung nach VII mD

7 0 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen

7 0 **Stellen Abgänge insgesamt**

0 0 **Stellen Zugänge / Abgänge (-)**

426 10	711 Löhne der Arbeiter	401.875 412.906	550.000	550.000
--------	------------------------	--------------------	---------	---------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 400 **Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
426 10

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Gesamtlöhne	435.000	435.000
2.	Zulagen (Zuschläge), Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	115.000	115.000
Summe		550.000	550.000

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifrunde 2000.

Stellenübersicht:

	2001	2002	2003
PT	6,00	6,00	6,00
MTL 8	2,00	2,00	2,00
MTL 7	4,00	2,00	2,00
MTL 6	1,00	1,00	1,00
MTL 4	3,00	3,00	3,00
Zusammen:	16,00	14,00	14,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2002 2003

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

2 0 MTL 7

Wegfall 2 Stellen zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001

2 0 Abgänge infolge PEK

2 0 **Stellen Abgänge insgesamt**

-2 0 **Stellen Zugänge / Abgänge (-)**

427 20	711 Vergütungen und Löhne für Aushilfen	0 0	0	0
427 30	422 Vergütungen und Löhne für Aushilfen bis zu 3 Jahren	371.811 134.124	450.000	450.000

Erläuterungen:

Vorübergehende Beschäftigung von 6 Angestellten im gehobenen Dienst (4 x IVa und 2 x IVb) und 4 Angestellten im Schreibdienst (4 x VII-IXb) für die Bearbeitung von Anhörungsverfahren.

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg.

427 31	711 Vergütungen und Löhne für Aushilfen bis zu 2 Jahren	381.833 199.010	410.000	410.000
--------	---	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Vorübergehende Beschäftigung von 10 Angestellten im gehobenen Dienst. (5 x IVa, 5 x IVb) für die Bearbeitung von Verwendungsnachweisen.

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg.

453 10	711 Trennungsgeld, Umzugsvergütung	25.565 40.842	50.000	50.000
--------	------------------------------------	------------------	--------	--------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 400 **Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
453 10

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Trennungsentschädigung	40.000	40.000
2.	Umzugskostenvergütung	10.000	10.000
Summe		50.000	50.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

Summe HGr. 4:	13.291.288	14.427.500	13.827.500
---------------	------------	------------	------------

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	719 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	306.264 131.169	181.500	184.100
--------	--	---------------------------	----------------	----------------

Die Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Mit den veranschlagten Mitteln sollen Ersatzbeschaffungen von verschlissenen Gebrauchsgegenständen u.a.

- Telefonen
- Büromöbeln
- Kopierern
- Fax-Geräten

und weiteren Ausrüstungsgegenständen durchgeführt werden.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Geschäftsbedarf	74.100	76.700
2.	Bücher, Zeitschriften	48.600	48.600
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	58.800	58.800
4.	Sonstiges	0	0
Summe		181.500	184.100

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

	Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 400 / 512 10	50.618	41.513
3.	11 400 / 515 10	57.265	52.554
4.	11 400 / 515 30	1.534	652
Zusammen		109.416	94.719

511 20 neu	719 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren	220.367 109.423	153.800	159.000
---------------	---	---------------------------	----------------	----------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
511 20

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Postgebühren	49.000	50.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	4.600	5.100
3.	Fernmeldegebühren	100.200	103.900
4.	Sonstiges	0	0
Summe		153.800	159.000

Im Landesamt sind 10 Mobiltelefone im Einsatz.

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel/Titel	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. 11400 / 513 10	220.367	109.423
Zusammen	220.367	109.423

514 10	719 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	107.116 95.983	94.600	94.600
--------	---	-------------------	--------	--------

Kostenerstattungen für die private Nutzung von Dienst-Kfz fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	92.000	92.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	2.600	2.600
3.	Verbrauchsmittel	0	0
4.	Sonstiges	0	0
Summe		94.600	94.600

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Soll 2002	Soll 2003	Bestand am 01.01.2001	Aussonderung 2003
PKW	22	22	27	2
davon personengebunden	0	0	0	0
LKW	5	5	5	1
Anhänger	2	2	2	0
Omnibusse	0	0	0	0
Krafträder	0	0	0	0
Arbeitsmaschinen	0	0	0	0
Wasserfahrzeuge	1	1	1	0
Luftfahrzeuge	0	0	0	0
Zusammen:	30	30	35	3

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 400 **Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
514 10

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 400 / 516 10	2.301	1.558
Zusammen		2.301	1.558

517 10 719 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **419.259** **401.400** **413.100**
 376.794

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Heizung	84.300	86.900
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	53.700	54.800
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	99.900	102.200
4.	Grundbesitzabgaben	1.700	1.700
5.	Bewachungskosten	138.100	138.100
6.	Sonstiges (Betriebskostenumlage Geltow, Aufzugswartung)	23.700	29.400
Summe		401.400	413.100

Für verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 11.171 m² Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

518 10 719 **Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume** **4.090** **0** **0**
 31

Erläuterungen:

Durch die Auflösung der Außenstellen fallen keine Mietausgaben an.

518 20 719 **Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge** **43.460** **21.800** **21.800**
 3.989

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Mieten für Maschinen und Geräte	21.800	21.800
2.	Mieten für Software	0	0
3.	Mieten für Rechenzeiten	0	0
Summe		21.800	21.800

Zur Zeit existiert im Landesamt ein angemieteter Kopierer. Im Jahr 2002 werden 5 im Landeseigentum befindliche Kopierer aufgrund des erreichten Verschleißzustandes ersetzt .

518 30 719 **Leasing von Dienstkraftfahrzeugen** **0** **0**
 neu

519 10 719 **Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen** **13.294** **13.300** **13.300**
 13.519

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 400 **Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
519 10

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	13.300	13.300
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0	0
Summe		13.300	13.300

525 10 719 **Aus- (und Fort)bildung** **88.965** **77.200** **77.200**
 39.110

Erläuterungen:

Dem errechneten Ansatz liegt ein vom Landesamt erarbeitetes und bestätigtes Qualifizierungskonzept zur Verwaltungsoptimierung zugrunde.

526 10 719 **Sachverständige-, Gerichts- und ähnliche Kosten** **39.881** **51.100** **51.100**
 53.831

Erläuterungen:

Die Anwaltskosten nehmen stetig zu.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Kosten für Sachverständige	5.600	5.600
2.	Anwaltskosten	28.600	28.600
3.	Entschädigungen der Prüfungsratsmitglieder für Fahrlehrerprüfungen	10.300	10.300
4.	Entschädigungen der Prüfungsratsmitglieder für Fliegerprüfungen	6.600	6.600
Summe		51.100	51.100

527 10 719 **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** **69.536** **56.300** **56.300**
 48.025

Einnahmen fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Auflösung der Außenstellen hat auch zur Folge, dass weniger Reisekosten entstehen.

531 10 719 **Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation** **4.602** **1.600** **1.600**
 0

Erläuterungen:

Veröffentlichungen und Dokumentationen werden auf ein Mindestmaß reduziert.

534 10 719 **Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten** **2.045** **2.100** **2.100**
 1.541

Erläuterungen:

Diese Mittel werden für Treffen mit den Verwaltungsbezirken Stettin, Landsberg und Grünberg der Republik Polen benötigt. Bei den unmittelbaren Kontakten mit den polnischen Behörden sind Dolmetscher- und Übersetzertätigkeiten erforderlich.

535 10 719 **Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens** **76.694** **76.700** **76.700**
 50.162

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
535 10

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	12.800	12.800
davon fällig:		
2003 bis zu	12.800	
2004 bis zu		12.800
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		12.782			12.782
2003			12.800		12.800
2004				12.800	12.800
2005					
2006 ff.					
Summen		12.782	12.800	12.800	38.382

537 10	719 Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen	306.775	206.800	206.800
		179.703		

Erläuterungen:

	2002 EUR	2003 EUR
1. Fachinformationsbanken für die Verkehrsbehörden	90.200	90.200
1.1 Weiterführung rechnergestütztes Fachsystem Zuwendungen		
1.2 Weiterführung Auswertungssysteme Fachdatenbanken		
2. Fachinformationsbanken für die oberen Straßenbaubehörden	116.600	116.600
2.1 Aktualisierung Straßeninformationsbank		
2.2 Weiterführung Datenerstaufnahme		
2.3 Weiterführung Alleendatenbank		
Summe	206.800	206.800

541 10	719 Ausgaben für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe	2.556	1.100	1.100
		212		

Erläuterungen:

Ausstellungen fallen im Planungszeitraum nicht an, damit tritt eine Ausgabenreduzierung ein.

546 10	719 Sonstiges	4.602	4.600	4.600
		2.093		

546 20	719 Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	3.068	3.100	3.100
		4.566		

Erläuterungen:

Zahlungen aus Ansprüchen gegen das Land, die auf Rechtsstreitigkeiten (gerichtlich oder außergerichtlich) beruhen.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	
546 30	719	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	0 13.005	0	0
		Aus Titelgruppen	309.843	295.000	295.000
		Weggefallene oder umgesetzte Titel			
(512 10)	711	Bücher und Zeitschriften umgesetzt nach 11 400 / 511 10	0 0		
(513 10)	711	Post- und Fernmeldegebühren umgesetzt nach 11 400 / 511 20	0 0		
(515 10)	711	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke umgesetzt nach 11 400 / 511 10	0 0		
(515 30)	711	Geräte und Ausstattungsgegenstände für den Behördenselbstschutz umgesetzt nach 11 400 / 511 10	0 0		
(516 10)	711	Dienst- und Schutzkleidung umgesetzt nach 11 400 / 514 10	0 0		
Summe HGr. 5:			2.022.415	1.642.000	1.661.500
HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen					
811 10	719	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	114.018 51.940	0	76.700
<i>Die Erläuterungen sind gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.</i>					
Erläuterungen:					
Ersatzbeschaffungen:				2002	2003
2002 / 2003				EUR	EUR
0 / 2	PKW		0	26.100	
0 / 1	LKW		0	50.600	
Zusammen			0	76.700	
812 10	719	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	25.565 0	17.700	81.800
Erläuterungen:					
Ersatzbeschaffungen					
				2002	2003
				EUR	EUR
1	Prüf- und Meßgeräte		17.700		
2	Aufbau Brückenfahrzeug			81.800	
Summe			17.700	81.800	
		Aus Titelgruppen	88.454	77.400	78.400
Summe HGr. 8:			228.036	95.100	236.900

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 400 **Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben der Datenverarbeitung

Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

511 99	719 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	156.967 185.217	157.000	157.000
---------------	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Im Rahmen der IT-Ressortplanung stehen die Ersatzbeschaffungen von jeweils ca. 30 Personalcomputer an. Vorhandene Geräte können für das neue Betriebssystem NT WKS 4.0 nicht mehr zum Einsatz gebracht werden.

		2002 EUR	2003 EUR
1	Hardware	58.800	58.800
2	Software	56.300	56.300
3	Unterhaltung	16.300	16.300
4	Kommunikation	10.200	10.200
5	Sonstiges	15.400	15.400
Summe		157.000	157.000

525 99	719 Aus- (und Fort)bildung	19.940 11.766	20.000	20.000
---------------	-----------------------------------	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	17.500	17.500
2.	Lehr- und Lernmittel	2.500	2.500
Summe		20.000	20.000

538 99	719 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	132.936 130.983	118.000	118.000
---------------	---	---------------------------	----------------	----------------

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	15.400	15.400
davon fällig:		
2003 bis zu	15.400	
2004 bis zu		15.400
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 400 **Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
538 99

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002					
2003			15.400		15.400
2004				15.400	15.400
2005					
2006 ff.					
Summen			15.400	15.400	30.800

Erläuterungen:

Benutzungsentgelte von 40 DV - Verfahren, entsprechend den Schwerpunkten sind angeführt:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Abt.1 -u.a.Intranet, Internet	13.800	13.800
2.	Abt.2 -u.a. Verkehrsinformationssystem	16.300	16.300
3.	Abt.3 -u.a.Straßeningenieurbauten	30.500	30.500
4.	Abt.4 -u.a. Bauwerksverwaltung	17.600	17.600
5.	Abt.5-u.a.Städtebauförderung	39.800	39.800
Summe		118.000	118.000

812 99	719 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	88.454 68.802	77.400	78.400
--------	---	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Die investiven Ausgaben dienen der Beschaffung von Servern für die Datenbank Oracle- Städtebau.
Die neue Software soll schwerpunktmäßig eingesetzt werden für das Verkehrsinformations- und Kartensystem.

			2002 EUR	2003 EUR
1.	Erstbeschaffungen			
1.	1	Hardware	14.300	0
	2	Software	20.500	15.300
	3	Kommunikation	0	0
		<i>Summe zu 1.</i>	<i>34.800</i>	<i>15.300</i>
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.	1	Hardware	11.800	27.100
	2	Software	30.800	36.000
	3	Kommunikation	0	0
		<i>Summe zu 2.</i>	<i>42.600</i>	<i>63.100</i>
3.	Sonstiges			
3.	1	Sonstiges	0	0
		<i>Summe zu 3.</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Zusammen			77.400	78.400

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 400 **Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	
919 99	950	Zuführung zu der Rücklage	0 55.671	0	0
Weggefallene oder umgesetzte Titel					
(513 99)	719	Datenfernübertragung umgesetzt nach 11 400 / 511 99	0 0		
(515 99)	711	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung umgesetzt nach 11 400 / 511 99	0 0		
<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99			398.296	372.400	373.400
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen			398.296	372.400	373.400

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 400 Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.452.836	1.454.700	1.454.700
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	10.226	10.300	10.300
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme			1.463.062	1.465.000	1.465.000
Ausgaben					
		HGr. 4 Personalausgaben	13.291.288	14.427.500	13.827.500
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.022.415	1.642.000	1.661.500
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	228.036	95.100	236.900
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe			15.541.740	16.164.600	15.725.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-14.078.678	-14.699.600	-14.260.900

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 410 **Straßenbauämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	711	Gebühren, sonstige Entgelte	199.915 195.597	220.400	211.700
--------	-----	------------------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die zu erwartenden Einnahmen aus:

- Gebühren für die Sondernutzung der Straßen zu gewerblichen Zwecken nach § 8 Abs. 3 des Bundesfernstraßengesetzes sowie der Verordnung des Landes Brandenburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren der Straßenbaubehörden vom 24.02.1994.
- Gebühren für Anordnungen nach § 45 Abs. 6 der Straßenverkehrsordnung zur Arbeitsstellensicherung.
- Gebühren auf der Grundlage der Verordnung über Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen der Bauaufsicht (BauGebO) vom 24.06.1994.

Mehr durch eine erhöhte Anzahl von Gebührenfestsetzungen.

111 20	711	Einnahmen aus Vorschüssen in Rechtsangelegenheiten	10.226 431	10.200	10.200
--------	-----	---	----------------------	---------------	---------------

Siehe Vermerk bei Titel 526 10.

Erläuterungen:

Erwartet werden Rückzahlungen von Vorschüssen im Zusammenhang mit Gerichtsverfahren (Gerichtsgebühren, Anwaltskosten u. ä.), die jedoch weniger werden.

112 10 neu	711	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	172	500	500
---------------	-----	---	-----	------------	------------

119 10	711	Sonstige Einnahmen	197.359 349.106	357.000	357.000
--------	-----	---------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Siehe Vermerk bei Titel 511 10

Erläuterungen:

In Ansatz sind die Entgelte aus Ausschreibungen gebracht, die sich im betreffenden Planungszeitraum erhöhen.

124 10	711	Mieten und Pachten	48.573 51.339	36.000	36.000
--------	-----	---------------------------	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

			2002	2003
			EUR	EUR
1.	Einnahmen aus der Verwertung von Landes(eigenen)wohnungen		32.800	32.800
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen		3.200	3.200
3.	Sonstige Einnahmen		0	0
Summe			36.000	36.000

Weniger wegen der Abgabe von Flächen an das Allgemeine Grundvermögen:

- Liegenschaft Strausberg, Ernst-Thälmann Str.75 und des Abrisses einer Wohnung auf der Liegenschaft -Calau, Bahnhofstraße 15

132 10	711	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	511 2.313	6.300	6.300
--------	-----	--	---------------------	--------------	--------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 410 **Straßenbauämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
132 10

Erläuterungen:

Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen sind im Kapitel 11 020 mitveranschlagt.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	6.300	6.300
Summe		6.300	6.300

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(113 10)	711 Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher geringwertiger Gegenstände	0		
	umgesetzt nach 11 410 / 132 10	0		
Summe HGr. 1:		456.584	630.400	621.700

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	711 Sonstige Erstattungen durch den Bund	7.873.895 8.996.123	8.692.000	8.692.000
--------	--	------------------------	-----------	-----------

Die Einnahmen dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 426 10.

Erläuterungen:

Diese Erstattung basiert auf dem Runderlass des Bundesministeriums für Verkehr vom 21.07.1993 zur Durchführung der gemeinsamen Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen und zur Abrechnung des Direkt- und Gemeinschaftsaufwandes. Die Einnahmen entstehen durch die Erstattung von Personalausgaben bei Leistungen an Bundesstraßen im Rahmen der Auftragsverwaltung (Kostenerstattung des Gemeinschaftsaufwandes durch den Bund entsprechend eines Lohnstundenschlüssels). Mehr aufgrund höherer Leistungen auf Bundesstraßen.

231 20	711 Sonstige Erstattungen von Verwaltungsaufgaben durch den Bund für Auszubildende	193.268 167.535	193.300	193.300
--------	--	--------------------	---------	---------

Die Einnahmen dienen nur zur Leistung von Personalausgaben bei TG 60.

Erläuterungen:

Siehe auch Erläuterung Titelgruppe 60
 Gemäß Ziff. 4.1. des Runderlasses des Bundesministeriums für Verkehr vom 21.07.1993 zählen zum Gemeinschaftsaufwand Ausgaben der gemeinsamen Straßenunterhaltung, die nicht unmittelbar einem einzelnen Straßenbaulastträger zugeordnet werden können. Die Ausgaben werden zunächst im Landeshaushalt gebucht und nach dem jährlich festgelegten Lohnstundenschlüssel auf die Straßenbaulastträger umgelegt. Zum Gemeinschaftsaufwand zählen auch die Ausbildungsvergütungen der Auszubildenden, die Kosten für die überbetriebliche Ausbildung und die Prüfung der Auszubildenden.

Summe HGr. 2:		8.067.163	8.885.300	8.885.300
----------------------	--	------------------	------------------	------------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 410 **Straßenbauämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

359 99	950 Entnahme aus der Rücklage		0	0	0
			59.634		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0	0
-------------------------------------	----------	----------	----------

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0	0
--	----------	----------	----------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 410 **Straßenbauämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	711	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	1.507.493 1.573.073	1.900.000	1.900.000
--------	-----	---	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Dienstbezüge	1.750.000	1.750.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen	150.000	150.000
Summe		1.900.000	1.900.000

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Besoldungsrunde 2000.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2001	2002	2003
Leitender Regierungsdirektor	A16	hD	6,00	6,00	6,00
Regierungsdirektor	A15	hD	12,00	12,00	12,00
Oberregierungsrat	A14	hD	18,00	18,00	18,00
Regierungsrat	A13	hD	6,00	6,00	6,00
Regierungsoberamtsrat	A13	gD	27,00	27,00	27,00
Regierungsamtsrat	A12	gD	69,00	69,00	69,00
Regierungsamtmann	A11	gD	98,00	98,00	98,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	50,00	49,00	49,00
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	7,00	7,00	7,00
Regierungshauptsekretär	A8	mD	17,00	17,00	17,00
Zusammen:			310,00	309,00	309,00

Begründung der Änderungen im Stellenplan:

	2002	2003	
Umwandlung / Umsetzung			
Abgänge:			
Umsetzungen und sonstige Umwandlungen			
1 0 A10 gD Regierungsoberinspektor			Umsetzung nach 11 400 / 422 10
1 0 Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen			
1 0 Stellen Abgänge insgesamt			
-1 0 Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

425 10	711	Vergütungen der Angestellten	31.657.353 30.821.759	30.834.500	30.434.000
--------	-----	-------------------------------------	---------------------------------	-------------------	-------------------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Gesamtvergütung	24.334.500	24.100.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	6.500.000	6.334.000
Summe		30.834.500	30.434.000

Weniger durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifrunde 2000.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
425 10

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2001	2002	2003
la	hD	4,00	4,00	4,00
lb	hD	1,00	1,00	1,00
IIa	hD	30,00	30,00	30,00
III	gD	86,00	84,00	84,00
IVa	gD	99,00	99,00	99,00
IVb	gD	44,00	41,00	41,00
Vb	gD	32,00	31,00	31,00
Vc	mD	101,00	99,00	99,00
VIb	mD	144,00	141,00	141,00
VII	mD	48,00	47,00	47,00
VII-IXb	mD	6,00	0,00	0,00
VIII	eD	12,00	8,00	8,00
Zusammen:		607,00	585,00	585,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2002	2003			
Abgänge:				
Abgänge infolge Einsparung				
2	0	III	gD	Wegfall 2 Stellen zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
1	0	Vc	mD	Wegfall 1 Stelle zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
3	0	VIb	mD	Wegfall 3 Stellen zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
7	0	VII	mD	Wegfall 7 Stellen zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
4	0	VIII	eD	Wegfall 4 Stellen zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
17	0	Abgänge infolge PEK		
17	0	Stellen Abgänge insgesamt		
<hr/>				
-17	0	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:				
Umsetzungen und sonstige Umwandlungen				
6	0	VII	mD	Umwandlung von VII-IXb mD
6	0	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen		
6	0	Stellen Zugänge insgesamt		

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen				
3	0	IVb	gD	Umsetzung nach 11 420 / 425 10
1	0	Vb	gD	Umsetzung nach 11 420 / 425 10
1	0	Vc	mD	Umsetzung nach 11 420 / 425 10
6	0	VII-IXb	mD	Umwandlung nach VII mD
11	0	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen		
11	0	Stellen Abgänge insgesamt		
<hr/>				
-5	0	Stellen Zugänge / Abgänge (-)		

426 10	711 Löhne der Arbeiter	27.435.513 25.775.329	21.679.200	21.279.700
--------	------------------------	--------------------------	------------	------------

Siehe Vermerk bei Titel 231 10.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
426 10

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Gesamtlöhne	17.200.000	16.900.000
2.	Zulagen (Zuschläge) Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	4.479.200	4.379.700
Summe		21.679.200	21.279.700

Der Bund erstattet Personalkosten entsprechend der Abrechnung des Gemeinschaftsaufwandes; siehe Einnahmen bei Titel 231 10.

Weniger durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifrunde 2000.

Stellenübersicht:

	2001	2002	2003
PT	15,00	15,00	15,00
MTL 8	1,00	1,00	1,00
MTL 7	318,00	317,00	317,00
MTL 6	102,00	101,00	101,00
MTL 5	288,00	266,00	266,00
MTL 4	178,00	152,00	152,00
MTL 3	21,00	0,00	0,00
MTL 2a	2,00	0,00	0,00
MTL 2	3,00	1,00	1,00
Zusammen:	928,00	853,00	853,00
Auszubildende:			
Auszubildende	47,00	47,00	47,00
Zusammen:	47,00	47,00	47,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2002	2003		
Abgänge:			
Abgänge infolge Einsparung			
1	0	MTL 7	Wegfall 1 Stelle zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
1	0	MTL 6	Wegfall 1 Stelle zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
14	0	MTL 5	Wegfall 14 Stellen zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
20	0	MTL 4	Wegfall 20 Stellen zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
1	0	MTL 3	Wegfall 1 Stelle zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
2	0	MTL 2a	Wegfall von 2 Stellen zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
1	0	MTL 2	Wegfall 1 Stelle zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
40	0	Abgänge infolge PEK	
8	0	MTL 5	gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
6	0	MTL 4	gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
20	0	MTL 3	gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
1	0	MTL 2	gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
35	0	Abgänge im Haushaltsvollzug des abgelaufenen Haushaltsjahres	
75	0	Stellen Abgänge insgesamt	
-75	0	Stellen Zugänge / Abgänge (-)	

427 20	711 Vergütungen und Löhne für Aushilfen und nebenberufliche Tätigkeiten	0	0	0
		0		

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

453 10 711 Trennungsgeld, Umzugsvergütung 51.129 60.000 60.000
12.786

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Trennungsentschädigung	30.000	30.000
2.	Umszugskostenvergütung	30.000	30.000
Summe		60.000	60.000

Mehr in Anpassung an den Bedarf.

Aus Titelgruppen 602.302 580.000 580.000

Summe HGr. 4: 61.253.790 55.053.700 54.253.700

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 711 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, 670.304 626.900 627.900
Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige 532.361
Gebrauchsgegenstände

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 10 geleistet werden.

Die Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Weniger aufgrund des Wegfalls der Ausstattung von Dienstwohnungen im Planungszeitraum.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Geschäftsbedarf	263.300	263.300
2.	Bücher, Zeitschriften	102.300	103.300
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	261.300	261.300
Summe		626.900	627.900

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1. 11 410 / 512 10	106.860	0
2. 11 410 / 515 10	281.211	0
3. 11 410 / 515 30	7.669	0
4. 11 410 / 515 20	3.579	356
Zusammen	399.319	356

511 20 neu 711 Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren 485.727 434.600 434.600
397.539

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 410 **Straßenbauämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
511 20

Erläuterungen:

Die Brandenburgischen Straßenbauämter verfügen derzeit über 100 Funktelefone und 21 Autotelefone. Darüber hinaus bestehen 18 dienstliche Fernsprechanchlüsse in Wohnungen von Landesbediensteten aus Gründen des Bereitschaftsdienstes.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Postgebühren	118.900	118.900
2.	Mobilfunkanschlüsse	46.000	46.000
3.	Fernmeldegebühren	269.700	269.700
4.	Sonstiges	0	0
Summe		434.600	434.600

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1. 11 410 / 513 10	485.727	397.539
Zusammen	485.727	397.539

514 10	711 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	428.974 370.529	377.900	395.800
--------	---	--------------------	---------	---------

Kostenerstattungen für die private Nutzung von Dienst-Kfz fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Weniger wegen geringerer Ausgaben für Dienst- und Schutzkleidung.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	369.500	387.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	8.100	8.500
3.	Verbrauchsmittel	300	300
4.	Sonstiges	0	0
Summe		377.900	395.800

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Soll 2002	Soll 2003	Bestand am 01.01.2000	Aussonderung
PKW	141	141	141	40
davon personengebunden	0	0	0	0
LKW	0	0	0	0
Anhänger	0	0	0	0
Omnibusse	1	1	0	0
Krafträder	0	0	0	0
Arbeitsmaschinen/Transporter	12	12	12	0
Wasserfahrzeuge	0	0	0	0
Spezialfahrzeuge	2	2	2	0
Luftfahrzeuge	0	0	0	0
Zusammen:	156	156	155	40

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 410 **Straßenbauämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
514 10

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 410 / 516 10	9.715	8.878
Zusammen		9.715	8.878

517 10	711 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	358.467 313.354	306.800	281.300
--------	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Für

- verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 12.786 m² Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche,
- gemietete oder gepachtete bauliche Anlagen und Räume mit insgesamt 4.271 m² Netto-Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche, soweit die Bewirtschaftungskosten nicht Gegenstand des Mietvertrages und bei Titel 518 10 zu veranschlagen sind.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Heizung	57.100	52.320
2.	Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	42.040	38.540
3.	Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	143.300	131.400
4.	Grundbesitzabgaben	18.720	17.160
5.	Bewachungskosten	34.980	32.000
6.	Sonstiges	10.660	9.880
Summe		306.800	281.300

Im Jahre 2002 entfällt die jährliche Bewirtschaftung von Liegenschaften u.a.

- Dienstgebäude SBA Strausberg, Außenstelle Templin,
- SBA Cottbus.

518 10	711 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	334.385 333.412	337.500	230.100
--------	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume

Objekt	Haupt- und Nebenfläche m ²	Jahresmiete 2002 EUR	Jahresmiete 2003 EUR
1. BSBA Potsdam, Heinrich-Mann-Allee	1.926	224.620	226.510
2. BSBA Strausberg, AST Templin, Ringstr. *	1.845	109.500	0
3. Einzelobjekte unter 25.000 EUR	500	3.380	3.590
Zusammen	4.271	337.500	230.100

* Auflösung der Außenstelle Templin und Umzug des SBA Strausberg in das Behördenzentrum Eberswalde

518 20	711 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	5.113 0	7.700	7.700
--------	---	-------------------	--------------	--------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 410 **Straßenbauämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
518 20

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mieten für 1 Kopierer.

		2002	2003
		EUR	EUR
1	Mieten für Maschinen und Geräte	7.700	7.700
2	Mieten für Software	0	0
3	Mieten für Rechenzeiten	0	0
Summe		7.700	7.700

518 30	711 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	0	5.200	5.200
		0		

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

		2002	2003
		EUR	EUR
1	Leasingrate für 3 Personenkraftwagen	5.200	5.200
Summe		5.200	5.200

Vorhandene geleaste Fahrzeuge am 01.01.2001:

Personenkraftwagen: 0

Lastkraftwagen: 0

Sonstige: 0

Im Haushaltsjahr 2002 Beschaffungen: 3

Im Haushaltsjahr 2003 Beschaffungen: 0

519 10	711 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	87.942	81.700	64.000
		70.407		

Erläuterungen:

Durch die Umzüge der Straßenbauämter in die entsprechenden Behördenzentren fallen weniger Unterhaltungsausgaben an.

		2002	2003
		EUR	EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	57.600	43.900
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	24.100	20.100
Summe		81.700	64.000

525 10	711 Aus- (und Fort)bildung	138.049	127.900	127.900
		106.990		

Erläuterungen:

Durch eine zielgerichtete Aus- und Fortbildung der Beschäftigten in der Vergangenheit können die Ausgaben reduziert werden.

		2002	2003
		EUR	EUR
1	Aus- und Fortbildung	120.000	115.000
2	Lehr- und Lernmittel	7.900	12.900
Summe		127.900	127.900

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 410 **Straßenbauämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	
526 10	711	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	42.949 94.281	98.500	98.500
		<i>Einnahmen bei Titel 111 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.</i>			
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für Rechtsanwälte, Gerichtsgebühren und Gerichtsgutachten. Vordergründig handelt es sich um Entscheidungen im Rahmen der Schadensregulierung von Ansprüchen aus Straßenunfällen, für die das Land aufgrund seiner Straßenunterhaltungs- und Verkehrssicherungspflicht haften muß. Zur Zeit sind über 115 Verfahren anhängig, die sich teilweise über mehrere Haushaltsjahre erstrecken.			
527 10	711	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	119.642 69.396	87.000	87.000
		<i>Einnahmen fließen den Ausgaben zu.</i>			
		Erläuterungen: Weniger in Anpassung an den Bedarf.			
531 10	711	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	2.556 0	1.600	1.600
		Erläuterungen: Das Ausgabenvolumen beschränkt sich nur auf die dringlichsten Veröffentlichungen der Straßenbauverwaltung.			
534 10	711	Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten	2.045 822	1.100	1.100
		Erläuterungen: Aufgrund der Bautätigkeit der Straßenbauämter Cottbus, Frankfurt (Oder) und Eberswalde ergeben sich Ausgaben durch Absprachen mit polnischen Amtskollegen, die je nach Bedarf stattfinden.			
535 10	711	Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens	18.918 14.763	18.900	18.900
		Erläuterungen: In diesem Titel sind die Ausgaben für die Feststellung von Voreigentümern, Flurkarten, Integrationsregisterauszüge, Katasterauskünfte, Flurübersichtskarten, Auskünfte beim Gutachterausschuss sowie die Vermessung betrieblicher Liegenschaften veranschlagt. Diese Ausgaben stehen in Abhängigkeit zu den entsprechenden Baumaßnahmen.			
541 10	711	Ausgaben für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe	2.045 69	600	600
		Erläuterungen: Die Ausgaben hierfür sind auf den Mindestwert reduziert.			
546 10	711	Sonstiges	8.181 1.358	4.100	4.100
		Erläuterungen: Im Titel sind u.a. Ausgaben für Heiß- und Kaltgetränke für die Beschäftigten des Straßenunterhaltungsdienstes im Außeneinsatz im Rahmen der Fürsorgepflicht eingestellt, die in Abhängigkeit von der Außentemperatur zu leisten sind.			
546 20	711	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	161.057 152.748	161.100	161.100
		Erläuterungen: Veranschlagt ist der Finanzbedarf aus Haftpflichtansprüchen Dritter gegen das Land, die aus der Verletzung der Verkehrssicherungspflicht an Bundes- und Landesstraßen sowie aus Pflichtverletzungen und der Gefährdungshaftung der Bediensteten der Ämter entstehen.			

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

546 30 711 **Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen** 76.694 76.700 0
0

Erläuterungen:

Das Brandenburgische Straßenbauamt Strausberg zieht mit der Außenstelle Templin in das Behördenzentrum Eberswalde.

Aus Titelgruppen 725.523 929.500 836.400

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(512 10) 711 **Bücher und Zeitschriften** 0
umgesetzt nach 11 410 / 511 10 0

(513 10) 711 **Post- und Fernmeldegebühren** 0
umgesetzt nach 11 410 / 511 20 0

(515 10) 711 **Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für
Verwaltungszwecke** 0
umgesetzt nach 11 410 / 511 10 0

(515 20) 711 **Geräte und Ausstattungsgegenstände in Dienstwohnungen** 0
umgesetzt nach 11 410 / 511 10 0

(515 30) 711 **Geräte und Ausstattungsgegenstände für den
Behördenselbstschutz** 0
umgesetzt nach 11 410 / 511 10 0

(516 10) 711 **Dienst- und Schutzkleidung** 0
umgesetzt nach 11 410 / 514 10 0

Summe HGr. 5: 3.668.570 3.685.300 3.383.800

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 711 **Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen** 306.775 267.900 230.100
224.231

Die Erläuterung ist gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen von Kraftfahrzeugen mit einem Anschaffungspreis von 12.782 EUR

	2002 EUR	2003 EUR
19 Kraftfahrzeuge	242.858	0
18 Kraftfahrzeuge	0	230.076
1 Kleinbus	25.000	0
Summe	267.858	230.076

812 10 711 **Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und
Ausrüstungsgegenständen im Inland** 322.114 363.100 69.100
51.893

Erläuterungen:

Der hohe Ansatz für das Jahr 2002 resultiert aus dem erforderlichen Ausstattungsgrad für das Brandenburgische Straßenbauamt Strausberg einschließlich der Außenstelle Templin, welches in das Behördenzentrum Eberswalde umzieht.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
11 410 **Straßenbauämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
812 10

Ersatzbeschaffungen von 1 Farbkopierer
1 Digitalkopierer
1 Großformatkopierer
1 Hochleistungskopierer
1 Kopierer
und Drucktechnik

Aus Titelgruppen	81.807	97.200	127.900
Summe HGr. 8:	710.696	728.200	427.100

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Straßenwärterausbildung

Erläuterungen:

Da der Bund im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes auch Ausbildungsvergütungen und Kosten für die überbetriebliche Ausbildung erstattet, ist ein getrennter Nachweis erforderlich.

426 60	153	Ausbildungsvergütung	371.607 428.423	580.000	580.000
--------	-----	----------------------	--------------------	---------	---------

Siehe Vermerk bei Titel 231 20.

Erläuterungen:

Hieraus werden die Ausbildungsvergütungen und tariflichen Ansprüche (Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen) für 47 Auszubildende finanziert gemäß Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 05. März 1992 und Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 3 für Auszubildende bei Bund und Länder (Ost) vom 24. April 1994. Der Eigenanteil für die überbetriebliche Ausbildung in Höhe von 95,82 Euro/ Monat wurde bei der Ausbildungsvergütung berücksichtigt. Der Bund erstattet Ausbildungskosten entsprechend der Abrechnung des Gemeinschaftsaufwandes; siehe Erläuterung bei Titel 231 20.

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg.

429 60	153	Ausgabe für das überbetriebliche Ausbildungszentrum der Bauwirtschaft in Friesack	230.695 104.751	0	0
--------	-----	---	--------------------	---	---

Siehe Vermerk bei Titel 231 20.

Erläuterungen:

Weniger wegen Umsetzung zum Titel 525 60.

514 60 neu	153	Ausgaben für Schutzkleidung	9.612 9.403	10.000	10.000
---------------	-----	-----------------------------	----------------	--------	--------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

	Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 410 / 516 60		9.612	9.403
Zusammen			9.612	9.403

Veranschlagt sind die Ausgaben für Schutzkleidung (Westen, Stiefel, Helme) und Werkzeug, die im 1. Lehrjahr für die Auszubildenden bereitgestellt werden .

525 60	153	Ausbildungsausgaben einschließlich Reise-, Unterkunfts- und Verpflegungskosten	169.340 116.041	298.600	286.400
--------	-----	--	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

	Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 410 / 524 60		5.726	5.670
Zusammen			5.726	5.670

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 410 **Straßenbauämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
525 60

Vorjahr mitveranschlagt bei 429 60 Soll 2001: 22.744 EUR , Ist 2000: 103.185 EUR

Gemäß Manteltarifvertrag für Auszubildende werden die Reisekosten, Unterkunfts - und Verpflegungskosten und das Tagesgeld erstattet. Der Eigenanteil (6 v. H.) der Auszubildenden ist berücksichtigt. Für die Reisekosten sind 38,34 Euro /Monat/Auszubildenden in Ansatz gebracht. Die Unterkunfts- und Verpflegungskosten betragen 25,56 Euro / Monat/ Auszubildenden. Für die Anreise am Sonntag sind 17,89 Euro veranschlagt. Darüber hinaus fallen die Ausbildungskosten in Höhe von 36 Euro/Auszubildenden sowie die Ausgaben für den Erwerb des LKW-Führerschein an.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(516 60)	153	Ausgaben für Schutzkleidung	0
		umgesetzt nach 11 410 / 514 60	0
(524 60)	153	Lehr- und Lernmittel	0
		umgesetzt nach 11 410 / 525 60	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 60	781.254	888.600	876.400
-------------------------------------	----------------	----------------	----------------

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Kosten der Datenverarbeitung

Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

511 99	711	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	489.818	477.100	480.700
			571.111		

Erläuterungen:

		2002	2003
		EUR	EUR
1	Hardware	201.820	203.400
2	Software	136.930	137.960
3	Unterhaltung	75.390	75.950
4	Kommunikation	30.550	30.770
5	Sonstiges	32.410	32.620
Summe		477.100	480.700

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 410 / 513 99	46.016	5.285
2.	11 410 / 515 99	393.695	520.010
Zusammen		439.711	525.295

525 99	711	Aus- (und Fort)bildung	30.678	37.400	34.800
			16.601		

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 410 **Straßenbauämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
525 99

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	34.900	32.400
2.	Lehr- und Lernmittel	2.500	2.400
Summe		37.400	34.800

538 99 711 **Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen** **26.076** **106.400** **24.500**
 13.088

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	7.700	0
davon fällig:		
2003 bis zu	7.700	
2004 bis zu		
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002					
2003			7.700		7.700
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen			7.700		7.700

Erläuterungen:

Der Mehrbedarf im Jahre 2002 resultiert aus der Fortschreibung des Regionalen- Leistungs-Kataloges (RKL) einschließlich DV-technischer Umsetzung in das Ausschreibungs- Vergabe -Abrechnungs-Datenverarbeitungssystem (AVA).

Als laufende Dienstleistungen stehen die Pflege und Aktualisierung der DV-Verfahren - DEKRA, SMS- Reisen, Oracle- Datenbank TT-SIB-an.

812 99 711 **Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen** **81.807** **97.200** **127.900**
 56.555

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 410 **Straßenbauämter**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
812 99

Erläuterungen:

			2002	2003
			EUR	EUR
1.	Erstbeschaffungen			
1.	1	Hardware	3.070	9.715
	2	Software	6.160	2.435
	3	Kommunikation	0	0
		<i>Summe zu 1.</i>	<i>9.230</i>	<i>12.150</i>
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.	1	Hardware	59.200	71.000
	2	Software	28.770	44.750
	3	Kommunikation	0	0
		<i>Summe zu 2.</i>	<i>87.970</i>	<i>115.750</i>
3.	Sonstiges			
3.	1	Sonstiges	0	0
		<i>Summe zu 3.</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Zusammen			97.200	127.900

Die Erstbeschaffung umfasst Server und PC-Ausstattung sowie Software "LISA" für das Projekt Lichtsignalanlagen.

919 99	950 Zuführung zu der Rücklage	0	0	0
		210.633		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(513 99)	711 Datenfernübertragung	0		
	umgesetzt nach 11 410 / 511 99	0		
(515 99)	711 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung	0		
	umgesetzt nach 11 410 / 511 99	0		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99		628.378	718.100	667.900
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen		1.409.632	1.606.700	1.544.300

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 410 Straßenbauämter

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	456.584	630.400	621.700
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	8.067.163	8.885.300	8.885.300
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme			8.523.747	9.515.700	9.507.000
Ausgaben					
		HGr. 4 Personalausgaben	61.253.790	55.053.700	54.253.700
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	3.668.570	3.685.300	3.383.800
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	710.696	728.200	427.100
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe			65.633.056	59.467.200	58.064.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-57.109.309	-49.951.500	-48.557.600

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	711	Gebühren, sonstige Entgelte	153.388 117.962	155.000	155.000
--------	-----	-----------------------------	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die erwarteten Einnahmen aus:
 - Gebühren für die Sondernutzung zu gewerblichen Zwecken nach § 8 Abs. 3 des Bundesfernstraßengesetzes sowie der Verordnung des Landes Brandenburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren der Straßenbaubehörden vom 24.02.1994.
 - Gebühren für Anordnungen nach § 45 Abs. 6 der Straßenverkehrsordnung zur Arbeitsstellensicherung.
 - Gebühren auf der Grundlage der Verordnung über Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen der Bauaufsicht (Bau GebO) vom 24.06.1994.

112 10	711	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	1.534 2.762	1.500	1.500
--------	-----	--	----------------	-------	-------

Erläuterungen:

Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 23 Bundesfernstraßengesetz.

119 10	711	Sonstige Einnahmen	255.646 806.174	500.000	500.000
--------	-----	--------------------	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Einnahmen aus Ausschreibungen sowie aus Verwaltungskosten gemäß §§ 18,19 der 2. AVV für die Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen, die aus Kreuzungsvereinbarungen mit anderen Vertragspartnern resultieren. Mehr durch die erhöhte Anzahl von Ausschreibungen.

124 10	711	Mieten und Pachten	10.226 7.558	9.200	9.200
--------	-----	--------------------	-----------------	-------	-------

Erläuterungen:

			2002	2003
			EUR	EUR
1.	Einnahmen aus der Vermietung von Landes(eigenen)wohnungen		7.300	7.300
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen		1.900	1.900
3.	Sonstige Einnahmen		0	0
Summe			9.200	9.200

132 10	711	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1.023 152	1.000	1.000
--------	-----	---	--------------	-------	-------

Erläuterungen:

			2002	2003
			EUR	EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen		0	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen		1.000	1.000
Summe			1.000	1.000

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

	Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 420 / 113 10	1.023	152
Zusammen		1.023	152

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(113 10)	711	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher geringwertiger Gegenstände	0		
		umgesetzt nach 11 420 / 132 10	0		

Summe HGr. 1:			421.816	666.700	666.700
---------------	--	--	----------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	711	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch den Bund	0	0	0
			0		

231 20	711	Sonstige Erstattungen durch den Bund für die Auszubildenden	162.131	160.600	163.600
			177.539		

Die Einnahmen dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 426 20.

Erläuterungen:

Gemäß 2. AVVFstr- Anlage 9 i.V.m. den Anweisungen des Bundesministeriums für Verkehr über die Buchung der Ausgaben für die Bundesfernstraßen vom 01.01.1976 sind Personalausgaben, d.h. Leistungen zur Abgeltung von Personalkosten (Löhne und personalbezogene Sachkosten), für das im Unterhaltungsdienst beschäftigte Personal der Auftragsverwaltung im Direktaufwand abzurechnen.

231 40	711	Sonstige Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch den Bund	13.293.589	13.373.400	13.641.300
			12.862.191		

1. (§ 17 Abs. 3 LHO).
2. Die Einnahmen dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 426 11.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Leistungen für auf Bundesautobahnen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal der Auftragsverwaltung.

232 10	711	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch das Land Berlin	179.975	203.000	207.100
			192.649		

Die Einnahmen dienen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 425 10.

Erläuterungen:

Einnahmen aus Leistungen für die in der Verkehrsrechnerzentrale eingestellten Dienstkräfte, die durch das Land Berlin gemäß der Verwaltungsvereinbarung anteilmäßig finanziert werden. Die Personalausgaben werden zu gleichen Teilen von den Ländern Berlin und Brandenburg getragen.

Summe HGr. 2:			13.635.694	13.737.000	14.012.000
---------------	--	--	-------------------	-------------------	-------------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 420 **Autobahnamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Titelgruppen

Einnahmen

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben der Datenverarbeitung

Siehe Vermerk bei Titelgruppe 99.

359 99	950	Entnahme aus der Rücklage	0	0	0
			0		

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 99	0	0	0
-------------------------------------	---	---	---

<u>Nachrichtlich:</u> Summe Einnahmen der Titelgruppen	0	0	0
--	---	---	---

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 420 **Autobahnamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 4: Personalausgaben

422 10	711	Bezüge und Nebenleistungen der Beamten und Richter	452.238 381.845	600.000	600.000
--------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

			2002	2003
			EUR	EUR
1.	Dienstbezüge		550.000	550.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen		50.000	50.000
Summe			600.000	600.000

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Besoldungsrunde 2000.

Stellenplan:

Amtsbezeichnung	Bes.-Gr.	Lfb.	2001	2002	2003
Leitender Regierungsdirektor	1) A16	hD	1,00	1,00	1,00
Regierungsdirektor	A15	hD	4,00	4,00	4,00
Oberregierungsrat	A14	hD	4,00	4,00	4,00
Regierungsoberamtsrat	A13	gD	14,00	14,00	14,00
Regierungsamtsrat	A12	gD	31,00	31,00	31,00
Regierungsamtmann	A11	gD	49,00	49,00	49,00
Regierungsoberinspektor	A10	gD	27,00	27,00	27,00
Regierungsamtsinspektor	A9	mD	9,00	9,00	9,00
Regierungshauptsekretär	A8	mD	24,00	24,00	24,00
Zusammen:			163,00	163,00	163,00

sonstige Stellenplanvermerke:

1) 1 Stelle mit Zulage gem. Ziffer 21 der Vorbemerkung zur BBesO A und B

425 10	711	Vergütungen der Angestellten	12.239.867 12.323.273	12.650.000	12.650.000
--------	-----	-------------------------------------	---------------------------------	-------------------	-------------------

Siehe Vermerk bei Titel 232 10.

Erläuterungen:

			2002	2003
			EUR	EUR
1.	Gesamtvergütung		10.000.000	10.000.000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen		2.650.000	2.650.000
Summe			12.650.000	12.650.000

Mehr durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifrunde 2000.

Nachrichtlich: Für den Betrieb der Verkehrsleitzentrale werden 5 weitere Angestellte beschäftigt, deren Finanzierung das Land Berlin entsprechend einer Verwaltungsvereinbarung in der Weise trägt, dass die Personalkosten von insgesamt 10 beschäftigten Angestellten zu gleichen Teilen von beiden Ländern getragen werden, siehe Einnahmen bei Titel 232 10.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 420 **Autobahnamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
425 10

Stellenübersicht:

Verg.-Gr.	Lfb.	2001	2002	2003
I	hD	1,00	1,00	1,00
Ia	hD	8,00	8,00	8,00
Ib	hD	4,00	4,00	4,00
Ila	hD	14,00	14,00	14,00
III	gD	20,00	20,00	20,00
IVa	gD	27,00	27,00	27,00
IVb	gD	9,00	12,00	12,00
Vb	gD	7,00	8,00	8,00
Vc	mD	17,00	18,00	18,00
VIb	mD	26,00	25,00	25,00
VII	mD	11,00	17,00	17,00
VII-IXb	mD	9,00	0,00	0,00
VIII	eD	2,00	0,00	0,00
IXb	eD	1,00	0,00	0,00
Zusammen:		156,00	154,00	154,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

2002 2003

Abgänge:

Abgänge infolge Einsparung

1	0	VIb	mD	Wegfall 1 Stelle zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
3	0	VII	mD	Wegfall 3 Stellen zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
2	0	VIII	eD	Wegfall 2 Stelle zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
1	0	IXb	eD	Wegfall 1 Stelle zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001

7 0 Abgänge infolge PEK

7 0 **Stellen Abgänge insgesamt**

-7 0 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

Umwandlung / Umsetzung

Zugänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

3	0	IVb	gD	Umsetzung von 11 410 / 425 10
1	0	Vb	gD	Umsetzung von 11 410 / 425 10
1	0	Vc	mD	Umsetzung von 11 410 / 425 10
9	0	VII	mD	Umwandlung von VII-IXb mD
14	0	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen		
14	0	Stellen Zugänge insgesamt		

Abgänge:

Umsetzungen und sonstige Umwandlungen

9	0	VII-IXb	mD	Umwandlung nach VII mD
9	0	Sonstige Umwandlungen / Umsetzungen		
9	0	Stellen Abgänge insgesamt		

5 0 Stellen Zugänge / Abgänge (-)

426 10	711 Löhne der Arbeiter	1.004.944	914.000	914.000
		1.199.724		

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
426 10

Erläuterungen:

		2002	2003
		EUR	EUR
1.	Gesamtlöhne	723.000	723.000
2.	Zulagen (Zuschläge), Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	191.000	191.000
Summe		914.000	914.000

Weniger durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifrunde 2000.

Stellenübersicht:

	2001	2002	2003
PT	3,00	3,00	3,00
MTL 8	14,00	14,00	14,00
MTL 7	20,00	16,00	16,00
MTL 6	2,00	1,00	1,00
Zusammen:	39,00	34,00	34,00

Auszubildende:

Auszubildende	20,00	20,00	20,00
Zusammen:	20,00	20,00	20,00

Begründung der Änderungen in der Stellenübersicht:

	2002	2003	
Abgänge:			
Abgänge infolge Einsparung			
4 0 MTL 7			Wegfall 4 Stellen zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
1 0 MTL 6			Wegfall 1 Stelle zum 31.12.2001 gem. § 11 Abs. 2 HG 2000/2001
5 0 Abgänge infolge PEK			
5 0 Stellen Abgänge insgesamt			
-5 0 Stellen Zugänge / Abgänge (-)			

426 11	721	Löhne der Arbeiter und -arbeiterinnen im Rahmen der Auftragsverwaltung	13.293.589	12.800.000	12.800.000
			12.357.871		

Siehe Vermerk bei Titel 231 40.

Erläuterungen:

Leistungen für auf Bundesautobahnen eingesetztes Straßenunterhaltungspersonal (445 Arbeiter), die der Bund in voller Höhe erstattet (siehe Titel 231 40).

		2002	2003
		EUR	EUR
1	Gesamtlöhne	10.100.000	10.100.000
2	Zulagen (Zuschläge), Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	2.700.000	2.700.000
Summe		12.800.000	12.800.000

Weniger durch die Umsetzung der Personalbedarfsplanung des Landes Brandenburg unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifrunde 2000.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 420 **Autobahnamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

426 20 711 **Ausbildungsvergütung** 172.305 250.000 250.000
 154.490

Siehe Vermerk bei Titel 231 20.

Erläuterungen:

Hieraus werden die Ausbildungsvergütungen und tariflichen Ansprüche (Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen) für 20 Auszubildende finanziert gemäß Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 05. März 1992 und Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 3 für Auszubildende bei Bund und Ländern (Ost) vom 24. April 1994. Mehr durch Erhöhung der Ausbildungsvergütung. Der Bund erstattet Personalkosten entsprechend der Abrechnung des Gemeinschaftsaufwandes, siehe Einnahme bei Titel 231 20.

453 10 711 **Trennungsgeld, Umzugsvergütung** 4.295 10.000 10.000
 0

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Trennungsentschädigung	5.000	5.000
2.	Umkzugskostenvergütung	5.000	5.000
Summe		10.000	10.000

Summe HGr. 4: 27.167.238 27.224.000 27.224.000

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10 711 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** 200.426 184.100 184.100
 207.385

Die Einnahmen aus Entgelten für die Nutzung von Kopier- und Druckgeräten fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Weniger wegen einer geringeren Beschaffung von Ausstattungsgegenständen.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Geschäftsbedarf	76.700	76.700
2.	Bücher, Zeitschriften	40.900	40.900
3.	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	66.500	66.500
4.	Sonstiges	0	0
Summe		184.100	184.100

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1. 11 420 / 512 10	41.926	41.403
3. 11 420 / 515 10	66.468	99.497
Zusammen	108.394	140.900

511 20 neu 711 **Brief- und Paketgebühren, sonstige Fernmeldegebühren** 204.517 161.300 161.300
 141.198

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
511 20

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Postgebühren	20.000	20.000
2.	Mobilfunkanschlüsse	45.000	45.000
3.	Fernmeldegebühren	96.300	96.300
4.	Sonstiges		
Summe		161.300	161.300

Das Brandenburgische Autobahnamt verfügt über 57 Funktelefone und 2 Autotelefone, deren Nutzung sich auf die Aufgabenbereiche während des operativen und Bereitschaftsdienstes erstreckt: Brückenprüfung, Bauvorbereitung, Bauüberwachung und Vermessung .

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel/Titel	Soll 2001 EUR	Ist 2000 EUR
1. 11 420 / 513 10	204.517	141.198
Zusammen	204.517	141.198

514 10	711 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	257.180 288.462	292.500	292.500
--------	---	--------------------	---------	---------

Kostenerstattungen für die private Nutzung von Dienst-Kfz fließen den Ausgaben zu.

Erläuterungen:

Die Ausgaben erhöhen sich aufgrund steigender Reparatur- und Wartungskosten des Fahrzeugbestandes.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	284.800	284.800
2.	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	7.700	7.700
3.	Verbrauchsmittel	0	0
4.	Sonstiges	0	0
Summe		292.500	292.500

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1. 11 420 / 516 10	7.669	8.815
Zusammen	7.669	8.815

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 420 **Autobahnamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
514 10

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Soll 2002	Soll 2003	Bestand am 01.01.2000	Aussonderung 2002/03
PKW	43	43	43	12/ 10
davon personengebunden	0	0	0	0
PKW-Kombi	24	24	24	1/ 0
LKW	13	13	13	1/ 0
Anhänger(einschl. Warnleithänger)	23	23	23	3/ 3
Omnibusse	1	1	1	1/ 0
Krafträder	0	0	0	0
Arbeitsmaschinen	1	1	1	1
Multicar M 25	1	1	1	1/ 0
Wasserfahrzeuge	0	0	0	0
Luftfahrzeuge	0	0	0	0
Zusammen:	106	106	106	18/13

517 10 711 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **409.034** **409.100** **409.100**
 386.445

Erläuterungen:

	2002 EUR	2003 EUR
1. Heizung	43.500	43.500
2. Strom (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	61.400	61.400
3. Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung	103.300	103.300
4. Grundbesitzabgaben	5.600	5.600
5. Bewachungskosten	131.900	131.900
6. Sonstiges	63.400	63.400
Summe	409.100	409.100

Für

- verwaltungseigene Gebäude und bauliche Anlagen mit insgesamt 7.793 qm Netto Grundrissfläche ohne Boden- und Kellerraumfläche.

518 10 711 **Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume** **61.355** **61.400** **61.400**
 51.680

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 420 **Autobahnamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
518 10

Erläuterungen:

Für die Nutzung der Bundesliegenschaften muss das Land im Rahmen der Auftragsverwaltung eine anteilige Miete an den Bund zahlen. Unter Beachtung der Mietpreise in den alten Bundesländern wurden 2,85 EUR zugrunde gelegt.

	Nutzung	Dienststelle	Nutz- und Nebenraumfläche
1	Verkehrszentralen	16540 Hohen Neuendorf	139 qm
2	Autobahnmeisterei	16321 Bernau	69 qm
3	Autobahnmeisterei	14823 Niemegk	56 qm
4	Autobahnmeisterei	16547 Birkenwerder	84 qm
5	Autobahnmeisterei	15537 Erkner	79 qm
6	Autobahnmeisterei	15834 Rangsdorf	68 qm
7	Autobahnmeisterei Freienhufen	01994 Drochow	52 qm
8	Autobahnmeisterei Werder	14542 Plötzin	86 qm
9	Autobahnmeisterei	15910 Freienwalde	81 qm
10	BABA Brückeninspektion	16244 Finowfurt	902 qm
11	Autobahnmeisterei	15517 Fürstenwalde	65 qm
12	BABA Fernmeldemeisterei	15834 Rangsdorf	45 qm
13	Autobahnmeisterei	03058 Gallinchen	67 qm
14	BABA Gerätehof	15834 Rangsdorf	368 qm
15	Autobahnmeisterei Gramzow	17291 Hohengüstrow	67 qm
16	BABA Dienststätte (D6)	15834 Rangsdorf	347 qm
17	Autobahnmeisterei	16909 Wittstock	84 qm
			2.659 qm

Die jährlichen Mietkosten betragen für die HNF 57.600 EUR. Die Differenz der Jahresmiete zum Haushaltsansatz resultiert aus der Anpassung der Quadratmeterpreise - und flächen jeweils nach Abschluss von Um- und Neubaumaßnahmen der Autobahnmeistereien.

518 20	711 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	16.361	0	0
		0		
518 30	711 Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	0	5.200	5.200
		0		

Die Erläuterungen sind nach § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

Erläuterungen:

Die Leasingraten sind für 1 PKW in Ansatz gebracht. Im Jahr 2002 wird erstmalig 1 PKW mittels dieser Finanzierungsform beschafft.

Vorhandene geleaste Fahrzeuge am 01.01.2001:

Personenkraftwagen: 0

Lastkraftwagen: 0

Sonstige: 0

Im Haushaltsjahr 2002 Beschaffungen: 1

Im Haushaltsjahr 2003 Beschaffungen: 0

519 10	711 Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	40.903	40.900	40.900
		38.343		

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Unterhaltung der landeseigenen Grundstücke	40.900	40.900
2.	Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke	0	0
Summe		40.900	40.900

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	
525 10	711	Aus- (und Fort)bildung	40.903 32.123	40.700	40.700
Erläuterungen:					
				2002	2003
				EUR	EUR
1. Erstattung der Reisekosten zur Aus- und Fortbildung der Bediensteten				10.100	10.100
2. Ausgaben im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen, Fachtagungen u.ä. Veranstaltungen für Bedienstete, wie z.B. Lehrgangsgebühren				30.600	30.600
Summe				40.700	40.700
526 10	711	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	23.008 30.134	23.000	23.000
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Ausgaben für Gerichtsverfahren, sowie Auslagen in Rechtssachen.					
527 10	711	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	102.258 92.626	102.300	102.300
<i>Einnahmen fließen den Ausgaben zu.</i>					
Erläuterungen:					
				2002	2003
				EUR	EUR
Reisekostenvergütungen				20.500	20.500
Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigungen für privateigene und privateigene anerkannte PKW				81.800	81.800
Summe				102.300	102.300
531 20	711	Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen	10.226 10.226	10.300	10.300
Erläuterungen:					
In Ansatz gebracht sind die Ausgaben für Veröffentlichungen und Dokumentationen speziell für den Bundesautobahnbereich.					
534 10	711	Aufwendungen für die Pflege auswärtiger Angelegenheiten	3.579 908	3.600	3.600
Erläuterungen:					
Die Ausgaben sind veranschlagt für die Pflege von Beziehungen zum Ausland, insbesondere zu polnischen Behörden und zur Betreuung ausländischer Delegationen.					
546 10	711	Sonstiges	5.113 5.113	5.100	5.100
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind u. a. Ausgaben für Heiß- und Kaltgetränke für die Beschäftigten im Außendienst im Rahmen der Fürsorgepflicht.					
546 20	711	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	40.903 30.630	31.000	31.000
Erläuterungen:					
Veranschlagt sind Ausgaben für Entschädigungsleistungen in Schadensfällen, die durch Nichteinhaltung der Verkehrssicherungspflicht entstehen.					

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Aus Titelgruppen **492.374** **365.800** **368.300**

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(512 10)	711	Bücher und Zeitschriften	0		
		umgesetzt nach 11 420 / 511 10	0		
(513 10)	711	Post- und Fernmeldegebühren	0		
		umgesetzt nach 11 420 / 511 20	0		
(515 10)	711	Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke	0		
		umgesetzt nach 11 420 / 511 10	0		
(516 10)	711	Dienst- und Schutzkleidung	0		
		umgesetzt nach 11 420 / 514 10	0		

Summe HGr. 5: **1.908.141** **1.736.300** **1.738.800**

HGr. 7: Baumaßnahmen

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(711 10)	711	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0		
			0		
(712 11)	721	Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht bei Baumaßnahmen für Autobahnen	0		
			0		
(712 12)	721	Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung, Bauaufsicht und Verwaltungskosten an Bundesfernstraßen -Projekte durch die DEGES Deutsche Einheit	0		
			0		
(712 13)	711	Planungsmittel Flughafenausbau Schönefeld	0		
			0		

Summe HGr. 7: **0** **0** **0**

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10	711	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	595.144	273.100	186.700
			344.313		

Die Erläuterung ist gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 LHO verbindlich.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
811 10

Erläuterungen:

Ersatzbeschaffungen

Anzahl		2002 EUR	2003 EUR
0 / 2	PKW- Anhänger	4.100	5.200
0 / 1	Laborfahrzeug	0	38.400
1 / 0	Multicar M 25	46.000	0
1 / 0	Kleinbus	35.800	0
1 / 1	Vorwarnanhänger		15.200
2 / 0	Warnleitanhänger	30.700	0
12 / 10	PKW-Sonderausstattungen	156.500	127.900
Summe		273.100	186.700

812 10	711 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	25.565 24.418	25.600	20.500
--------	---	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

			2002 EUR	2003 EUR
1	Erstbeschaffungen			
1.1	1	Farbplotter	0	20.500
		<i>Summe zu 1</i>	0	20.500
Zusammen			0	20.500

			2002 EUR	2003 EUR
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.1	1	Farbkopierer	25.600	0
		<i>Summe zu 2.</i>	25.600	0
Zusammen			25.600	0

Aus Titelgruppen	204.517	349.100	266.800
Summe HGr. 8:	825.225	647.800	474.000

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 420 **Autobahnamt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 99 - Einnahmen aus der IT-Rücklage / Ausgaben der Datenverarbeitung

Einnahmen bei Titel 359 99 dienen zur Deckung von Mehrausgaben.

511 99	711	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie Entgelte für Kommunikation	484.705	346.200	348.700
			458.179		

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002					
2003					
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen					

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1	Hardware	81.800	84.300
2	Software	125.300	125.300
3	Unterhaltung	92.000	92.000
4	Kommunikation	40.900	40.900
5	Sonstiges	6.200	6.200
Summe		346.200	348.700

Der Ansatz wird u.a. durch die Beschaffung von Ersatzteilen für Drucker und Zubehör begründet. Gleichfalls sollen Update von Office- und Windowslizenzen, Datenbank-Lizenzen für neue PCs und Datenbank- Lizenz Oracle u.a. für Straßeninformationsbanken erworben werden. Aufgrund der bestehenden Ausstattung sind die Ausgaben rückläufig.

525 99	711	Aus- (und Fort)bildung	7.669	19.600	19.600
			6.809		

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Aus- und Fortbildung	19.600	19.600
2.	Lehr- und Lernmittel	0	0
Summe		19.600	19.600

Die Mittel werden eingesetzt für spezielle Schulungen zur Datenbank "Oracle" und für Schulungen der Nutzer neuer Standardsoftware (Microsoft 2000 -Updates).

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

812 99	711	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	204.517 212.585	349.100	266.800
--------	-----	--	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

			2002	2003
			EUR	EUR
1.	Erstbeschaffungen			
1.	1	Hardware	75.700	126.800
	2	Software	72.300	31.200
	3	Kommunikation	51.100	38.800
		<i>Summe zu 1.</i>	<i>199.100</i>	<i>196.800</i>
2.	Ersatzbeschaffungen			
2.	1	Hardware	70.000	70.000
	2	Software	80.000	0
	3	Kommunikation	0	0
		<i>Summe zu 2.</i>	<i>150.000</i>	<i>70.000</i>
3.	Sonstiges			
3.	1	Sonstiges	0	0
		<i>Summe zu 3.</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Zusammen			349.100	266.800

Der Bedarf wird u.a. für die notwendige Erneuerung von aktiven Netzkomponenten benötigt, da auf die bisherige Dienstleistung der Pflege der vorhandenen Netzkomponenten nicht mehr zurückgegriffen werden kann.

919 99	950	Zuführung zu der Rücklage	0 19.319	0	0
--------	-----	---------------------------	-------------	---	---

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(513 99)	711	Datenfernübertragung	0		
		umgesetzt nach 11 420 / 511 99	0		
(515 99)	711	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Software, Wartung	0		
		umgesetzt nach 11 420 / 511 99	0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 99 **696.891** **714.900** **635.100**

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen **696.891** **714.900** **635.100**

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 420 Autobahnamt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	421.816	666.700	666.700
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	13.635.694	13.737.000	14.012.000
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0	0
Gesamteinnahme			14.057.510	14.403.700	14.678.700
Ausgaben					
		HGr. 4 Personalausgaben	27.167.238	27.224.000	27.224.000
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.908.141	1.736.300	1.738.800
		HGr. 7 Baumaßnahmen	0	0	0
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	825.225	647.800	474.000
		HGr. 9 Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Gesamtausgabe			29.900.605	29.608.100	29.436.800
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-15.843.095	-15.204.400	-14.758.100

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

119 10	729	Sonstige Einnahmen	1.533.876 1.362.363	1.278.300	1.278.300
--------	-----	---------------------------	-------------------------------	------------------	------------------

119 21	725	Einnahmen aus Zinszahlungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)	0 0	0	0
--------	-----	--	---------------	----------	----------

Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben bei Titel 546 20 verwendet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Einnahmen durch Zinsforderungen gemäß Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) aus Zuwendungen aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Die Einnahmen wurden bisher beim Titel 119 10 mit in die Berechnung gebracht.

119 40	723	Sonstige Einnahmen	0 0	0	0
--------	-----	---------------------------	---------------	----------	----------

124 10	723	Mieten und Pachten	12.782 22.888	20.500	20.500
--------	-----	---------------------------	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Einnahmen aus Dienstwohnungen	0	0
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	20.500	20.500
3.	Sonstige Einnahmen	0	0
	Summe	20.500	20.500

Mehr aus der Sondernutzung an Straßen- und Straßenneben-Anlagen im Sinne von Grundstücksflächen.

132 10	729	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1.023 19.947	36.300	31.500
--------	-----	--	------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Mehr wegen der höheren Anzahl von Veräußerungen.

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen	0	0
2.	Erlöse aus dem Verkauf von sonstigen beweglichen Sachen	36.300	31.500
	Summe	36.300	31.500

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel	Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1. 11 460 / 113 10	1.023	19.947
Zusammen	1.023	19.947

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

162 10	723	Rückflüsse und Zinsen aus der Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen	0 0	0	0
--------	-----	--	--------	---	---

Erläuterungen:

Zinseinnahmen aus den bei Titel 716 60 veranschlagten Vorfinanzierungsbeträgen. Siehe Erläuterung bei Titel 716 60.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(111 10)	723	Gebühren, sonstige Entgelte	0 0		
(113 10)	722	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher geringwertiger Gegenstände umgesetzt nach 11 460 / 132 10	0 0		

Summe HGr. 1:			1.547.681	1.335.100	1.330.300
----------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10	722	Erstattung von Verwaltungsausgaben vom Bund für Bundesstraßen	2.965.493 3.898.690	3.834.700	4.090.400
--------	-----	--	------------------------	-----------	-----------

Siehe Vermerk bei Titel 713 70

Erläuterungen:

Nach § 6 Abs. 3 des Gesetzes über die vermögensrechtlichen Verhältnisse der Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs (BstrVermG) i.d.F. des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1246) trägt der Bund Zweckausgaben aus der Wahrnehmung der Straßenbaulast und Zweckausgaben im Zusammenhang mit der Erhaltung und Bewirtschaftung des bundeseigenen Vermögens.

Dagegen haben die Länder nach Artikel 104 a Abs. 5 GG die bei den Behörden mit den in Zusammenhang stehenden Verwaltungs- und Planungsausgaben durch Baumaßnahmen an Bundesfernstraßen zu übernehmen, die vom Bund durch die Zahlung einer Pauschale von 2 v.H. der Baukosten für die Kosten der Entwurfsbearbeitung und 1 v.H. der Baukosten für die Kosten der Bauaufsicht abgegolten werden.

Die Einnahmen vom Bund sind hierfür veranschlagt, die aufgrund höherer Planungsausgaben steigen.

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soil2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 460 / 241 10	0	0
Zusammen		0	0

231 11	721	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund für Bundesautobahnen	5.112.919 6.663.844	6.647.000	6.647.000
--------	-----	---	------------------------	-----------	-----------

Siehe Verstärkungsvermerk bei TG 70

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 231 10

231 30	722	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch den Bund im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes	3.936.947 4.151.273	3.681.300	3.655.800
--------	-----	---	------------------------	-----------	-----------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 521 10.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
231 30

Erläuterungen:

Vorgesehen für die durch den Bund zu erstattenden Aufwendungen im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes. Dies betrifft bei Kapitel 11 460 die Titel der Hauptgruppe 5 sowie 811 10 und 812 10. Der Bundesanteil wird nach dem jährlich neu festzusetzenden Lohnstundenschlüssel zwischen Bund und Land berechnet und erst danach erstattet.

233 10 neu	724	Erstattungen von Kommunen für Investitionen im Straßen- und Brückenbau	587.986 1.699.594	1.687.300	1.687.300
---------------	-----	---	-----------------------------	------------------	------------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titelgruppe 60

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 460 / 243 10	587.986	1.699.594
Zusammen		587.986	1.699.594

Die Kommunen erstatten dem Land im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen die anteiligen Kosten für Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau, die das Land vorfinanziert.
Mehr aufgrund der zu erwartenden höheren Anzahl von Verwaltungsvereinbarungen.

233 20 neu	724	Erstattungen von Kommunen für erbrachte Winterdienstleistungen	102.258 428.604	409.100	409.100
---------------	-----	---	---------------------------	----------------	----------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 521 16.

Erläuterungen:

Auf der Grundlage von Vereinbarungen werden durch die Straßenbauverwaltung Winterdienstleistungen an Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundes- und Landesstraßen erbracht. Die Kostenerstattung durch die Kommunen erfolgt in der Regel nach der Winterdienstperiode, daher nach Abschluss der Bücher des Haushaltsjahres, in dem die Ausgaben geleistet wurden.
Mehr aufgrund der zu erwartenden höheren Anzahl von Vereinbarungen für Winterdienstleistungen.

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 460 / 243 20	102.258	428.604
Zusammen		102.258	428.604

233 30 neu	724	Erstattungen von Kommunen für erbrachte Unterhaltungsleistungen an Kreisstraßen	0 0	3.100	3.100
---------------	-----	--	---------------	--------------	--------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 521 10.

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 460 / 243 30	0	0
Zusammen		0	0

Erwartet werden Kostenerstattungen für die vom Land geleisteten Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten, die Grundlage der mit den Landkreisen abgeschlossenen Vereinbarungen sind.

281 10	723	Erstattungen von Dritten für Investitionen im Straßen- und Brückenbau	0 0	600	600
--------	-----	--	---------------	------------	------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei TGr. 60.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
281 10

Erläuterungen:

Medienträger, Abwasserverbände erstatten dem Land im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen die anteiligen Kosten für Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau, die das Land vorfinanziert.

281 30	729	Erstattungen von Dritten für Unterhaltungsarbeiten	0 6.267	500	500
--------	-----	---	------------	-----	-----

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 521 10

Erläuterungen:

Erwartet werden Erstattungen von Dritten für durch das Land erbrachte Unterhaltungsleistungen an Straßen, Brücken, Wegen und anderen Ingenieurbauwerken sowie Ablösebeträge.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(241 10)	722	Sonstige Erstattungen vom Bund	0		
		umgesetzt nach 11 460 / 231 10	0		
(243 10)	724	Erstattungen von Kommunen für Investitionen im Straßen- und Brückenbau	0		
		umgesetzt nach 11 460 / 233 10	0		
(243 20)	724	Erstattungen von Kommunen für erbrachte Winterdienstleistungen	0		
		umgesetzt nach 11 460 / 233 20	0		
(243 30)	724	Erstattungen von Kommunen für erbrachte Unterhaltungsleistungen an Kreisstraßen	0		
		umgesetzt nach 11 460 / 233 30	0		

Summe HGr. 2:			12.705.603	16.263.600	16.493.800
---------------	--	--	------------	------------	------------

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	725	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für Straßen- und Brückenbau gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	31.659.193 33.885.919	32.959.900	32.959.900
--------	-----	---	--------------------------	------------	------------

Siehe Vermerk bei Titel 883 10

Erläuterungen:

Der Bund gewährt den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden, Städten und Kreisen gemäß § 1 des GVFG in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.01.1988 (BGBl. I Seite 100), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09.09.1998 (BGBl. I, Seite 2858). Diese Fördermittel nach dem GVFG werden zur Förderung des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV umgesetzt.
Die Zuweisungen des Bundes erhöhen sich .

331 20	725	Zuweisungen für Investitionen vom Bund für die Grunderneuerung von Straßenbrücken in der Baulast der Kommunen über Schienenwege der ehemaligen Deutschen Reichsbahn	3.819.350 3.819.350	3.819.400	3.819.400
--------	-----	--	------------------------	-----------	-----------

Siehe Vermerk bei Titel 883 20

Erläuterungen:

Neben Zuweisungen aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gewährt der Bund Finanzierungshilfen für die Grunderneuerung von Straßenbrücken in der Baulast der Kommunen über Schienenwege der ehemaligen Deutschen Reichsbahn.

Summe HGr. 3:			35.478.544	36.779.300	36.779.300
---------------	--	--	------------	------------	------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

521 10	723	Unterhaltung von Straßen und Brücken	23.020.917	23.008.200	23.008.200
			30.092.388		

Einnahmen bei den Titeln 231 30, 233 30 und 281 30 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	3.574.000	3.062.700
davon fällig:		
2003 bis zu	3.563.700	
2004 bis zu	10.300	3.052.400
2005 bis zu		10.300
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	629.200	6.800.182			7.429.382
2003	552.900	460.163	3.563.700		4.576.763
2004		444.800	10.300	3.052.400	3.507.500
2005				10.300	10.300
2006 ff.		24			24
Summen	1.182.100	7.705.169	3.574.000	3.062.700	15.523.969

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Unterhaltung an Landesstraßen u.a.

- für die Auftragsvergabe an Unternehmen zur Unterhaltung und Instandsetzung der Fahrbahnanlagen, Randstreifen; Nebenfahrbahnen, Brücken und Durchlässen,
- für Oberflächenbehandlung, Fahrbahnmarkierung, Lichtraumprofilschnitt, Gräben, Grasmahd, Bankette,
- für Grundmaterial (Splitt, Kalt- und Heißmischgut, Sand, Zement und Kalk),
- für die Unterhaltung und Instandsetzung von Straßenzubehör, Verkehrszeichen und Verkehrszeichenträger.

521 11	723	Fahrzeuge, Geräte und Maschinen	3.129.106	3.272.300	3.272.300
			3.239.341		

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	265.900	163.700
davon fällig:		
2003 bis zu	265.900	
2004 bis zu		163.700
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
521 11

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		102.258			102.258
2003			265.900		265.900
2004				163.700	163.700
2005					
2006 ff.					
Summen		102.258	265.900	163.700	531.858

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben u.a. für Betrieb, Wartung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Spezialfahrzeugen, Geräten und Maschinen, die für den Betriebs- und Unterhaltungsdienst an Bundes- und Landesstraßen eingesetzt werden. Dieser Aufwand erhöht sich aufgrund des vorhandenen Fahrzeug- und Gerätebestandes.

Bedarf an Dienstfahrzeugen	Soll 2002	Soll 2003	Bestand am 01.01.2000	Aussonderung
PKW	2	2	3	1
davon personengebunden	0	0	0	0
LKW	305	305	316	29
Anhänger	145	145	145	8
Omnibusse	0	0	0	0
Krafträder	0	0	0	0
Arbeitsmaschinen	106	106	112	12
Kleintransporter	47	47	55	8
Wasserfahrzeuge	0	0	0	0
Luftfahrzeuge	0	0	0	0
Zusammen:	605	605	631	58

521 12 723 **Gebäude, Grundstücke und Räume** **1.112.060** **1.073.800** **1.073.800**
 1.018.553

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	40.900	15.400
davon fällig:		
2003 bis zu	40.900	
2004 bis zu		15.400
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
521 12

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		56.242			56.242
2003			40.900		40.900
2004				15.400	15.400
2005					
2006 ff.					
Summen		56.242	40.900	15.400	112.542

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für die Bewirtschaftung , Wartung und Reparatur ortsfester Betriebsanlagen und -einrichtungen, für die Unterhaltung und Instandsetzung der Betriebsgebäude und- räume sowie für den Ersatz und die Ergänzung des Zubehörs der Grundstücke und bauliche Anlagen bis 5.000 EUR, sofern diese im Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen stehen.

		2002 EUR	2003 EUR
1	Bewirtschaftungskosten	1.022.260	1.022.260
2	Mieten und Pachten	51.540	51.540
	Summe	1.073.800	1.073.800

521 13 723 **Betriebssprechfunk und Fernmeldeanlagen** **67.491** **67.500** **66.500**
 48.409

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1	Ausgaben für Betrieb, Wartung und Reparatur von Fernmeldeanlagen	920	920
2	Ausgaben für Betrieb, Wartung und Reparatur von betrieblichen Sprechfunkanlagen	66.580	65.580
	Summe	67.500	66.500

Im Rahmen der gemeinschaftlichen Straßenunterhaltung fallen Ausgaben für Betrieb, Wartung und Reparaturen von Fernmeldeanlagen und betrieblicher Sprechfunkanlagen an. Infolge der Nutzung von zusätzlichen Standleitungen erhöhen sich die Ausgaben.

521 14 723 **Dienst- und Schutzkleidung, Arbeitsschutz** **256.669** **245.500** **245.500**
 226.852

Erläuterungen:

Diese Aufwendungen dienen der Beschaffung der Dienst- und Schutzkleidung sowie für die Geräte und Ausstattungsgegenstände im Selbstschutz und deren Unterhaltung, sofern diese im Zusammenhang mit der betrieblichen Unterhaltung der Straßen stehen.
 Die Ausgaben für Dienst- und Schutzkleidung vermindern sich in diesem Planungszeitraum.

521 15 723 **Betrieb der Verkehrssicherheitsanlagen einschließlich Lichtzeichen und beleuchtete Verkehrszeichen** **1.250.109** **1.262.900** **1.329.400**
 1.098.989

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
521 15

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	25.600	25.600
davon fällig:		
2003 bis zu	25.600	
2004 bis zu		25.600
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002					
2003			25.600		25.600
2004				25.600	25.600
2005					
2006 ff.					
Summen			25.600	25.600	51.200

Erläuterungen:

Die Anzahl von Lichtsignalanlagen und beleuchteten Verkehrszeichen erhöht sich, demzufolge erhöhen sich die Strom- und Wartungskosten.

	2002 EUR	2003 EUR
1 Strom- und Wartungskosten für Lichtsignale	854.100	915.050
2 Strom- und Wartungskosten für beleuchtete Verkehrszeichen	408.800	414.350
Summe	1.262.900	1.329.400

521 16 723 **Kosten der Winterwartung** **3.834.689**
2.612.874 **3.323.400** **3.834.700**

Einnahmen bei Titel 233 20 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben herangezogen werden.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	971.500	664.700
davon fällig:		
2003 bis zu	971.500	
2004 bis zu		664.700
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
521 16

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		818.323			818.323
2003			971.500		971.500
2004				664.700	664.700
2005					
2006 ff.					
Summen		818.323	971.500	664.700	2.454.523

Erläuterungen:

Die Aufwendungen für den Winterdienst werden z.T. als gemeinschaftliche Ausgaben des Bundes und des Landes abgerechnet. Sie umfassen u. a. die Ausgaben für Tausalze und sonstige Streumittel, für Pachten und Mieten zur Unterstellung der im Winterdienst eingesetzten Geräten und Maschinen, für die Reparaturen der im Winterdienst eingesetzten Technik sowie für die Räum- und Streuarbeiten der beauftragten Unternehmen.

		2002 EUR	2003 EUR
1	Materialien und Stoffe für den Winterdienst	2.015.645	2.339.170
2	Mieten und Pachten für die untergestellte Technik	51.505	51.505
3	Reparatur für die im Winterdienst eingesetzte Technik	481.560	550.155
4	Aufträge an Dritte	774.690	893.870
	Summe	3.323.400	3.834.700

521 17 723 **Vermischte Ausgaben für die Straßenunterhaltung** **235.706** **204.600** **204.600**
 184.377

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	5.200	5.200
davon fällig:		
2003 bis zu	5.200	
2004 bis zu		5.200
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		5.113			5.113
2003			5.200		5.200
2004				5.200	5.200
2005					
2006 ff.					
Summen		5.113	5.200	5.200	15.513

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
521 17

Erläuterungen:

Die Aufwendungen der gemeinschaftlichen Straßenunterhaltung verursachen Ausgaben für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Straßenverkehrszählungen, Ausgaben für den Straßen-, Wetter- und Warndienst sowie für die Altlastenentsorgung der zu räumenden Liegenschaften.
 Die Ausgaben für die Altlastenentsorgung werden geringer.

		2002 EUR	2003 EUR
1	Ausgaben für die Vorbereitung , Durchführung und Auswertung der Verkehrszählungen	117.360	117.360
2	Ausgaben für den Straßen-, Wetter- und Warndienst	36.630	36.630
3	Altlastenentsorgung	50.610	50.610
Summe		204.600	204.600

536 10 729 **Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr** **403.921** **403.900** **403.900**
 403.596

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	51.200	51.200
davon fällig:		
2003 bis zu	51.200	
2004 bis zu		51.200
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		51.129			51.129
2003			51.200		51.200
2004				51.200	51.200
2005					
2006 ff.					
Summen		51.129	51.200	51.200	153.529

Erläuterungen:

Die Mittel sind zur Umsetzung der Verkehrssicherheitsarbeit im Land Brandenburg veranschlagt. Bereits erfolgreich etablierte Zielgruppenprogramme werden fortgeführt. Diese umfassen die Zielgruppen "Kinder und schwache Verkehrsteilnehmer", "Jugendliche und junge Verkehrsteilnehmer" und die "langjährigen Führerscheininhaber".

546 10 723 **Sonstiges** **3.068** **0** **0**
 1.999

Erläuterungen:

Es fallen keine Kosten für diese Maßnahme an.

546 20 725 **Zinsrückzahlungen an den Bund aus dem** **0** **0**
neu Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz GVFG)

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der bei Titel 119 21 aufkommenden Einnahmen geleistet werden.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
546 20

Aus Titelgruppen	853.857	821.400	778.300
Summe HGr. 5:	34.167.591	33.683.500	34.217.200

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 10	729	Zuschüsse an die Landesverkehrswacht e.V	70.558 46.016	70.600	70.600
---------------	------------	---	-------------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

Übersicht über den (vorläufigen) Haushalts-/Wirtschaftsplan der Landesverkehrswacht e.V.

Ausgaben:	Ist 2000	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003
	EUR	EUR	EUR	EUR
1 Personalausgaben		80.800	84.700	84.700
2 Verwaltungsausgaben		17.500	17.500	17.500
Zusammen:	0	98.300	102.200	102.200
Abzüglich Einnahmen:	0	27.700	31.600	31.600
Mithin Zuwendungsbedarf:	0	70.600	70.600	70.600

Der Zuwendungsbedarf soll gedeckt werden durch:	Ist 2000	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003
	EUR	EUR	EUR	EUR
1 Fehlbedarfsfinanzierung	46.016	70.600	70.600	70.600
Zusammen:	46.016	70.600	70.600	70.600

Stellenplan:	Soll 2002	Soll 2003
	Stellenanzahl	Stellenanzahl
Angestellte		
1 Bürokräft Vergütungsgruppe VI b BAT-O	33.000,00	33.000,00
1 Geschäftsführer Vergütungsgruppe III BAT-O	51.700,00	51.700,00
Zusammen:	84.700,00	84.700,00
Insgesamt:	84.700,00	84.700,00

685 30	729	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung (Projektförderung)	357.904 304.027	300.000	300.000
---------------	------------	---	---------------------------	----------------	----------------

Mittel in Höhe von 44.300 EUR sind zweckgebunden für Projekte zur vermehrten Unterstützung der Durchführung von Fahrsicherheitstraining durch die Verkehrswachten einzusetzen.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002	2003
	EUR	EUR
Betrag:	102.300	102.300
davon fällig:		
2003 bis zu	102.300	
2004 bis zu		102.300
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
685 30

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		102.258			102.258
2003			102.300		102.300
2004				102.300	102.300
2005					
2006 ff.					
Summen		102.258	102.300	102.300	306.858

Erläuterungen:

Die Mittel dienen im Wesentlichen der Umsetzung der Elemente der Verkehrssicherheitskampagne "Lieber sicher. Lieber leben".
 Ferner werden ergänzende Projekte von Vereinen, Verbänden und Institutionen gefördert.

Summe HGr. 6: 428.463 370.600 370.600

HGr. 7: Baumaßnahmen

799 10 neu 725 **Minderausgaben bei den Baumaßnahmen** -5.000.000 -5.000.000

Aus Titelgruppen 108.457.791 128.257.900 124.142.100

Summe HGr. 7: 108.457.791 123.257.900 119.142.100

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

811 10 723 **Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen** 1.607.502 2.812.100 2.812.000
1.078.625

Erläuterungen:

Der Bund erstattet im Rahmen des Gemeinschaftsaufwandes die anteiligen Beschaffungskosten.
 Mehr durch die notwendige Ersatzbeschaffung.

Ersatzbeschaffungen für den Straßenbetrieb- und unterhaltung

		2002	2003
1.	LKW/Klein-LKW/MGT	2.704.740	2.704.740
2.	Anhänger	81.800	81.800
3.	Arbeitsmaschinen	25.560	25.560
	Summe	2.812.100	2.812.100

812 10 723 **Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland** 1.732.257 1.942.900 1.942.900
1.257.854

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 811 10.
 Mehr durch notwendige Ersatzbeschaffung wie : Streuautomaten, Soleerzeugeranlage, Asphaltspitzmaschinen, diverse Mähgeräte, Leitpfostenwaschgeräte.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
812 10

Ersatzbeschaffungen von Geräten

		2002	2003
1.	32 Geräte für den Winterdienst	964.500	964.500
2.	36 Geräte für die Straßenunterhaltung	978.400	978.400
Summe		1.942.900	1.942.900

821 10 723 **Grunderwerb für Landesstraßen** **2.040.055** **2.725.200** **2.024.800**
 2.933.835

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	1.002.200	920.400
davon fällig:		
2003 bis zu	823.200	
2004 bis zu	127.900	741.400
2005 bis zu	51.100	127.900
2006 ff bis zu		51.100

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	293.700	536.856			830.556
2003	153.400	230.081	823.200		1.206.681
2004		102.200	127.900	741.400	971.500
2005			51.100	127.900	179.000
2006 ff.		58		51.100	51.158
Summen	447.100	869.196	1.002.200	920.400	3.238.896

Erläuterungen:

Vorgesehen sind hierfür Ausgaben für den Grunderwerb als Voraussetzung für den Beginn (erforderlicher Erwerb von Flächen) und den Abschluss (Schlussvermessung, Grundbucheintragung) von Straßenbaumaßnahmen an Landesstraßen. Der Bedarf ergibt sich jeweils aus der Anzahl der zu beschaffenden Grundstücksflächen und den in Zusammenhang stehenden Baumaßnahmen mit ihrem Baufortschritt.

883 10 725 **Zuweisungen für Investitionen des Bundes für den kommunalen Straßen- und Brückenbau gemäß GVFG** **31.659.193** **35.000.000** **35.000.000**
 33.905.723

1. (§ 17 Abs. 3 LHO)
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe von Mehreinnahmen bei Titel 331 10 geleistet werden.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
883 10

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	9.360.700	7.669.378			17.030.078
2003	2.480.300	7.669.378			10.149.678
2004		7.669.300			7.669.300
2005					
2006 ff.		78			78
Summen	11.841.000	23.008.135			34.849.135

Erläuterungen:

Der Bund gewährt den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden einschließlich für Straßenbrücken über Schienenwege der ehemaligen Deutschen Reichsbahn. Der Fördersatz des Bundes beträgt bis zu 75 v.H. der zuwendungsfähigen Kosten beim Bau oder Ausbau verkehrswichtiger Straßen, bis zu 90 v.H. der zuwendungsfähigen Kosten bei den Straßenbrücken über Schienenwege. Siehe auch Erläuterungen bei Titel 331 10. Mehr aufgrund höherer Zuweisungen des Bundes.

883 20	725 Zuweisungen für Investitionen des Bundes für die Grunderneuerung von Straßenbrücken in der Baulast der Kommunen über Schienenwege der ehemaligen Deutschen Reichsbahn	3.819.350 2.850.963	3.819.400	3.819.400
--------	---	------------------------	-----------	-----------

1. (§17 Abs. 3 LHO)
2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 331 20 geleistet werden.

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	1.512.900	2.556.459			4.069.359
2003		2.556.459			2.556.459
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen	1.512.900	5.112.919			6.625.819

883 30	725 Zuweisungen für Investitionen für den kommunalen Straßen- und Brückenbau	0 1.564.428	0	0
--------	--	----------------	---	---

883 35	725 Zuweisungen für Investitionen des Bundes für die Grunderneuerung von Straßenbrücken in der Baulast der Kommunen über Schienenwege der ehemaligen Deutschen Reichsbahn	994.463 994.463	994.500	994.500
--------	---	--------------------	---------	---------

Der Titel ist gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 60.

883 59	729 Schul- und Spielwegsicherung sowie Verkehrsberuhigung	357.904 346.897	450.000	450.000
--------	---	--------------------	---------	---------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
883 59

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		25.565			25.565
2003					
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen		25.565			25.565

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben für Zuweisungen an Gemeinden für Maßnahmen auf dem Gebiet der Schul- und Spielwegsicherung, die dem Ziel der Entschärfung von Gefahrenstellen dienen.

Aus Titelgruppen	1.278.230	1.082.300	1.395.400
Summe HGr. 8:	43.488.954	48.826.400	48.439.000

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Bauliche Maßnahme an Landesstraßen

1. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppen 60 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 60 und der Titelgruppe 70 sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Einnahmen bei Titel 233 10 und Titel 281 10 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben der TG 60 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Die Ansätze der Titelgruppe 60 dienen der Kofinanzierung für Maßnahmen des Operationellen Programms Brandenburg 2000-2006 (OP)- Infrastrukturmaßnahmen Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen - . Der Anteil beträgt 50% der förderfähigen Gesamtausgaben.

In dieser Titelgruppe sind gleichermaßen für die nach dem Landesstraßenbedarfsplangesetz vom 26.10.1995 (GVBL. I Nr. 20) festgelegten Maßnahmen veranschlagt.

518 60	723 Finanzierungskosten für Sonderfinanzierungen	853.857	821.400	778.300
		557.528		

1. Siehe Deckungsvermerk bei Titel 821 60.

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	383.469				383.469
2003	361.483				361.483
2004	2.608.356				2.608.356
2005					
2006 ff.					
Summen	3.353.308				3.353.308

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Zinszahlungen des Landes im Rahmen der Endfinanzierung für die Baumaßnahme "OU Fürstenwalde" und "OU Altlandsberg". Nach Fertigstellung der Bauabschnitte - bzw. -maßnahmen fallen die vertraglichen Zinsen an. Das Finanzierungsmodell weist im Vergleich zu den Vorjahren andere Zahlen aus, was darin begründet liegt, dass einerseits höhere Zinssätze gezahlt werden müssen, andererseits die Maßnahme "OU Seeberg" entgegen den bisherigen Veranschlagungen aus der Privatfinanzierung herausgenommen ist.

Sonderfinanzierung der Straßenbaumaßnahmen Ortsumgehung Fürstenwalde und Altlandsberg- Zinszahlungen-

	Fürstenwalde EUR	Altlandsberg EUR	Gesamt EUR
voraussichtliche Gesamtkosten	7.943.600	3.545.200	11.488.800
bewilligt	1.427.500	0	1.427.500
veranschlagt 2002	821.400	0	821.400
veranschlagt 2003	778.300	0	778.300
 Vorbehalten	 4.916.400	 3.545.200	 8.461.600
2004	772.900	0	772.900
2005	684.900	395.400	1.080.300
ab 2006-2016	3.458.600	3.149.800	6.608.400

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

712 60 723 **Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen und Brücken** **6.595.665** **8.692.000** **8.692.000**
 8.351.731

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	5.675.400	5.675.400
davon fällig:		
2003 bis zu	5.215.200	
2004 bis zu	434.600	5.215.200
2005 bis zu	25.600	434.600
2006 ff bis zu		25.600

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	281.300	4.218.158			4.499.458
2003		536.856	5.215.200		5.752.056
2004		434.500	434.600	5.215.200	6.084.300
2005			25.600	434.600	460.200
2006 ff.		98		25.600	25.698
Summen	281.300	5.189.613	5.675.400	5.675.400	16.821.713

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aufwendungen an Landesstraßen und Brücken zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit. Dazu zählen die Maßnahmen, die vorwiegend der Verbesserung des Deckenaufbaus dienen und die bestehende Linienführung der Straße nur unwesentlich verändern.
 Für die Mobilität des Wirtschaftsverkehrs ist das Infrastrukturnetz in Brandenburg aus Sicht des Zustandes dringend zu verbessern. Die Bedarfsanmeldung dient dazu, den Anteil des Straßennetzes mit vordringlichem und überfälligem Baubedarf von 60 % im Landesstraßennetz zu verringern.

713 60 723 **Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen** **21.678.776** **33.234.000** **33.234.000**
 31.298.220

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	30.933.200	30.933.200
davon fällig:		
2003 bis zu	23.008.200	
2004 bis zu	5.112.900	23.008.200
2005 bis zu	2.812.100	5.112.900
2006 ff bis zu		2.812.100

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
713 60

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	4.974.900	20.042.642			25.017.542
2003	20.400	4.167.029	23.008.200		27.195.629
2004		281.200	5.112.900	23.008.200	28.402.300
2005			2.812.100	5.112.900	7.925.000
2006 ff.		11		2.812.100	2.812.111
Summen	4.995.300	24.490.881	30.933.200	30.933.200	91.352.581

Erläuterungen:

Es geht nicht nur um den Erhalt des Straßennetzes, sondern auch um eine Erhöhung der Qualität, die Verbesserung der Tragfähigkeit und der Leistungsfähigkeit der Straße einschließlich einer entsprechenden Neutrassierung unter Berücksichtigung der Umweltbelange.
Die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen dienen diesem Ziel.

Übersicht über geplante Landesstraßenbaumaßnahmen über 500.000 EUR

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt-	in	Betrag	Betrag	Vorbe-
		kosten	Vor-	für	für	halten
		Tsd.	jahren	2002	2003	bleiben
		EUR	Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Zuständigkeitsbereich BSBA Kyritz						
L 11	OU Breese 1. BA	2.550,0	0,0	0,0	250,0	2.300,0
L 11	Ausbau der L 11 von B 189 (alt) bis Flutgraben bei Breese	2.200,0	400,0	1.200,0	600,0	0,0
L 165	Ausbau der OD Protzen	770,0	400,0	370,0	0,0	0,0
L 14/18	Ausbau der OD Herzsprung	880,0	0,0	0,0	330,0	550,0
Zwischensumme		6.400,0	800,0	1.570,0	1.180,0	2.850,0

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
713 60

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in	Betrag	Betrag	Vorbe-
			Vor- jahren	für 2002	für 2003	halten bleiben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zuständigkeitsbereich BSBA Potsdam						
L 83/84	OD Neuendorf	613,5	409,0	204,5	0,0	0,0
L 90	OD Phöben, 2. + 3. BA	843,6	409,0	434,6	0,0	0,0
L 82	OD Niemeßgk, 4. BA	1.160,7	818,1	342,6	0,0	0,0
L 85	OD Nichel, einschl. Brücken ü. d. Fließgraben, Bw 1 u. Bw 2	767,0	306,8	460,2	0,0	0,0
L 861	OD Göhlsdorf, 1. BA	511,2	255,6	255,6	0,0	0,0
L 91	OD Gohlitz	511,3	204,5	306,8	0,0	0,0
L 79	OU Drewitz (Straßen- und Brückenbau)	4.576,1	511,3	2.812,1	1.252,7	0,0
L 40	OU Güterfelde - B 101	8.691,9	0,0	511,3	3.579,0	4.601,6
L 96	OU Wusterwitz/Bensdorf	12.577,7	0,0	3.112,9	3.112,9	6.351,9
L 794	OD Teltow, Ruhlsdorfer Str.	1.789,5	0,0	1.533,9	255,6	0,0
L 90	OD Glindow, 1. BA	1.585,0	0,0	400,0	900,0	285,0
L 98	OD Gränigen	511,3	0,0	511,3	0,0	0,0
L 991	OD Nennhausen	971,4	0,0	715,8	255,6	0,0
L 794	OD Ruhlsdorf	1.278,2	0,0	511,3	766,9	0,0
L 90	OD Glindow, 2. BA	1.636,1	0,0	400,0	900,0	336,1
L77/78	OD Saarmund	1.278,2	0,0	511,3	766,9	0,0
L 90	OD Werder, 1. BA	766,9	0,0	255,6	511,3	0,0
L 16	OD Schönwalde/Siedlung, 2. BA	664,7	0,0	0,0	664,7	0,0
Zwischensumme		40.734,3	2.914,3	13.279,8	12.965,6	11.574,6

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
713 60

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in	Betrag	Betrag	Vorbe- halten
			Vor- jahren	für 2002	für 2003	bleiben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zuständigkeitsbereich BSBA Strausberg						
L 211	Summt bis Lehnitz	2.179,6	2.115,7	63,9	0,0	0,0
L 021	OD Liebenw alde, 2. BA	777,2	613,6	163,6	0,0	0,0
L 030	OD Glieniecke	715,8	460,2	255,6	0,0	0,0
L 021	OD Schildow	1.182,6	543,0	639,6	0,0	0,0
L 21/22	KP Zehdenick und DL	818,5	694,8	123,7	0,0	0,0
L 023	OD Göttshendorf	511,3	0,0	511,3	0,0	0,0
L 023	OD Joachimsthal	1.534,0	0,0	800,0	400,0	334,0
L 015	OD Menz	797,6	0,0	797,6	0,0	0,0
L 026	OD Baumgarten (Autobahnzubringer)	767,4	353,4	414,0	0,0	0,0
L 293	Biesenthal bis Ebersw alde	3.579,0	0,0	511,3	1.278,2	1.789,5
L 191	OD Sommerfeld	1.022,3	0,0	0,0	766,9	255,4
L 017	OD Vehlefan z	1.687,3	0,0	0,0	511,3	1.176,0
L 017	OD Schw ante	1.022,5	0,0	0,0	255,6	766,9
L 21/29	OD Zehlendorf	766,9	0,0	0,0	366,0	400,9
L 271	OD Tantow	613,6	0,0	0,0	413,6	200,0
L 019	OD Kremmen	1.482,7	0,0	0,0	600,0	882,7
Zw ischensumme		19.458,3	4.780,7	4.280,6	4.591,6	5.805,4

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in	Betrag	Betrag	Vorbe- halten
			Vor- jahren	für 2002	für 2003	bleiben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zuständigkeitsbereich BSBA Wünsdorf						
L 30	OD Königsw usterhausen, Neue Mühle/Niederlehme	726,0	470,0	256,0	0,0	0,0
L 30	OD Königsw usterhausen, Luckenw alder Str., 2. BA	895,0	255,0	640,0	0,0	0,0
L30/40	Niederlehme-Wildau, Netzergänzung	2.863,0	0,0	1.027,0	1.436,0	400,0
L 71	Krausnick-Schönw alde	1.074,0	0,0	600,0	474,0	0,0
L 71	Groß Wasserburg	972,0	0,0	600,0	372,0	0,0
L 75	Kleinziethen-Großziethen	716,0	356,0	360,0	0,0	0,0
L 715	Landesgrenze Sachsen-Anhalt - Zellendorf	614,0	254,0	360,0	0,0	0,0
L 811	Landesgrenze Sachsen-Anhalt - Oehna	562,0	305,0	257,0	0,0	0,0
Zw ischensumme		8.422,0	1.640,0	4.100,0	2.282,0	400,0

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
713 60

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in	Betrag	Betrag	Vorbe- halten
			Vor- jahren	für 2002	für 2003	bleiben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zuständigkeitsbereich BSBA Frankfurt (Oder)						
L 035	OD Fürstenwalde, August-Bebel-Str.	786,4	300,0	486,4	0,0	0,0
L 033	OU Seeberg	920,3	815,8	104,5	0,0	0,0
L 302	OD Schöneiche	818,1	611,3	206,8	0,0	0,0
L 037	OD Rießen	681,0	374,2	306,8	0,0	0,0
L 037	Petersdorf - Petershagen	1.431,6	1.020,3	411,3	0,0	0,0
L 036	OD Fürstenwalde, 1. BA Triftstr.	1.293,6	767,0	526,6	0,0	0,0
L 333	Wilhelminenhof - OE Genschmar	1.181,6	511,3	670,3	0,0	0,0
L 335	BÜ Letschin - Abzw. Quappendorf	766,9	357,9	409,0	0,0	0,0
L 045	OD Steinsdorf	511,3	400,0	111,3	0,0	0,0
L 034	Alttrebbin - L 33/34	690,2	300,0	390,2	0,0	0,0
L 451	OD Wellmitz	1.891,8	0,0	1.000,0	457,8	434,0
L 331	OA Rathstock - B 1 o. Tucheband	766,9	0,0	766,9	0,0	0,0
L 372	B 112 - Eisenhüttenstadt, Cottbuserstr.	1.585,0	0,0	500,0	500,0	585,0
L 034	OD Neulewin, Kapstr.	893,2	0,0	381,9	511,3	0,0
L 030	OD Erkner, Grabenstr.	1.022,6	0,0	511,3	511,3	0,0
L 412	OD Neu Golm	986,8	0,0	475,5	511,3	0,0
L 336	KP Kientz Nord - OA Gr. Neuendorf	1.176,0	0,0	153,4	800,0	222,6
L 035	OD Petersdorf	2.004,8	0,0	0,0	700,0	1.304,8
L 033	BAB 10 - KG Berlin 4-spurig	4.090,3	0,0	0,0	1.000,0	3.090,3
L 334	Jesergraben - Kienitz Nord	971,5	0,0	0,0	500,0	471,5
Zwischensumme		24.469,9	5.457,8	7.412,2	5.491,7	6.108,2

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in	Betrag	Betrag	Vorbe- halten
			Vor- jahren	für 2002	für 2003	bleiben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zuständigkeitsbereich BSBA Cottbus						
L 52	OD Calau	1.813,0	562,0	381,0	614,0	256,0
L 64	Kröbeln - LG Sachsen	810,0	348,0	462,0	0,0	0,0
L 66	OD Weinberge	716,0	256,0	460,0	0,0	0,0
L 60	OD Finsterwalde, Schacksdorfer Str.	885,0	0,0	380,0	305,0	200,0
L 59	OD Großthiemig, 2. BA	767,0	0,0	251,0	516,0	0,0
L 47	OD Spremberg, OT Weskow	808,0	0,0	500,0	200,0	108,0
L 691	Dübrichen - Frankenhain, 1. BA	511,0	0,0	511,0	0,0	0,0
L 55	Verlegung der L 55	6.834,0	511,0	1.000,0	2.000,0	3.323,0
L 671	Altenau - Burxdorf	1.922,0	0,0	0,0	400,0	1.522,0
L 501	OD Schmogrow	920,0	0,0	0,0	700,0	220,0
L 60	Finsterwalde - Tröbitz, 4. BA OD Schönborn	767,0	0,0	0,0	500,0	267,0
Zwischensumme		16.753,0	1.677,0	3.945,0	5.235,0	5.896,0

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
713 60

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in	Betrag	Betrag	Vorbe- halten
			Vor- jahren	für 2002	für 2003	bleiben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Gesamtsumme		116.237,5	17.269,8	34.587,6	31.745,9	32.634,2

714 60 723 Instandsetzung und Neubau von Brücken **7.720.507** **7.720.500** **7.720.500**
7.016.010

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	6.749.100	6.749.100
davon fällig:		
2003 bis zu	5.522.000	
2004 bis zu	1.176.000	5.522.000
2005 bis zu	51.100	1.176.000
2006 ff bis zu		51.100

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	683.200	5.573.082			6.256.282
2003		2.300.813	5.522.000		7.822.813
2004		25.500	1.176.000	5.522.000	6.723.500
2005			51.100	1.176.000	1.227.100
2006 ff.		65		51.100	51.165
Summen	683.200	7.899.460	6.749.100	6.749.100	22.080.860

Erläuterungen:

Siehe auch Erläuterung bei Titel 713 60

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in	Betrag	Betrag	Vorbe- halten
			Vor- jahren	für 2002	für 2003	bleiben
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR

Zuständigkeitsbereich BSBA Frankfurt

L 023	Spreebrücke Spreeau	1.073,7	0,0	306,8	766,9	0,0
L 023	Stützwanne Hennickendorf	511,3	0,0	0,0	306,8	204,5
L 411	Spree Neubrücke	1.278,2	0,0	0,0	511,3	766,9
Zwischensumme		2.863,2	0,0	306,8	1.585,0	971,4

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
714 60

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in Vor- jahren	Betrag	Betrag	Vorbe- halten
				für 2002	für 2003	bleiben
		Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR

Zuständigkeitsbereich BSBA Potsdam

L 92	Bw 4, Brücke ü. d. Ziegeleikanal in Ketzin	613,5	204,5	409,0	0,0	0,0
L 912	B1, Brücke ü. d. Seenverbindung bei Pāwesin	613,6	0,0	102,3	511,3	0,0
L 14	Bw 1, Brücke ü. d. Alte Jāgelitz bei Rūbehorst	613,6	0,0	230,1	383,5	0,0
Zwischensumme		1.840,7	204,5	741,4	894,8	0,0

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in Vor- jahren	Betrag	Betrag	Vorbe- halten
				für 2002	für 2003	bleiben
		Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR

Zuständigkeitsbereich BSBA Strausberg

L 024	Brücke Pflingstberg	1.329,0	0,0	767,0	562,0	0,0
L 026	Brücke über die DB Prenzlau	1.151,0	0,0	0,0	460,0	691,0
L 026	Brücke über komm.-Straße Prenzlau	1.074,0	0,0	307,0	690,0	77,0
Zwischensumme		3.554,0	0,0	1.074,0	1.712,0	768,0

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in Vor- jahren	Betrag	Betrag	Vorbe- halten
				für 2002	für 2003	bleiben
		Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR

Zuständigkeitsbereich BSBA Wūnsdorf

L 30/L 40	Brücke ü. d. Dahme bei Niederlehme	2.352,0	0,0	1.227,0	1.125,0	0,0
L 30/L 40	Brücke ü. d. L 30	1.227,0	0,0	818,0	409,0	0,0
Zwischensumme		3.579,0	0,0	2.045,0	1.534,0	0,0

Straßen- Nr.	Bezeichnung der Baumaßnahme	Gesamt- kosten	in Vor- jahren	Betrag	Betrag	Vorbe- halten
				für 2002	für 2003	bleiben
		Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.	Tsd.
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR

Gesamtsumme		11.836,9	204,5	4.167,2	5.725,8	1.739,4
--------------------	--	-----------------	--------------	----------------	----------------	----------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

715 60 723 **Kostenanteile für Kreuzungsmaßnahmen mit Landesstraßen** **11.759.713** **10.225.900** **9.203.300**
 6.135.647

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	11.759.800	11.759.800
davon fällig:		
2003 bis zu	6.135.500	
2004 bis zu	4.601.700	6.135.500
2005 bis zu	1.022.600	4.601.700
2006 ff bis zu		1.022.600

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	2.757.400	6.442.278			9.199.678
2003	1.225.100	2.198.555	6.135.500		9.559.155
2004		511.200	4.601.700	6.135.500	11.248.400
2005			1.022.600	4.601.700	5.624.300
2006 ff.		92		1.022.600	1.022.692
Summen	3.982.500	9.152.125	11.759.800	11.759.800	36.654.225

Erläuterungen:

Im Titel sind die Kostenanteile eingestellt, die das Land beim Neubau und der Änderung von Kreuzungen nach Bundesfernstraßengesetz und Eisenbahnkreuzungsgesetz zu zahlen verpflichtet ist.

716 60 723 **Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen** **255.646** **25.600** **25.600**
 0

Erläuterungen:

Die Ausgaben resultieren aus der Vorfinanzierung des Baues, der Änderung oder Beseitigung von Versorgungs- und Abwasseranlagen bei den Fällen, bei denen unklare Rechtsverhältnisse bestehen, die auf dem Rechtswege notwendigerweise zur Kä rung geführt werden. Die jeweiligen Einnahmen fließen dem Ausgabetitel zu.

719 60 723 **Investitionen für Instandsetzungsmaßnahmen an Landesstraßen** **7.669.378** **8.947.600** **8.947.600**
 0

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	2.147.500	2.147.500
davon fällig:		
2003 bis zu	2.096.300	
2004 bis zu	25.600	2.096.300
2005 bis zu	25.600	25.600
2006 ff bis zu		25.600

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
719 60

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002					
2003			2.096.300		2.096.300
2004			25.600	2.096.300	2.121.900
2005			25.600	25.600	51.200
2006 ff.				25.600	25.600
Summen			2.147.500	2.147.500	4.295.000

Erläuterungen:

Die Ausgaben werden für die Wiederherstellung vorhandener Straßenbefestigungen oder Teilen davon verwendet, sofern mehr als nur die Deckschicht betroffen ist und die deutlich über das Ausmaß einer Unterhaltungsmaßnahme hinausgeht und keine Erneuerung von Straßen darstellt.

821 60 723 **Investitionskosten für Sonderfinanzierungen** **1.022.584** **826.600** **1.139.700**
 558.831

Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 518 60.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	412.000	0
davon fällig:		
2003 bis zu	320.000	
2004 bis zu	92.000	
2005 bis zu		
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	393.695				393.695
2003	411.590		320.000		731.590
2004	7.446.966		92.000		7.538.966
2005					
2006 ff.					
Summen	8.252.251		412.000		8.664.251

Erläuterungen:

In Ansatz gebracht sind die zur Zeit anfallenden Tilgungsraten und voraussichtlichen Bauzeitfinanzierungen. Aus der Sonderfinanzierung ist die Maßnahmen "OU Seeberg" herausgenommen, so dass darin die Abweichungen im Vergleich zu vorherigen Finanzierungsmodellen begründet sind.

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
821 60

Sonderfinanzierung der Maßnahmen "OU Fürstenwalde und OU Altlandsberg"

Investitionskosten

	OU Fürstenwalde	OU Altlandsberg	Gesamt
	EUR	EUR	EUR
voraussichtliche Gesamtkosten	20.310.700	7.818.200	28.128.900
bewilligt	2.376.200	0	2.376.200
veranschlagt 2002	776.600	50.000	826.600
veranschlagt 2003	819.650	320.000	1.139.650
			0
Vorbehalten	16.338.250	7.768.200	24.106.450
2004	865.100	92.000	957.100
2005	913.100	340.000	1.253.100
ab 2006 bis 2016	14.560.050	7.016.200	21.576.250

881 60 723 **Kostendrittel des Landes an Kreuzungsmaßnahmen nach Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG), Baulast: Bund** 0 0 0

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titel 883 60 geleistet werden.

883 60 723 **Kostendrittel des Landes an Kreuzungsmaßnahmen nach Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG), Baulast: Kommune** 255.646 255.700 255.700
 191.121

Einsparungen dienen zur Deckung von Ausgaben bei Titel 881 60.

Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Anteil, den das Land gemäß § 13 Abs. 1 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) bei Neu- und Umbauten von Kreuzungen zu tragen hat, für die die Baulast bei den Gemeinden liegt.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(717 60) 723 **Ortsumgehung Fürstenwalde - 1. Bauabschnitt** 0
0

(718 60) 723 **Ortsumgehung Fürstenwalde - 2. Bauabschnitt** 0
0

Nachrichtlich: Summe TGr. 60 57.811.773 70.749.300 69.996.700

TGr. 70 - Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht

1. Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 70 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Siehe Deckungsvermerk bei Titelgruppe 60.
3. Einnahmen bei Titel 231 11 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 716 70, 717 70 und 718 70 herangezogen werden.

Erläuterungen:

Die Ansätze der Titel 714 70 und 715 70 dienen der Kofinanzierung für Maßnahmen des Operationellen Programm Brandenburg 2000-2006 (OP) - Infrastrukturmaßnahmen Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen - . Der Anteil beträgt 50% der förderfähigen Gesamtausgaben.

Gleichmaßen sind die Entwurfs- und Planungsmittel und die Ausgaben der Bauaufsicht für die Durchführung der Baumaßnahmen an Bundesfern- und Landesstraßen sowie Brücken eingestellt, die u.a. den erforderlichen Planungsvorlauf sichern.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

713 70 722 **Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht bei Bundesstraßen** **22.100.592** **26.433.800** **25.257.900**
 23.219.979

Einnahmen bei Titel 231 10 dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 713 70 herangezogen werden.

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	11.862.100	10.941.800
davon fällig:		
2003 bis zu	9.663.400	
2004 bis zu	1.636.200	8.998.800
2005 bis zu	562.500	1.380.500
2006 ff bis zu		562.500

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	3.378.700	6.084.373			9.463.073
2003	2.369.300	1.022.584	9.663.400		13.055.284
2004		332.300	1.636.200	8.998.800	10.967.300
2005			562.500	1.380.500	1.943.000
2006 ff.		40		562.500	562.540
Summen	5.748.000	7.439.297	11.862.100	10.941.800	35.991.197

Erläuterungen:

Siehe auch Erläuterung bei 231 10.

Für die Umsetzung eines geschätzten Bauvolumens von 180 Mio. EUR einschließlich den zusätzlichen Mitteln, die der Bund im Zusammenhang mit den Beratungen zum Steuersenkungsgesetz und aus Zinseinsparungen bei der Veräußerung der UMTS-Lizenzen für den Bundesfernstraßenbau zur Verfügung gestellt hat, sind diese Mittel in Ansatz gebracht.

714 70 723 **Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht bei Landesstraßen** **8.231.799** **9.919.100** **9.484.500**
 7.949.997

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	2.863.300	26.792.500
davon fällig:		
2003 bis zu	2.658.800	
2004 bis zu	204.500	26.588.000
2005 bis zu		204.500
2006 ff bis zu		

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
714 70

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	961.200	2.658.718			3.619.918
2003	818.100	178.952	2.658.800		3.655.852
2004		76.600	204.500	26.588.000	26.869.100
2005				204.500	204.500
2006 ff.		94			94
Summen	1.779.300	2.914.364	2.863.300	26.792.500	34.349.464

Erläuterungen:

Die veranschlagten Mittel dienen u.a. auch der Umsetzung von Baumaßnahmen an Landesstraßen, die Bestandteil des Operationellen Programms Brandenburg 2000-2006 -Verkehrsinfrastruktur-sind. Allein in dem Zeitraum 2004-2006 stehen EFRE- Mittel in Höhe von 37,4 Mio EUR zur Verfügung, für die der entsprechende Planungsvorlauf und die Bauüberwachung gesichert werden muss.

715 70	723 Planungs- und Entwurfsbearbeitung bei Brücken an Landesstraßen	2.147.426 2.157.567	2.045.200	1.891.800
--------	---	-------------------------------	------------------	------------------

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	971.500	613.600
davon fällig:		
2003 bis zu	715.800	
2004 bis zu	255.700	511.300
2005 bis zu		102.300
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		700.470			700.470
2003		281.211	715.800		997.011
2004		61.300	255.700	511.300	828.300
2005				102.300	102.300
2006 ff.		55			55
Summen		1.043.035	971.500	613.600	2.628.135

Erläuterungen:

Siehe auch Erläuterung bei Titel 714 70.
Die veranschlagten Mittel sind für die planerische Vorbereitung und Bauüberwachung der Sanierung und den Neubau von Brücken vorgesehen, die einem geschätzten jährlichen Bauvolumen von 8.000.000 EUR gegenüberstehen..

716 70	721 Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Autobahnen	15.952.307 16.493.678	15.338.800	15.338.800
--------	---	---------------------------------	-------------------	-------------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
716 70

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	8.180.700	7.669.400
davon fällig:		
2003 bis zu	7.669.400	
2004 bis zu	511.300	7.413.700
2005 bis zu		255.700
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		10.225.838			10.225.838
2003			7.669.400		7.669.400
2004			511.300	7.413.700	7.925.000
2005				255.700	255.700
2006 ff.					
Summen		10.225.838	8.180.700	7.669.400	26.075.938

Erläuterungen:

Siehe auch Erläuterung bei Titel 231 10.
Den Ausgaben für Entwurfsbearbeitung, Planung und Bauaufsicht steht jeweils ein Bauvolumen von etwa jährlich 120 Mio. EUR gegenüber, das der Bund im Rahmen der Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen bereitstellt.

717 70	721 Entwurfsbearbeitung einschl. Planung an Bundesfernstraßen für die Projekte Deutscher Einheit	3.067.751 4.090.335	3.783.600	2.556.500
--------	---	-------------------------------	------------------	------------------

Erläuterungen:

Der Konsortialvertrag und der Gesellschaftervertrag vom 07.01.1991 beauftragen die DEGES, die Bauvorbereitung und Bauüberwachung der Bundesfernstraßenprojekte " Deutsche Einheit " durchzuführen.
Die Planungskosten für die Umsetzung dieser Verkehrsprojekte -Straße- BAB - , die auf das Land Brandenburg entfallen, sind hierfür veranschlagt.
Der Dienstleistungsvertrag zum Aufbau der überregionalen Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern vom 29.01.1992 verpflichtet die Länder darüber hinaus, projektbezogene Verwaltungskosten zu leisten.
Neben den Maßnahmen im Bereich der A 2, A 9, A 10, A 20, A 10 ist das Zubringerprojekt B 101 Ludwigsfelde - Luckenwalde Nord veranschlagt.
Diesen Ausgaben steht ein Bauvolumen von etwa jährlich 36 Mio. EUR gegenüber.

718 70	721 Planungsmittel Flughafenbau Schönefeld	1.278.230 1.399.654	1.891.800	1.789.600
--------	---	-------------------------------	------------------	------------------

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	511.300	409.100
davon fällig:		
2003 bis zu	460.200	
2004 bis zu	51.100	383.500
2005 bis zu		25.600
2006 ff bis zu		

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 460 **Straßen- und Brückenbau**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

noch zu
718 70

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		1.022.584			1.022.584
2003			460.200		460.200
2004			51.100	383.500	434.600
2005				25.600	25.600
2006 ff.					
Summen		1.022.584	511.300	409.100	1.942.984

Erläuterungen:

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld ist eine adäquate verkehrsmäßige Anbindung erforderlich. Die veranschlagten Ausgaben dienen der planerischen Vorbereitung.

<u>Nachrichtlich:</u> Summe TGr. 70	52.778.105	59.412.300	56.319.100
<u>Nachrichtlich:</u> Summe Ausgaben der Titelgruppen	110.589.878	130.161.600	126.315.800

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 460 Straßen- und Brückenbau

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.547.681	1.335.100	1.330.300
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	12.705.603	16.263.600	16.493.800
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	35.478.544	36.779.300	36.779.300
Gesamteinnahme			49.731.827	54.378.000	54.603.400
Ausgaben					
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	34.167.591	33.683.500	34.217.200
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	428.463	370.600	370.600
		HGr. 7 Baumaßnahmen	108.457.791	123.257.900	119.142.100
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	43.488.954	48.826.400	48.439.000
Gesamtausgabe			186.542.798	206.138.400	202.168.900
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-136.810.971	-151.760.400	-147.565.500

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 470 **Förderung der übrigen Verkehrsträger**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	749	Gebühren, sonstige Entgelte	260.759	145.000	145.000
			137.728		

Einnahmen für die Ausgabe von osteuropäischen Transportgenehmigungen dürfen zur Deckung von Mehrausgaben bei Titel 511 10 herangezogen werden.

Erläuterungen:

			2002	2003
			EUR	EUR
1.	Gebühreneinnahmen des Landesbevollmächtigten für Bahnaufsicht		72.500	72.500
2.	Gebühreneinnahmen für die Ausgabe von osteuropäischen Transportgenehmigungen an deutsche Unternehmer		72.500	72.500
Summe			145.000	145.000

Weniger in Anpassung an die Ist-Einnahmen.

119 10	749	Sonstige Einnahmen	51.129	20.000	20.000
			17.651		

Erläuterungen:

Weniger in Anpassung an die Reduzierung der investiven Förderung.

Summe HGr. 1:			311.888	165.000	165.000
---------------	--	--	----------------	----------------	----------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 470 Förderung der übrigen Verkehrsträger

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

511 10	791	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	44.482 25.595	43.500	43.500
--------	-----	--	-------------------------	---------------	---------------

Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 111 10.

Erläuterungen:

Ausgaben für die Erstellung (Übersetzungskosten, Druckkosten, Siegelkosten) und den Versand für Transportgenehmigungen für 13 osteuropäische und asiatische Länder. Durch die Gültigkeitsdauer der Urkunden von 1 Jahr ergibt sich die jährliche Veranschlagung.

536 10	791	Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung	493.908 387.838	506.200	506.200
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Wahrnehmung bahnaufsichtlicher Aufgaben im Auftrage des Landes durch das Eisenbahn-Bundesamt gem. § 5 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes. Die Aufsicht über die Straßenbahnen wird nach § 5 (2) BOStrab als Sachverständigentätigkeit im Auftrag der Technischen Aufsichtsbehörde wahrgenommen.

537 10	791	Ausgaben für Gutachten	337.453 140.675	245.400	245.400
--------	-----	-------------------------------	---------------------------	----------------	----------------

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Verkehrsentwicklungsplanung Berlin-Brandenburg	102.260	75.750
2.	Preisstrategie im brandenburgischen ÖPNV	25.570	
3.	Wirtschaftsverkehrskonzept Brandenburg	76.700	31.130
4.	Fortschreibung S-Bahn-Entwicklungskonzept	15.300	
5.	Aktualisierung Planungsinformationssystem	25.570	25.570
7.	Ausbauplanung Landeswasserstraßen		56.250
8.	Wirtschaftliche Entwicklung der Verkehrslandeplätze		56.700
Summe		245.400	245.400

537 20	165	Verkehrsforschung	51.129 0	51.100	51.100
--------	-----	--------------------------	--------------------	---------------	---------------

Erläuterungen:

		2002 EUR	2003 EUR
1.	Optimierung des raumerschließenden Verkehrssystems, Schlüsselprojekt der Initiative "Stadt und Infrastruktur 2009"	51.100	51.100
Summe		51.100	51.100

Aus Titelgruppen		562.421	562.400	562.400
-------------------------	--	----------------	----------------	----------------

Summe HGr. 5:		1.489.393	1.408.600	1.408.600
----------------------	--	------------------	------------------	------------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 470 **Förderung der übrigen Verkehrsträger**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

632 10	731	Anteil des Landes Brandenburg an der Geschäftsstelle der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz	3.068 2.126	3.100	3.100
--------	-----	--	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Kostenerstattung für die Geschäftsführung der Verkehrs- und Wirtschaftsministerkonferenz gemäß Beschluss der MPK vom 22.02.1991. Der Anteil des Landes Brandenburg wird je zur Hälfte durch das Ministerium für Wirtschaft und das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr getragen.

685 10	731	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland für Bilgenwasserentsorgung	102.258 255.646	102.300	102.300
--------	-----	--	---------------------------	----------------	----------------

Erläuterungen:

Nach § 27 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 30.09.1986 (BGBl. S. 1529) sind die Länder für die Reinhaltung der Gewässer verantwortlich. Bis zur Inkraftsetzung eines einheitlichen Modells zur Entsorgung der Abwässer der Binnenschifffahrt in der Bundesrepublik Deutschland wird entsprechend dem Verfahren in den alten Bundesländern die Entsorgung der Abwässer der Berufs- und Sportschifffahrt aus öffentlichen Mitteln anteilig finanziert. Damit wird ein unkontrolliertes Abpumpen der ölhaltigen Bilgenwasser in die Wasserstraßen vermieden.

685 30	741	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an die Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft (DVWG)	2.045 1.629	2.000	2.000
--------	-----	---	-----------------------	--------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur institutionellen Förderung gemäß dem Wirtschaftsplan der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft. Die Höhe der institutionellen Förderung der DVWG durch die Bundesländer ergibt sich nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel vom 15.04.1993. Abweichend davon zahlen die neuen Bundesländer bisher einen lediglich auf Einwohner-Basis errechneten Anteil.

Summe HGr. 6:			107.371	107.400	107.400
----------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10	731	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden für den "Ausbau Finowkanal"	409.034 402.796	0	0
--------	-----	---	---------------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Die finanzielle Beteiligung des Landes Brandenburg ist abgeschlossen. Die weitere Finanzierung erfolgt durch den Bund als Baulastträger.

883 30	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden für die Verbesserung der Fähren	51.129 15.820	0	0
--------	-----	---	-------------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Der Bedarf ist gedeckt, das Förderprogramm wurde eingestellt.

Aus Titelgruppen			2.275.249	1.636.200	1.636.200
-------------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(892 21)	692	Zuschüsse an private Unternehmen für die Verbesserung der Fähren (IfG)	0 0		
----------	-----	---	---------------	--	--

Summe HGr. 8:			2.735.412	1.636.200	1.636.200
----------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 470 **Förderung der übrigen Verkehrsträger**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Zuweisungen und Zuschüsse zur Verbesserung der Infrastruktur der Binnenhäfen

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung der Infrastruktur der Binnenhäfen vor allem der Planung als Voraussetzung zur eigentlichen Investitionsförderung, der effektiveren Nutzung des umweltfreundlichen Verkehrsträgers Binnenschifffahrt. Es werden die Binnenhäfen zu Konzentrationspunkten der Wirtschaftsansiedlung entwickelt. Der verkehrspolitisch notwendige Neubau/ Ausbau von Binnenhäfen erfordert abgeschlossene Planungen, die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Investitionshilfen aus der Gemeinschaftsaufgabe (GA) "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" sind. Die Förderung von Planungen aus der GA ist nur eingeschränkt möglich.

Weniger in Anpassung an den Bedarf.

883 60	731	Zuweisungen an Gemeinden	1.201.536 247.892	1.022.600	1.022.600
891 60	731	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	971.455 0	511.300	511.300
892 60	731	Zuschüsse an private Unternehmen	0 0	0	0

Nachrichtlich: Summe TGr. 60			2.172.990	1.533.900	1.533.900
-------------------------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

TGr. 80 - "Landeswasserstraßen"

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Die gesetzliche Grundlage bildet das Brandenburgische Wassergesetz vom 15. Juli 1994 und die darauf beruhende Landesschifffahrtsverordnung.
 Veranschlagt sind die Mittel für Beschaffung, Austausch und Aufstellung von Schifffahrtszeichen, Tonnen und Bojen sowie für die Verbesserung der technischen und betrieblichen Bedingungen der Schifffahrtsanlagen an den schiffbaren Landesgewässern:

- Kennzeichen für Landeswasserstraßen
- Ausstattung mit Bojen, Tonnen und Schildern
- Schaffung und Verbesserung der technischen Bedingungen an Schifffahrtsanlagen sowie deren Unterhaltung:
 - Wartung, Reparatur und Ersatz der Schifffahrtszeichen, Bojen und Tonnen
- Wartung, Reparatur von Schifffahrtsanlagen
- Schifffahrtsgerechte Ausbaggerungen, Hindernisbeseitigung und Ufermaßnahmen.

521 80	731	Unterhaltung der schiffbaren Landesgewässer	562.421 532.682	562.400	562.400
812 80	731	Geräte und Ausstattungsgegenstände für die schiffbaren Landesgewässer	102.258 101.732	102.300	102.300

Nachrichtlich: Summe TGr. 80			664.679	664.700	664.700
-------------------------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen			2.837.670	2.198.600	2.198.600
---	--	--	------------------	------------------	------------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 470 Förderung der übrigen Verkehrsträger

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	311.888	165.000	165.000
Gesamteinnahme			311.888	165.000	165.000
Ausgaben					
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	1.489.393	1.408.600	1.408.600
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	107.371	107.400	107.400
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.735.412	1.636.200	1.636.200
Gesamtausgabe			4.332.176	3.152.200	3.152.200
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-4.020.288	-2.987.200	-2.987.200

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 490 **Luftfahrt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	759	Gebühren, sonstige Entgelte	40.903	72.000	72.000
			98.973		

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die erwarteten Einnahmen aus Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen auf dem Gebiet der Luftfahrt nach der Kostensatzverordnung der Luftfahrtverwaltung (LuftKOSTV) vom 14.02.1984 in der Fassung vom 04.02.1999, sowie für die Erhebung von Gebühren für Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach § 29d Luftverkehrsgesetz (LuftVG).

Mehr aufgrund der gestiegenen Anzahl von Genehmigungen.

112 10	759	Geldstrafen und Geldbußen (einschließlich der damit zusammenhängenden Gerichts- und Verwaltungskosten)	0	0	0
			0		

119 10	759	Sonstige Einnahmen	0	1.000	1.000
			1.057		

119 40	759	Einnahmen aus Rückzahlungen aus Vorjahren	0	0	0
			0		

Summe HGr. 1:	40.903	73.000	73.000
---------------	---------------	---------------	---------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 490 Luftfahrt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Ausgaben

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

526 12	759	Fluglärmkommission	4.602 1.738	4.600	4.600
--------	-----	---------------------------	----------------	-------	-------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Fluglärmkommission gemäß Luftverkehrsgesetz § 32b (1) und (7) für den Flughafen Berlin - Schönefeld sowie für die als Bundesinteressenvertretung arbeitende Arbeitsgemeinschaft deutscher Fluglärmkommissionen.

537 10	759	Gutachten für den Vollzug des Luftverkehrsgesetzes	102.258 0	102.300	102.300
--------	-----	---	--------------	---------	---------

Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:

Durch das MSWV als Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde sind fachliche Untersuchungen im Rahmen der Bearbeitung von Anträgen durchzuführen. Dazu gehören notwendige Einzelgutachten zur Erfassung und Beurteilung von Umweltbelastungen, Ausarbeitung rechtlicher Stellungnahmen und die Untersuchung spezieller technischer und flugbetrieblicher Probleme. Hierzu muss auf den Sachverstand anerkannter externer Gutachter und Wissenschaftler zurückgegriffen werden.

Aus Titelgruppen			40.699	46.000	46.000
-------------------------	--	--	---------------	---------------	---------------

Summe HGr. 5:			147.559	152.900	152.900
----------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

685 12	751	Personal- und Sachkosten für die Flugsicherungsstellen	511.292 0	111.300	111.300
--------	-----	---	--------------	---------	---------

Aus Titelgruppen			247.977	276.100	291.400
-------------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

Summe HGr. 6:			759.268	387.400	402.700
----------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

892 10	759	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	1.022.584 1.021.648	1.022.600	1.022.600
--------	-----	---	------------------------	-----------	-----------

Erläuterungen:

Förderung der Erneuerung und des Ausbaus ausgewählter Flugplätze im Land Brandenburg. Förderung ausgewählter Einzelmaßnahmen (Projektförderung) in Form von Anteilsfinanzierung auf der Grundlage der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den Ausbau und Erneuerungsmaßnahmen auf Flugplätzen im Land Brandenburg.

892 11	759	Erwerb von Geräten zur Verbesserung der Flugsicherheit	153.388 150.523	153.400	153.400
--------	-----	---	--------------------	---------	---------

Summe HGr. 8:			1.175.971	1.176.000	1.176.000
----------------------	--	--	------------------	------------------	------------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 490 **Luftfahrt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 70 - Luftaufsicht

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

Erläuterungen:

Die Ausübung der Luftaufsicht ist hoheitliche Aufgabe auf der Grundlage des § 29 Luftverkehrsgesetz (LuftVG). Personelle und sachliche Sicherstellung der Luftaufsicht gemäß §§ 29 (1) und 29a LuftVG.

Dazu gehören:

- Kosten für Aus- und Weiterbildung des Luftaufsichtspersonals
- Kosten der Einrichtung von Luftaufsichtsstellen, einschließlich Geräten und Ausstattungsgegenständen, sowie den dabei entstehenden Post- und Fernmeldegebühren
- Kosten für Mieten und Pachten
- Kosten der ehrenamtlichen, überörtlichen Luftaufsicht und ggf. notwendiger Luftaufsichtsmaßnahmen (unabwendbare Maßnahmen)
- Personalkostenzuschuss für die örtliche Luftaufsicht, welche durch beliehenes Personal entsprechend § 29 (2) LuftVG durchgeführt wird.
- Kosten für die Reinigung der Räume der Luftaufsicht auf dem Flughafen Schönefeld gem. Reinigungsvertrag.

511 70 neu	835 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände für die Luftaufsicht	23.519 19.790	28.100	28.100
-------------------	---	------------------	--------	--------

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 490 / 513 70	16.873	16.952
2.	11 490 / 515 70	6.647	2.838
Zusammen		23.519	19.790

517 70	835 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	511 205	300	300
--------	---	------------	-----	-----

518 70	835 Mieten und Pachten	307 109	300	300
--------	-------------------------------	------------	-----	-----

Erläuterungen:

Veranschlagt sind hier die jährlichen Kosten für einen Stellplatz.

525 70	835 Aus - und Fortbildung für die Beauftragten der Luftaufsicht	10.226 9.823	11.200	11.200
--------	--	-----------------	--------	--------

536 70	835 Kosten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung	6.136 0	6.100	6.100
--------	--	------------	-------	-------

685 70	835 Personalkostenzuschuss für die Luftaufsicht	247.977 229.005	276.100	291.400
--------	--	--------------------	---------	---------

Erläuterungen:

Mehr, durch die Entwicklung des Flugbetriebes und die dadurch notwendige Erweiterung von Luftaufsichtsstellen.

812 70	835 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	0 0	0	0
--------	--	--------	---	---

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 490 **Luftfahrt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(513 70) 759 **Post- und Fernmeldegebühren für die Luftaufsicht** 0
 umgesetzt nach 11 490 / 511 70 0

(515 70) 759 **Geräte und Ausstattungsgegenstände für die Luftaufsicht** 0
 umgesetzt nach 11 490 / 511 70 0

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 288.675 322.100 337.400

Nachrichtlich: Summe Ausgaben der Titelgruppen 288.675 322.100 337.400

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 490 Luftfahrt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	40.903	73.000	73.000
Gesamteinnahme			40.903	73.000	73.000
Ausgaben					
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	147.559	152.900	152.900
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	759.268	387.400	402.700
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.175.971	1.176.000	1.176.000
Gesamtausgabe			2.082.799	1.716.300	1.731.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.041.895	-1.643.300	-1.658.600

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Einnahmen

HGr. 1: Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.

111 10	749	Gebühren, sonstige Entgelte	2.045	0	0
			5.686		

Erläuterungen:

Gebühren für die Erteilung von Genehmigungen gemäß der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BO-Kraft) auf der Grundlage des Personenbeförderungsgesetzes.

Weniger, da die Aufgaben an die Kreise und Kreisfreien Städte übertragen wurden.

119 10	749	Sonstige Einnahmen	766.938	256.000	256.000
			248.927		

Erläuterungen:

Weniger aufgrund der Anpassung an die Ist-Einnahmen.

Summe HGr. 1:			768.983	256.000	256.000
----------------------	--	--	----------------	----------------	----------------

HGr. 2: Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen

231 10 neu	749	Zuweisungen vom Bund für die Umsetzung der Regionalisierung	409.051.656	419.942.200	419.942.200
			415.273.070		

Die Einnahmen dürfen nur zur Leistung von Ausgaben der Titel 537 10, 682 10, 683 10, 683 20, 883 10, 891 10, 892 10, 633 60, 671 60, 883 60, 891 60 und 892 60 des Kapitels 11 500 verwendet werden.

Erläuterungen:

Nach dem Regionalisierungsgesetz vom 27.12.93 liegt die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr bei den Ländern. Zur Finanzierung dieser Aufgabe stehen dem Land Brandenburg gem. § 5 i.V.m. § 8 (1) u. (2) Regionalisierungsgesetz vorbehaltlich der noch ausstehenden Ergebnisse der Revision gem. § 6 Regionalisierungsgesetz Mittel zur Verfügung, die jährlich den Ländern zugewiesen werden.

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 500 / 251 10	409.051.656	415.273.086
Zusammen		409.051.656	415.273.086

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(251 10)	749	Zuweisungen vom Bund für die Umsetzung der Regionalisierung	0
		umgesetzt nach 11 500 / 231 10	0

Summe HGr. 2:			409.051.656	419.942.200	419.942.200
----------------------	--	--	--------------------	--------------------	--------------------

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

HGr. 3: Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen

331 10	741	Zuweisungen für Investitionen vom Bund nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für den öffentlichen Personennahverkehr	20.925.643 20.370.328	21.106.100	21.106.100
--------	-----	--	--------------------------	------------	------------

Die Einnahmen dürfen nur für Ausgaben bei Titelgruppe 70 und 80 verwendet werden.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen bei Titelgruppe 70 und 80. Gemäß dem GVFG, zuletzt geändert durch Art. 6d. Eisenbahnneuordnungsgesetz vom 27.12.1993 (BGBl I S. 2.378 und 2.417) erhalten die Länder Zuweisungen für Investitionen vom Bund für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden.

Summe HGr. 3:	20.925.643	21.106.100	21.106.100
---------------	------------	------------	------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Ausgaben

1. - Innerhalb des Kapitels 11 500 sind die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen folgender Titel gegenseitig deckungsfähig: 537 10, 682 10, 683 10, 683 20, 883 10, 891 10, 892 10, 633 60, 671 60, 883 60, 891 60, 892 60.
 - Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 231 10 erhöhen oder vermindern die Ausgabemittel dieser Titel.
2. - Innerhalb des Kapitels 11 500 sind die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppen 70 und 80 gegenseitig deckungsfähig.
 - Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 331 10 erhöhen oder vermindern die Ausgabemittel der Titel der Titelgruppen 70 und 80.

HGr. 5: Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst

537 10	749 Ausgaben für Gutachten	306.775 319.861	306.800	306.800
--------	----------------------------	--------------------	---------	---------

(§17 Abs. 3 LHO)

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	306.100				306.100
2003					
2004					
2005					
2006 ff.					
Summen	306.100				306.100

Erläuterungen:

Gemäß § 8 (2) ÖPNV-Gesetz sind die Angaben über den Investitionsbedarf und die Entwicklung der Betriebskosten als Betriebsanteil des SPNV-Plans jährlich fortzuschreiben. Es sind Entscheidungsgrundlagen zur langfristigen Sicherung des Eisenbahnnetzes als grundlegende Raumerschließungskomponente gemäß § 2 (6) ÖPNV Gesetz zu schaffen.

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(537 20)	749 Bauaufsichtskosten	0 0
----------	------------------------	--------

Summe HGr. 5:	306.775	306.800	306.800
---------------	---------	---------	---------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

HGr. 6: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

682 10 neu 749 **Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller** 286.280.800 291.081.300

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	1.103.553.000	0
davon fällig:		
2003 bis zu	267.590.700	
2004 bis zu	278.654.100	
2005 bis zu	278.654.100	
2006 ff bis zu	278.654.100	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		28.121.100			28.121.100
2003		28.121.100	267.590.700		295.711.800
2004		28.121.100	278.654.100		306.775.200
2005		28.121.100	278.654.100		306.775.200
2006 ff.			278.654.100		278.654.100
Summen		112.484.400	1.103.553.000		1.216.037.400

Erläuterungen:

Zur Sicherung eines attraktiven Angebots im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) schließt das Land Brandenburg als Aufgabenträger des SPNV, vertreten durch die VBB GmbH, auf der Grundlage des SPNV-Plans des Landes Brandenburg entsprechende Leistungsverträge mit öffentlichen und privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen ab. Darüber hinaus bildet die "Vereinbarung zwischen der Regierung des Landes Brandenburg und dem Senat von Berlin über die Bereitstellung eines ausreichenden Angebotes im SPNV in der Region Berlin/Brandenburg" die Grundlage für die Finanzierung von nach Berlin hineinführenden bzw. durchzubindenden Regionalverkehrsleistungen.

Im Vorjahr mitveranschlagt bei Titel 683 10.

683 10 749 **Betriebskostenausgleich an private SPNV - Leistungsersteller** 334.896.182 7.669.400 7.669.400
 318.566.373

(§ 17 Abs. 3 LHO)

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
683 10

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002		5.112.900			5.112.900
2003		5.112.900			5.112.900
2004		5.112.900			5.112.900
2005		5.112.900			5.112.900
2006 ff.					
Summen		20.451.600			20.451.600

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 682 10.

Weniger durch Umsetzung nach Titel 682 10.

683 20	749	Gesellschafteranteile des Landes an der VBB GmbH	4.090.335	3.579.000	3.579.000
			2.692.702		

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Die Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB) wurde am 30.12.1996 gegründet. Auf der Grundlage des Verbundvertragswerkes in Verbindung mit dem jährlichen Wirtschaftsplan ist das Land Brandenburg verpflichtet, sich anteilig an den Regiekosten der VBB zu beteiligen.

Weniger in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Aus Titelgruppen	118.619.716	66.903.400	61.790.400
Summe HGr. 6:	457.606.234	364.432.600	364.120.100

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001 Ist 2000	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		

HGr. 8: Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

883 10 749 **Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden** **3.801.711** **3.834.700** **3.834.700**
 185.913

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	1.380.500	0

davon fällig:

2003 bis zu	869.200
2004 bis zu	511.300
2005 bis zu	
2006 ff bis zu	

zur Verpflichtungsermächtigung:

Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002					
2003			869.200		869.200
2004			511.300		511.300
2005					
2006 ff.					
Summen			1.380.500		1.380.500

Erläuterungen:

Zuwendungen erfolgen auf der Grundlage des "Investitionsprogramms SPNV" als Projektförderung auf der Grundlage des § 8 (2) Regionalisierungsgesetz i. V. m. § 10 (2) ÖPNV-Gesetz nach der Richtlinie des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr zur Förderung von Investitionen für den SPNV im Land Brandenburg vom 11.05.1999.

891 10 749 **Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen** **10.225.838** **27.730.200** **29.264.000**
 25.935.698

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	6.135.600	6.135.600

davon fällig:

2003 bis zu	1.533.900	
2004 bis zu	1.533.900	1.533.900
2005 bis zu	1.533.900	1.533.900
2006 ff bis zu	1.533.900	3.067.800

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

noch zu
891 10

zur Verpflichtungsermächtigung:
Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	498.500				498.500
2003	117.100		1.533.900		1.651.000
2004			1.533.900	1.533.900	3.067.800
2005			1.533.900	1.533.900	3.067.800
2006 ff.			1.533.900	3.067.800	4.601.700
Summen	615.600		6.135.600	6.135.600	12.886.800

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 883 10.

Mehr aufgrund der Anpassung an den Bedarf.

891 11	749 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen für Planungsleistungen	1.533.876 87.792	0	0
---------------	--	----------------------------	----------	----------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Förderung von Planungsleistungen neuer S-Bahnanlagen im Land Brandenburg. Der Ansatz entspricht ca. 7 v. H. der veranschlagten Baukosten.

892 10	749 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	3.067.751 0	3.067.800	3.067.800
---------------	---	-----------------------	------------------	------------------

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Siehe Erläuterung bei Titel 883 10.

Aus Titelgruppen	44.956.361	44.201.500	42.690.200
-------------------------	-------------------	-------------------	-------------------

Summe HGr. 8:	63.585.537	78.834.200	78.856.700
----------------------	-------------------	-------------------	-------------------

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

Titelgruppen
Ausgaben

TGr. 60 - Übriger ÖPNV

(§ 17 (3) LHO)

Erläuterungen:

1. Zuweisungen an die Aufgabenträger des übrigen ÖPNV nach § 11 (1) ÖPNVG
2. Ausgleich besonderer verkehrlicher Lasten

Die Zuweisungen zu 1. und 2. erfolgen entsprechend der Richtlinie des MSWV zur Förderung von Verkehrsleistungen des übrigen ÖPNV.

3. Förderung gemäß §§ 10 (2) und 11 (3) ÖPNVG
4. Ausgleichsleistungen an Verkehrsunternehmen im Ausbildungsverkehr gemäß § 45a Personenbeförderungsgesetz (PbefG)
5. Zuweisungen und Zuschüsse für die Förderung des übrigen ÖPNV im Wege der Projektförderung auf der Grundlage des § 10 (2) i. V. mit § 11 (3) ÖPNVG und der Richtlinie GVFG Brandenburg

633 60 neu	741	Förderung der Aufgabenträger sowie Verbundsicherung	28.632.345	26.000.000	26.000.000
			24.426.072		

Erläuterungen:

Auf Grund Änderungen im Gruppierungs-/Funktionsplan Vorjahr

Kapitel / Titel		Soll2001 EUR	Ist2000 EUR
1.	11 500 / 653 60	28.632.345	0
Zusammen		28.632.345	0

671 60	741	Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr gem. § 45a PBefG	89.987.371	40.903.400	35.790.400
			34.744.876		

883 60	741	Zuweisungen an Gemeinden	3.579.043	5.112.900	5.112.900
			3.256.051		

891 60	741	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen	19.429.091	19.000.000	18.000.000
			12.906.475		

892 60	741	Zuschüsse an private Unternehmen	1.022.584	1.022.600	511.300
			-95.474		

Weggefallene oder umgesetzte Titel

(653 60)	741	Förderung der Aufgabenträger sowie Verbundsicherung	0		
		umgesetzt nach 11 500 / 633 60	0		

Nachrichtlich: Summe TGr. 60			142.650.435	92.038.900	85.414.600
-------------------------------------	--	--	--------------------	-------------------	-------------------

TGr. 70 - Beschaffung von Fahrzeugen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (Fahrzeugprogramm)

(§17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Zuweisungen und Zuschüsse im Wege der Projektförderung für Fahrzeuge des ÖPNV auf der Grundlage des GVFG und der Richtlinie GVFG Brandenburg.

Mehr aufgrund des erhöhten Bedarfes bei der Fahrzeugförderung.

11 **Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr**
 11 500 **Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Ist 2000	Angaben in EUR	

883 70	741	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	0 0	0	0
891 70	741	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	7.158.086 7.231.150	6.651.900	8.185.700

Verpflichtungsermächtigung:

	2002 EUR	2003 EUR
Betrag:	2.352.000	2.352.000
davon fällig:		
2003 bis zu	1.022.600	
2004 bis zu	1.329.400	1.022.600
2005 bis zu		1.329.400
2006 ff bis zu		

zur Verpflichtungsermächtigung:
 Haushaltsbelastungen nach Jahren:

Belast. d. HH - Jahre	Durch die bis 2000 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2001 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2002 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2003 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5	6
2002	1.533.876				1.533.876
2003			1.022.600		1.022.600
2004			1.329.400	1.022.600	2.352.000
2005				1.329.400	1.329.400
2006 ff.					
Summen	1.533.876		2.352.000	2.352.000	6.237.876

892 70	741	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	1.022.584 996.831	1.533.900	1.533.900
--------	-----	--	----------------------	-----------	-----------

Nachrichtlich: Summe TGr. 70 **8.180.670** **8.185.800** **9.719.600**

TGr. 80 - Bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs gem.
 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - Infrastrukturförderung

(§ 17 Abs. 3 LHO)

Erläuterungen:

Zuweisungen und Zuschüsse für die Infrastrukturförderung des ÖPNV im Wege der Projektförderung. Grundlagen bilden das GVFG und die Richtlinie GVFG Brandenburg.

Weniger, aufgrund der Verstärkung zugunsten der TG 70.

883 80	741	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	1.585.005 216.079	4.233.400	3.722.100
891 80	741	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	10.225.838 10.034.803	6.135.500	5.113.000

11 Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
 11 500 Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2001	Ansatz 2002	Ansatz 2003
			Angaben in EUR		
Abschluss					
Einnahmen					
		HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	768.983	256.000	256.000
		HGr. 2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	409.051.656	419.942.200	419.942.200
		HGr. 3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	20.925.643	21.106.100	21.106.100
Gesamteinnahme			430.746.282	441.304.300	441.304.300
Ausgaben					
		HGr. 5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	306.775	306.800	306.800
		HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	457.606.234	364.432.600	364.120.100
		HGr. 8 Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	63.585.537	78.834.200	78.856.700
Gesamtausgabe			521.498.545	443.573.600	443.283.600
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-90.752.264	-2.269.300	-1.979.300

Haushaltsübersicht 2002

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2002	2003	2004	2005	2006 ff.
1.000 EUR							
1	2	3	4	5	6	7	
11 010	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr						
526 10	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	46,0	46,0				
532 10	Auslagen in Rechtssachen	2,0	2,0				
541 10	Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen	10,0	10,0				
11 020	Allgemeine Bewilligungen						
531 20	Öffentlichkeitsarbeit	25,6	25,6				
	Titel aus Titelgruppe 80						
537 80	Gutachten	51,2	25,6	25,6			
11 040	Angelegenheiten der Stadtentwicklung						
537 10	Ausgaben für Gutachten	102,3	102,3				
541 10	Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe	23,0	23,0				
633 10	Zuweisungen an Gemeinden für die Erarbeitung von Stadtumbaukonzepten	500,0	500,0				
883 11	Zuweisungen zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete (Bundesanteil)	5.215,7	1.372,5	1.921,5	1.098,1	823,6	
883 12	Zuweisungen zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete (Landesanteil)	5.215,7	1.372,5	1.921,5	1.098,1	823,6	
883 20	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)	16.347,7	4.302,0	6.022,9	3.441,6	2.581,2	
883 21	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)	16.347,7	4.302,0	6.022,9	3.441,6	2.581,2	
883 27	Zuweisungen für die soziale Stadt (Bundesanteil)	2.908,6	765,4	1.071,6	612,3	459,3	
883 28	Zuweisungen für die soziale Stadt (Landesanteil)	2.908,6	765,4	1.071,6	612,3	459,3	
883 30	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesanteil)	20.925,1	5.506,6	7.709,2	4.405,3	3.304,0	
883 31	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Landesanteil)	20.925,1	5.506,6	7.709,2	4.405,3	3.304,0	
883 33	Zuweisungen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung	20.980,6	11.366,0	9.614,6			
883 41	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)	13.764,0	4.301,0	4.731,0	2.151,0	2.581,0	
11 060	Angelegenheiten des Wohnungswesen						
537 10	Kosten für Gutachten	127,9	127,9				
537 20	Kosten für Baugutachten	102,3	102,3				
541 10	Aufwendungen für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Ausschreibungen	51,2	51,2				
541 20	Aufwendungen für Fortbildungsveranstaltungen	12,8	12,8				
682 30	Zuweisungen an die KfW für Zinsverbilligungen	52.004,0	5.200,4	5.200,4	5.200,4	36.402,8	
686 10	Zuschuss an EUROPAN - Gesellschaft zur Förderung von Architektur, Wohnungs- und Städtebau e.V.	51,2	51,2				
686 20	Erarbeitung von wohnungspolitischen und wohnungswirtschaftlichen Konzepten	255,7	255,7				
11 400	Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen						
535 10	Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens	12,8	12,8				
	Titel aus Titelgruppe 99						
538 99	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	15,4	15,4				
11 410	Straßenbauämter						
	Titel aus Titelgruppe 99						
538 99	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	7,7	7,7				

Haushaltsübersicht 2002

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen	durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen				
			2002	2003	2004	2005	2006 ff.
1.000 EUR							
1	2	3	4	5	6	7	
11 460	Straßen- und Brückenbau						
521 10	Unterhaltung von Straßen und Brücken	3.574,0	3.563,7	10,3			
521 11	Fahrzeuge, Geräte und Maschinen	265,9	265,9				
521 12	Gebäude, Grundstücke und Räume	40,9	40,9				
521 15	Betrieb der Verkehrssicherheitsanlagen einschließlich Lichtzeichen und beleuchtete Verkehrszeichen	25,6	25,6				
521 16	Kosten der Winterwartung	971,5	971,5				
521 17	Vermischte Ausgaben für die Straßenunterhaltung	5,2	5,2				
536 10	Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr	51,2	51,2				
685 30	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung (Projektförderung)	102,3	102,3				
821 10	Grunderwerb für Landesstraßen	1.002,2	823,2	127,9	51,1		
	Titel aus Titelgruppe 60						
712 60	Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen und Brücken	5.675,4	5.215,2	434,6	25,6		
713 60	Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen	30.933,2	23.008,2	5.112,9	2.812,1		
714 60	Instandsetzung und Neubau von Brücken	6.749,1	5.522,0	1.176,0	51,1		
715 60	Kostenanteile für Kreuzungsmaßnahmen mit Landesstraßen	11.759,8	6.135,5	4.601,7	1.022,6		
719 60	Investitionen für Instandsetzungsmaßnahmen an Landesstraßen	2.147,5	2.096,3	25,6	25,6		
821 60	Investitionskosten für Sonderfinanzierungen	412,0	320,0	92,0			
	Titel aus Titelgruppe 70						
713 70	Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht bei Bundesstraßen	11.862,1	9.663,4	1.636,2	562,5		
714 70	Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht bei Landesstraßen	2.863,3	2.658,8	204,5			
715 70	Planungs- und Entwurfsbearbeitung bei Brücken an Landesstraßen	971,5	715,8	255,7			
716 70	Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Autobahnen	8.180,7	7.669,4	511,3			
718 70	Planungsmittel Flughafenausbau Schönefeld	511,3	460,2	51,1			
11 500	Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs						
682 10	Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller	1.103.553,0	267.590,7	278.654,1	278.654,1	278.654,1	
883 10	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	1.380,5	869,2	511,3			
891 10	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	6.135,6	1.533,9	1.533,9	1.533,9	1.533,9	
	Titel aus Titelgruppe 70						
891 70	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	2.352,0	1.022,6	1.329,4			
	Zusammen:	1.380.465,7	386.462,6	349.290,5	311.204,6	333.508,0	

Haushaltsübersicht 2003

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
		2002	2003	2004	2005	2006 ff.
1.000 EUR						
1	2	3	4	5	6	7
11 010	Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr					
526 10	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	46,0	46,0	46,0		
532 10	Auslagen in Rechtssachen	2,0	2,0	2,0		
541 10	Aufwendungen für Ausstellungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen, Veranstaltungen	10,0	10,0	10,0		
11 020	Allgemeine Bewilligungen					
531 20	Öffentlichkeitsarbeit	25,6	25,6	25,6		
	Titel aus Titelgruppe 80					
537 80	Gutachten	51,2	25,6	25,6		
11 040	Angelegenheiten der Stadtentwicklung					
537 10	Ausgaben für Gutachten	102,3	102,3	102,3		
541 10	Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe	23,0				
633 10	Zuweisungen an Gemeinden für die Erarbeitung von Stadtumbaukonzepten	500,0	1.000,0	500,0	500,0	
883 11	Zuweisungen zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete (Bundesanteil)	5.215,7	5.293,1	1.392,9	1.950,1	1.950,1
883 12	Zuweisungen zur städtebaulichen Weiterentwicklung großer Neubaugebiete (Landesanteil)	5.215,7	5.293,1	1.392,9	1.950,1	1.950,1
883 20	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in anerkannten historischen Stadt- und Ortskernen (Bundesanteil)	16.347,7	16.590,5	4.365,9	6.112,3	6.112,3
883 21	Zuweisungen für Investitionen für denkmalpflegerische Maßnahmen in historischen Stadt- und Ortskernen (Landesanteil)	16.347,7	16.590,5	4.365,9	6.112,3	6.112,3
883 27	Zuweisungen für die soziale Stadt (Bundesanteil)	2.908,6	2.908,6	765,4	1.071,6	1.071,6
883 28	Zuweisungen für die soziale Stadt (Landesanteil)	2.908,6	2.908,6	765,4	1.071,6	1.071,6
883 30	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Bundesanteil)	20.925,1	21.236,0	5.588,4	7.823,8	7.823,8
883 31	Zuweisungen für städtebauliche Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen (Landesanteil)	20.925,1	21.236,0	5.588,4	7.823,8	7.823,8
883 33	Zuweisungen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung	20.980,6	20.980,6	11.366,0	9.614,6	
883 41	Zuweisungen für Maßnahmen des Stadtumbaus (Landesmittel)	13.764,0	16.585,0	4.365,0	6.110,0	6.110,0
11 060	Angelegenheiten des Wohnungswesen					
537 10	Kosten für Gutachten	127,9	127,9	127,9		
537 20	Kosten für Baugutachten	102,3	102,3	102,3		
541 10	Aufwendungen für Ausstellungen, Veranstaltungen, Wettbewerbe und Ausschreibungen	51,2	51,2	51,2		
541 20	Aufwendungen für Fortbildungsveranstaltungen	12,8	12,8	12,8		
682 30	Zuweisungen an die KfW für Zinsverbilligungen	52.004,0				
684 10	Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale e.V. für unabhängige Bauherrenberatung		460,2	150,9	153,4	155,9
686 10	Zuschuss an EUROPAN - Gesellschaft zur Förderung von Architektur, Wohnungs- und Städtebau e.V.	51,2	51,2	51,2		
686 20	Erarbeitung von wohnungspolitischen und wohnungswirtschaftlichen Konzepten	255,7				
11 400	Landesamt für Bauen, Verkehr und Straßenwesen					
535 10	Ausgaben für Zwecke des Vermessungs- und Katasterwesens	12,8	12,8	12,8		
	Titel aus Titelgruppe 99					
538 99	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	15,4	15,4	15,4		
11 410	Straßenbauämter					

Haushaltsübersicht 2003

Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme

Kap.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigungen		durch die Verpflichtungsermächtigung entstehende Rechtsverpflichtungen		
		2002	2003	2004	2005	2006 ff.
Titel		1.000 EUR				
1	2	3	4	5	6	7
	Titel aus Titelgruppe 99					
538 99	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	7,7				
11 460	Straßen- und Brückenbau					
521 10	Unterhaltung von Straßen und Brücken	3.574,0	3.062,7	3.052,4	10,3	
521 11	Fahrzeuge, Geräte und Maschinen	265,9	163,7	163,7		
521 12	Gebäude, Grundstücke und Räume	40,9	15,4	15,4		
521 15	Betrieb der Verkehrssicherheitsanlagen einschließlich Lichtzeichen und beleuchtete Verkehrszeichen	25,6	25,6	25,6		
521 16	Kosten der Winterwartung	971,5	664,7	664,7		
521 17	Vermischte Ausgaben für die Straßenunterhaltung	5,2	5,2	5,2		
536 10	Maßnahmen zur Sicherung im Straßenverkehr	51,2	51,2	51,2		
685 30	Förderung von Maßnahmen im Rahmen der Verkehrserziehung und -aufklärung (Projektförderung)	102,3	102,3	102,3		
821 10	Grunderwerb für Landesstraßen	1.002,2	920,4	741,4	127,9	51,1
	Titel aus Titelgruppe 60					
712 60	Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen und Brücken	5.675,4	5.675,4	5.215,2	434,6	25,6
713 60	Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen	30.933,2	30.933,2	23.008,2	5.112,9	2.812,1
714 60	Instandsetzung und Neubau von Brücken	6.749,1	6.749,1	5.522,0	1.176,0	51,1
715 60	Kostenanteile für Kreuzungsmaßnahmen mit Landesstraßen	11.759,8	11.759,8	6.135,5	4.601,7	1.022,6
719 60	Investitionen für Instandsetzungsmaßnahmen an Landesstraßen	2.147,5	2.147,5	2.096,3	25,6	25,6
821 60	Investitionskosten für Sonderfinanzierungen	412,0				
	Titel aus Titelgruppe 70					
713 70	Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht bei Bundesstraßen	11.862,1	10.941,8	8.998,8	1.380,5	562,5
714 70	Entwurfsbearbeitung einschließlich Planung und Bauaufsicht bei Landesstraßen	2.863,3	26.792,5	26.588,0	204,5	
715 70	Planungs- und Entwurfsbearbeitung bei Brücken an Landesstraßen	971,5	613,6	511,3	102,3	
716 70	Entwurfsbearbeitung und Bauaufsicht für Autobahnen	8.180,7	7.669,4	7.413,7	255,7	
718 70	Planungsmittel Flughafenausbau Schönefeld	511,3	409,1	383,5	25,6	
11 500	Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs					
682 10	Betriebskostenausgleich an öffentliche SPNV - Leistungsersteller	1.103.553,0				
883 10	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	1.380,5				
891 10	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	6.135,6	6.135,6	1.533,9	1.533,9	3.067,8
	Titel aus Titelgruppe 70					
891 70	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	2.352,0	2.352,0	1.022,6	1.329,4	
	Zusammen:	1.380.465,7	248.857,5	134.443,1	66.614,5	47.799,9

Übersicht

über die landeseigenen und geleasten Dienstfahrzeuge

Kap.	Personenkraftwagen			Lastkraftwagen			Krafträder			Sonderfahrzeuge			Zusammen		
	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2003
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
11010	10	10	10							2	2	2	12	12	12
11100	2	2	2										2	2	2
11400	22	22	22	5	5	5				3	3	3	30	30	30
11410	141	141	141							15	15	15	156	156	156
11420	67	67	67	13	13	13				26	26	26	106	106	106
11460	2	2	2	305	305	305				298	298	298	605	605	605
Zus.	244	244	244	323	323	323				344	344	344	911	911	911